

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
Heide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 30 S.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. **Haltet Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.**

Inhalt: Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. — Politische Umkehr. — Partei und Gewerkschaften. — Maurer-Bewegung: Streiks; Ausperrungen; Maßregelungen; Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Dultung. Bericht. Bauarbeiterverhältnisse in Luxemburg. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterkuss, Submissionen usw. — Aus anderen Berufen. Kongresse und Generalversammlungen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Streikabrechnungen. — Anzeigen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.

Von Josef Steiner, Paris.

II.

Wir haben die historischen Bedingungen der Gewerkschaftsbewegung und ihre Entwicklung, die ihre heutige Gestalt bestimmt hat, in kurzen Auszügen verfolgt. Es bleibt uns jetzt noch, ihre gegenwärtige Taktik und Aktion zu beleuchten. Die Organisationsform beruht vorherrschend auf dem Dezentralisationsprinzip. Der Widerwille gegen alle strikte Zentralisation ist auf eine Reaktion gegen die übermäßige staatliche Zentralisation zurückzuführen. In Deutschland verhält es sich bekanntlich gerade umgekehrt. Diese verschiedenen Aenderungen der Organisationsauffassung machten sich schon in der alten Internationale geltend und führten schließlich zur Zersplitterung der Zursektion, die dann in anarchisistisches Fahrwasser geriet. Die letzten Köpfe der Zursektion waren die Reformisten der heutigen französischen Gewerkschaftsführer.

Fast durchweg beruht die Organisation noch auf dem autonomistischen Fachverein. Die Fachvereine eines Berufes oder einer Industrie sind wohl zum größten Teil in einer „Föderation“, einem Kartellverband vereinigt, jedoch ist die Vereinigung vorwiegend sehr lose. Die Zentralbeiträge dienen meist nur zur Bestreitung der Druckkosten der Gewerkschaftsorgane (die meist monatlich, seltener vierteljährig und nur vereinzelt wöchentlich erscheinen), der Ausgaben für die Einberufung der (meist alljährlichen) Kongresse, dann zur Streikunterstützung, zur Deckung der Verwaltungskosten und nur in einzelnen Fällen zu sonstigen Unterstützungszwecken. Die Beiträge der Mitglieder sind sehr verschieden, da jeder Fachverein seine selbständigen Statuten hat. Sie variieren überwiegend zwischen 50 Centimes und 1 Franc. (1 Franc. = 80 S.) monatlich. Die wöchentliche Beitragsleistung kennt man nicht. Von den Syndikaten, wie die Fachvereine genannt werden (eigentlich chambre syndicale, d. h. Gewerkschaftskammer), wird ein gewisser Prozentsatz an die Föderationskasse abgeführt. Die Föderationsbeiträge sind durchschnittlich 5 bis 15 Centimes pro Monat und Mitglied. Doch werden auch niedrigere und höhere Beiträge gezahlt. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß von einer wirksamen Unterstützung in Streikfällen meist nicht die Rede sein kann.

Die Streiks sind verhältnismäßig sehr zahlreich, zahlreicher als in Deutschland. Dies ist auf die schwachen Organisationen zurückzuführen. Plannäßig betriebene Lohnbewegungen, die dann, ohne daß es zum Streik kommt, zum Ziele führen, sind ziemlich unbekante Dinge. Wenn der Druck der kapitalistischen Ausbeutung einen gewissen Grad erreicht hat, dann lobt die Flamme der Empörung plötzlich auf, die

Arbeit wird plötzlich eingestellt und nicht selten kommt es vor, daß erst nach der Arbeitseinstellung die Forderungen formuliert werden. Doch gibt es auch Organisationen, die auf mehr zentraler Basis beruhen und auch höhere Beiträge haben. So die Buchdrucker, die eine Zentralorganisation nach deutschem Muster haben und einen einheitlichen Beitrag von 2 Francs monatlich leisten. Die Pariser Buchdrucker zahlen zur Zeit sogar 3 Francs. So vereinzelt die Organisationen mit mehr oder weniger zentraler Grundlage und höheren Beiträgen auch noch sind, so macht sich doch allmählich eine Bewegung nach dieser Richtung bemerkbar. Der fortschreitende Kapitalismus wird diese Bewegung fördern, wie er es in Deutschland getan hat.

Die Taktik der französischen Gewerkschaften ist nun keineswegs einheitlich. Es sind hier alle Spielarten vertreten, von den ganz gemäßigten, deren Tendenzen hart an die der Hirsch-Dunderschen in Deutschland streifen, bis zu den Anarchisten. Die ersteren kommen aus dem Lager der Positivisten, gehören zu den sogenannten „Parlamentarischen“, d. h. sie bauen ihre Taktik mehr oder weniger auf das Eingreifen der Gesetzgebung auf. In der Hauptsache unterscheidet man zwei Richtungen in den Gewerkschaften: Die „Reformisten“ und die „Revolutionären“. Das gemeinsame Kriterium der „revolutionären“ Gewerkschaften ist die Propagierung des Generalstreiks und der sogenannten „direkten Aktion“. Ausgehend von der Devise der alten Internationale: „Die Befreiung der arbeitenden Klasse kann nur ihr eigenes Werk sein“, wird jede politische Betätigung verpönt. Nur der gewerkschaftliche Kampf mit dem Generalstreik als oberstes Prinzip, gilt als Kampfmittel. Nun wird ja die „direkte Aktion“ verständlich angelegt und unter zehn Verkünften dieser „Aktion directe“ wird man zehn Interpretationen finden. Im Grunde ist es das, was der Deutsche „Klassenkampf“ nennt.

Die Generalstreikidee wird in Frankreich schon seit langem propagiert. Das erste Mal wurde sie auf dem Gewerkschaftskongress 1887 in Montluçon durch den Delegierten Combomorell verhandelt. Auf dem Gewerkschaftskongress in Bordeaux im Jahre 1888 wurde sie zum ersten Mal zum Prinzip erhoben. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: „In Erwägung, daß der partielle Streik nur ein Mittel der Agitation und Organisation sein kann, erklärt der Kongress, daß nur der Generalstreik, d. h. die Einstellung aller Arbeit, oder die Revolution, die Arbeiter ihrer Befreiung entgegenführen kann.“ In derselben Resolution heißt es auch, daß „die Arbeiter, indem sie die Arbeit verweigern, mit einem Schlage die Macht ihrer Herren vernichten“. Diese Auffassung, deren Unhaltbarkeit ich nicht nötig habe, vor deutschen Arbeitern nachzuweisen, ist sich im großen und ganzen bis heute gleich geblieben. Auf demselben Kongress wurde bereits der Antiparlamentarismus zum Prinzip erhoben. In einer weiteren Resolution wurden die Arbeiter aufgefordert, „sich streng von den Politikern, die sie täuschen, zu trennen“. Die sogenannten revolutionären Gewerkschaften kennzeichnen sich noch durch ihre niedrigen Beiträge und ihre durchweg losen Organisationen. Unter den Reformisten, die den Generalstreik als Mittelmittel, wie auch die antiparlamentaristische Propaganda verwerfen, finden sich die energischsten Vertreter der Zentralorganisationen und der hohen Beiträge. Doch finden sich unter den Reformisten viele weiter oben gekennzeichnete Auswüchse.

Hand in Hand mit der Propagierung des Generalstreiks geht die Bewegung für den Achtstundentag, die mit der Matfeler ihren Anfang nahm. Auf dem Gewerkschaftskongress zu Calais im Jahre 1890 sprach der Delegierte Pedron in bezug auf die Matfeler und den Achtstundentag bereits davon, daß „am Tage nach dem 1. Mai die Arbeiter wie gewöhnlich in die Fabriken gehen; nur nach achtstündiger Anwesenheit werden sie sie verlassen, ob die Fabrikanten wollen oder nicht“. — Höchst einfach. Leider sind inzwischen 16 Jahre verfloßen, ohne das Ausmaß vorhanden wäre, daß der auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Bourges (spr. Buhrijch) im Jahre 1904 in diesem Sinne gefasste Beschluß, am 1. Mai 1906 größere Resultate als seither ergeben wird. Eine Ausnahme dürften die Buchdrucker machen, die für den Neunstundentag kämpfen, eine verhältnismäßig starke Organisation haben und als besonderen Kampffonds einen Extrabeitrag von 50 Cent. monatlich erheben. Im übrigen haben es verschiedene der größten Organisationen abgelehnt, die auf dem Kongress empfohlene Taktik zu befolgen.

Ueber die Stärke der Organisationen ist schwer etwas Genaues zu sagen. Die amtliche Statistik gibt für Ende 1904, 781 000 organisierte Arbeiter an. In Wahrheit dürften es nicht die Hälfte sein. In der Tat ist kein Gewerkschaftsleiter in der Lage, die genaue Zahl der Mitglieder anzugeben, eben deshalb, weil die Syndikate fast unumführliche Selbständigkeit besitzen. In den Syndikaten ist es üblich, die Mitgliederlisten ziemlich — weitzerzig zu führen. Es kommt ihnen auch nicht darauf an, die Bourgeoisie dadurch zu „erschrecken“, daß sie in den amtlichen Fragebogen noch eine Null mehr ihrer problematischen Mitgliederzahl anhängen.

Ich komme zum Schluss. Wenn innerhalb der Gewerkschaften für die gründliche Aufklärung der Mitglieder wenig oder nichts getan wird, wenn über die Taktik, die Aktionskraft, die Organisationsform noch sehr verworrene Anschauungen herrschen, wenn die Gewerkschaften selbst noch zum größten Teil schwach und unbedeutend sind, so ist dies nur das natürliche Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung. Die kapitalistische Konzentration, die Einigung der sozialistischen Partei, die harte Notwendigkeit des täglichen Kampfes wird bald eine gründliche Aenderung und Besserung herbeiführen. Die deutschen Gewerkschaften haben starke Organisationen, eine zielsichere Taktik. Die französischen Gewerkschaften können dem ihren Glanz, ihren Opfermut, ihre hinreißende Kampfesfreudigkeit entgegenstellen. Das ist leider nur eine ungenügende Voraussetzung für den Klassenkampf, aber immerhin — eine Voraussetzung.

Partei und Gewerkschaften.

Ueber den „gewerkschaftsfeindlichen Zug“ in einem Teil der Parteipresse machte der „Zimmerer“ kürzlich einige bittere aber zutreffende Bemerkungen. Es wurde u. a. gesagt:

„Eine der vielen Schwierigkeiten, womit die Gewerkschaftsorganisation zu kämpfen hat, ist die geradezu unverständliche Haltung eines Teiles unserer Parteipresse. Groß waren in Gewerkschaftskreisen die Hoffnungen, als nach dem schönen Erfolge der deutschen Arbeiter bei den Reichstagswahlen 1903 von Partei wegen die Parole ausgegeben wurde: nun gelte es, die Gewerkschaften zu fördern. Leider versagten sofort einige Parteiorgane; sie nannten die Gewerkschaftsbewegung den „großen Wasserlopp des Revisionismus“. Die sehr verblähten Hoffnungen wurden aufgefrischt durch den Beschluß des Jänner Parteitages, wonach jeder Parteigenosse verpflichtet ist, „die Ziele und Zwecke

der Gewerkschaften zu unterstützen. Und diese Hoffnungen wurden noch gestärkt durch eine Kundgebung des Parteivorstandes nach dem Jenaer Parteitag. Leider werden diese Parteitagebeschlüsse und Beschlüsse des Parteivorstandes von einem Teile der Parteipresse nicht nur nicht befolgt, sondern durch einen Teil derselben geht geradezu ein gewerkschaftsfeindlicher Zug. Dieser kann das Vorbringen der Gewerkschaftsbewegung zwar nicht aufhalten, er trägt aber ganz wesentlich dazu bei, daß die Gewerkschaftsbewegung trotz der überaus günstigen Konjunktur nicht noch schneller fortschreitet, und daß die Konkurrenzorganisationen an Boden gewinnen. . . . Dieser Zug macht sich ferner bemerkbar durch Aufspatz und Weiterverbreitung von Kundgebungen aus Gewerkschaftkreisen, die geeignet sind und nicht selten ganz offen den Zweck verfolgen, die gewerkschaftliche Disziplin zu lockern und das Ansehen der Gewerkschaftsbewegung in den Augen der Arbeiter herabzusetzen. . . . Eine gewisse „Gähe“ erreichte diese Feindseligkeit aber in dem Versuch, die Gewerkschaften nur als Staffage für die Beamten zu denunzieren. Diese „geistreiche“ Wortführung stammt nicht etwa aus der „Arbeiter-Zeitung“, sondern im „Vorwärts“, dem „Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ war sie zu lesen. (Beiziger „Volkszeitung“ contra Neßhäuser. Siehe „Grundstein“, Nr. 11. Die Red. d. „Gr.“.) Solche Liebesworte werden sich zwar immer in Formen der Abwehr gefeiert, innewein, entsetzlich ist eine solche Haltung nicht. Es geht nicht an, daß die Methode Bismarcks und seiner Goldgräber in der Arbeiterpresse zu Ehren kommt. Deren Methode bestand nämlich darin, ihre Angriffe gegen die sozialistischen Agitatoren zu richten, um die gesamte Arbeiterbewegung um so sicherer zu treffen. Die in Frage kommenden Genossen schlagen auf die Gewerkschaftsbeamten los, um der Gewerkschaftsbewegung empfindliche Stöße zu versetzen. . . . Dieser gewerkschaftsfeindliche Zug teilt sich auch nach außen mit. Ganz besonders hemmend wirkt er aber dort, wo die gewerkschaftsfeindliche Parteipresse erscheint, selbst dann, wenn alle Arbeiter an solchen Orten gewerkschaftlich organisiert sind. Es fehlt dann vielfach an der durchaus notwendigen Hingabe an die Gewerkschaftsfrage. Anstatt Befestigung und Opferwilligkeit zu finden, steht man auf Mißtraut, Zweifel, Antipathie und Widerstand. . . . Umkehrer wir doch nicht: auch zu einer Erfolg versprechenden Gewerkschaftsbewegung gehört ein glückliches Selbstvertrauen, ein heiliges Gefühl, wenn man will, auch ein leichtsinniges, hinwegsehen über die ungeschickten Schwierigkeiten, die ihr in naher oder ferner Zukunft drohen, nicht nur zu politischen Bewegungen. Aber wunderbar, dieweil Genossen, die diese banale Tatsache in tausend Variationen immer wieder für den politischen Kampf ins Feld führen, die eine politische Massenfreibewegung nur auf diese Basis gestellt haben, sie malen jeden Satz einige Schredensgrößen für die Gewerkschaftsbewegung und versuchen so, dem Arbeiter die Gewerkschaftsbewegung zu bereiten.

Leider müssen wir dem „Zimmerer“ in der Sache völlig recht geben: einige Parteigenossen, die als Redakteure oder Mitarbeiter von Zeitungen die öffentliche Meinung beeinflussen, glauben immer noch, ihr Lagerwort nicht richtig vollbracht zu haben, wenn sie nicht irgend ein Gebrechen an einer Gewerkschaft entdeckt und über den Mittels verhandelt haben. Wir sind aber der Meinung, daß die Zahl dieser Querulanten, deren zweites Wort „sozialistischer Geist“ ist — den sie leider nicht kennen und nicht haben — immer kleiner und einspärlicher wird. Aus diesem Grunde hielten wir auch den Artikel des „Zimmerer“ für wenig zeitgemäß, um so mehr, da wir ja genug mit unseren geborenen und geschworenen Feinden auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zu tun haben. Auch die Antihörner der „Bremer Arbeiter-Ztg.“, des „Vorwärts“ und einiger anderer Parteizeitungen, die die Wahrheit des „Zimmerer“-Artikels mehr Willen bezeugen, hätten uns nicht aus unserer Zurückhaltung aufgeschreckt. Aber ein anderes Vorurteil legt uns die Verpflichtung auf, nicht nur dies zu registrieren und gebührend niedriger zu hängen, sondern auch den Artikel des „Zimmerer“ zu zitieren, da dieser durch den neuesten Fortschritt eines führenden Parteigenossen gegen die Gewerkschaften erst sein richtiges Relief erhält. Es handelt sich um den alten Theoretiker der Partei geltenden Genossen Kautsky; und den Inhalt zu seiner großartigen Verabredung gewerkschaftlicher Arbeit soll die „Zeitschrift für Graben- und Bieleure“ gegeben haben.

In diesem Zusammenhang erschien eine durchaus im sozialdemokratischen Sinne gehaltene Artikelserie: „Gewerkschaften und Partei“, wenn auch in dem besten letzten Artikel gegen den politischen Massenfreibewegung polemisiert wurde. Unter anderem wurde auch ein Satz nach dem Kölner Gewerkschaftsforschung erschienen: Artikel der „Sächsl. Arbeiterzeitung“ zitiert (Siehe „Grundstein“ Nr. 25, 1905: „Zeit und Streitfragen“) und davon folgendes Bemerkung genügt: „Dieselbe Zeitungskategorie und theoretische Größe, welche diese Leistungen verbuchen hatte, soll auch davon gefaselt haben, daß die Gewerkschaften ein „Uebel“ sind, die Führer aber ein „notwendiges Uebel“, überhaupt sind die Führer „pflanzenswerte Kerle“.

Den Namen dieser „Größe“ hatte die Zeitschrift für Graben- und Bieleure nicht genannt, der „Vorwärts“ behandelte aber alsbald — was übrigens nicht unbekannt war —, daß die Genossen Rosa Luxemburg die Verfasserin des zitierten Artikels und somit auch in dem letzten Fall gemeint sei. Der „Vorwärts“ warf der „Zeitschrift für Graben- und Bieleure“ vor, weil die Genossen Luxemburg Derartiges nie gesagt haben könne. Die „Zeitschrift für Graben- und Bieleure“ erwiderte darauf, sie könne zeigen, die an der Versammlung teilgenommen haben, dafür bringen, daß diese Zeilen in der Rede der Genossen Luxemburg gefallen seien.

Darauf antwortet Kautsky, da Rosa Luxemburg in Warschau eingekerkert ist, wie folgt in Nr. 89 des „Vorwärts“:

„Wie ich heute aus dem „Vorwärts“ ersehe, behauptet die „Zeitschrift für Graben- und Bieleure“, Zeugen von Fleisch und Blut dafür zu haben, daß Genossen Luxemburg in einer Berliner Versammlung davon „gefasst“ habe, die Gewerkschaften seien ein „Uebel“. Der „Vorwärts“ meint, diese Anklage dürfte nicht selbst darüber äußern können. Ich kenne aber unsere Genossen gut genug, um behaupten zu können, daß die Zeugen der „Zeitschrift für Graben-

und Bieleure“ vielleicht über Fleisch und Blut, auf keinen Fall aber über Sinn verfügen, sonst könnten sie eine derartige Äußerung nicht bezogen, die die Genossen Luxemburg auf keinen Fall getan hat und tun konnte.

Es ist nicht die Genossen Luxemburg, die dieses Verhältnis untergräbt, sondern es sind jene Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsredakteure, die sich den Kerkern zum Vorbild auserkoren haben. Der barmherzige Satz dieser Elemente gegen jede Form der Arbeiterbewegung, die sich ein höheres Ziel setzt, als fünf Pfennig mehr Stundenlohn, ist allerdings ein „Uebel“.

Der Kampf gegen jenes Uebel ist durchaus nichts Neues, er hat stets eine wichtige Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie gebildet seit den Tagen, wo englische Gewerkschaftsbeamte sich mit den Anarchisten aller Länder gegen Karl Marx verschworen, um die Internationale zu ruinieren.

Neu in unserer Bewegung, ja geradezu unerhört ist es aber, wenn Kampfenossen gegen einen Vorposten des proletarischen Kampfes nicht nur ebenso sinnlose wie leichtfertige Verdächtigungen schleudern, sondern auch dazu gerade jenen Zeitpunkt für den geeignetsten erachten, wo die Fenster aller Freiheit dieser Vorposten wegen seiner unermüdlichen Arbeit im Dienste des Proletariats gefesselt und wehrlos gemacht haben. Selbst unter unseren bürgerlichen Gegnern verdienen es wenigstens die anständigeren — allerdings nicht das nicht viele —, jetzt die Genossen Luxemburg anzugreifen. Es sind die infamsten und schamlosesten Kerkel der Sozialdemokratie und Zerkel, mit denen bei diesem würdigen Geschäft ein gewerkschaftliches Organ Hand in Hand geht.

Genosse Kautsky fühlt sich also gezwungen, für die einwandfreie Agitation der Genossen Luxemburg die Hand ins Feuer zu legen. Das mag ritterlich sein, aber es beweist nichts. Kautsky war ebenmäßig in der fraglichen Versammlung wie der Redakteur der „Graben-Zeitung“. Ist dem Genossen Kautsky nicht bekannt, daß Rosa Luxemburg eine klare Junge hat, und ist der Artikel in der „Sächsl. Arbeiter-Ztg.“ nicht Beweis genug dafür, daß sie dazu neigte, Gewerkschaftsführer maßlos zu beschimpfen und zu verunglimpfen. Damals hätte Kautsky sein Amt als Parteigenosse ausüben und Rosa Luxemburg in die Schranken parteigenösslicher Disziplin betreiben sollen. Heute sehen wir allerdings, daß Kautsky selbst diese Schranken nicht kennt. Zum Beweise dafür wiederholen wir einen Satz seiner Erklärung:

„Es ist nicht die Genossen Luxemburg, die dieses Verhältnis untergräbt, sondern es sind jene Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsredakteure, die sich den Kerkern zum Vorbild auserkoren haben. Der barmherzige Satz dieser Elemente gegen jede Form der Arbeiterbewegung, die sich ein höheres Ziel setzt als fünf Pfennig mehr Stundenlohn, ist allerdings ein „Uebel“.

Wo, Genosse Kautsky, so fragen wir mit dem „Correspondenzblatt“ der Generalcommission — wo sind diese Gewerkschaftsbeamten und Gewerkschaftsredakteure, wie heißen sie, in welcher Gewerkschaft sind sie tätig, für welches Gewerkschaftsblatt schreiben sie? Heraus mit der Sprache! Der Satz ist deutlich, — mißverstanden, Genosse Kautsky, können Sie nicht sein, also bitte nimmern den Beweis, wenn diese Erklärung nicht eine Verächtlichmachung sein soll, die weit über das hinausgeht, dessen sich der Redakteur der „Zeitschrift für Graben- und Bieleure“ schuldig gemacht haben soll. Möglich ist eine solche Behauptung nur von einer Seite, die unsere Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, unsere Gewerkschaftspresse und auch unsere Gewerkschaftsbeamten nicht kennt. Das wird Genosse Kautsky jedenfalls von sich nicht sagen lassen wollen. Er wird also Beweise haben, und wir würden bringen, daß diese in aller Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Eine solche öffentliche Erklärung ist unbedingt notwendig, denn ist die Behauptung des Genossen Kautsky richtig, so handelt es sich um einen Krebs, der in unserer gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, der nur durch völlige Freilegung beseitigt werden kann. Wir hoffen also, im Interesse der vermeintlich notwendigen Befreiung der Gewerkschaftsbewegung, auf eine offene, unumwundene Antwort.

Daß die „Zeitschrift für Graben- und Bieleure“ aus der Notiz der „Graben-Zeitung“ einen „Parteierrat“ konstruieren würde, war voraussehen. Sie stellt fest, daß „nunmehr kurzer Zeit schon der zweite Fall vorliegt, daß ein deutsches Gewerkschaftsorgan Angehörigen der Partei, die von reaktionärer Regierung verfolgt werden, in den Rücken fällt“. Daraus knüpft sie folgende Bemerkungen: „Wenn die Gewerkschaftsblätter, die in dieser Weise vorgehen, damit die Partei zu schädigen glauben, so sind sie auf dem Holzwege. Den moralischen Vorteil dieser unmoralischen Taktik hat vielmehr die Partei. Über geschädigt wird dadurch die Gewerkschaftsbewegung, und somit dann schließlich auch die allgemeine Arbeiterbewegung. Räzen wir wirklich die Gegner der Gewerkschaften, die wir angeblich sein sollen, so würden wir einfach sagen: Nur immer so weiter! Aber da wir die gewerkschaftliche Organisation als eine notwendige Waffenrüstung des proletarischen Emancipationskampfes anerkennen, so können wir nur vor den herverfälschten Wegen warnen, die einzelne Gewerkschaftsblätter eingeschlagen haben, um die Partei zu schädigen.“

Mit berechtigter Ironie fragt das „Correspondenzblatt“: „Hat, vielleicht auch der Redakteur der „Zeitschrift für Graben- und Bieleure“ mit der angeblich unwichtigen Behauptung dem Staatsanwalt Material gegen die Genossen Luxemburg geliefert? Die „Zeitschrift für Graben- und Bieleure“ meint es mit diesem Satz sicher ernst und scheint nicht zu merken, daß sie damit die ganze Sache der Barmherzigkeit preisgibt. Erhaben soll der Satz klingen und lächerlich wirkt er, wenn man die Ursache kennt, welche der „Zeitschrift für Graben- und Bieleure“ dieses barmherzigen Veranlassung gab.

Kautsky hat inzwischen (Nr. 103 des „Vorwärts“) geantwortet; es ist aber nichts als Spitzfindigkeit und Trugweisheit, was er vorbringt. Er stellt sich nicht wie ein Vandal, sondern wie ein — nein, schimpfen tut Kautsky nie. . . . Er hat angeblich angenommen, daß der „Kautsky“ gegen Rosa

Luxemburg auf dem „Mißverständnis einiger konfusler Zuhörer“ beruhe, jetzt ist er aber davon überzeugt, daß die „Grundlage des ganzen Kautsky nicht ist, als eine elende Erfindung“. Die Naivität Kautsky übersteigt wirklich alle Grenzen. Um so weniger können wir seine Überzeugung als beweiskräftig ansehen. Wie haben schon zu viel Unkraut gesehen, das Rosa Luxemburg und ihre engsten Freunde gefaselt haben, als daß wir den „Kautsky“ als Kautsky anzusehen vermöchten.

Politische Umschau.

Die zweite Beratung der sogenannten Reichsfinanzreform im Plenum des Reichstags wurde in verfloßener Woche zweimal unterbrochen. Zunächst durch die zweite Beratung der vom Zentrum eingebrachten Toleranzvorlage. Daß die regierende Partei weit davon entfernt ist, sich mit dieser Vorlage zu wirklicher Toleranz in religiösen Fragen zu bestimmen, darüber konnte vor vornherein niemand im Zweifel sein. Ihr kommt es lediglich darauf an, für die religiöse Richtung, die sie vertritt, für den Clerikalismus u. s. w., möglichst Freiheit zu erlangen. Natürlich kann das nur im Rahmen einer formell allgemein gehaltenen Gesetzesbestimmung geschehen. Die Forderung des Zentrums geht nicht unumwunden auf volle Glaubens- und Wissenschaftsfreiheit, sondern lediglich dahin:

„Vollständige Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften sowie der gemeinsamen Hauskirchen und öffentlichen Religionsübung steht innerhalb des Reichsgebietes jedem zu. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.“

Dahingegen beantragen die freireligiösen Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen und Dr. Müller-Sagan folgende Fassung: „Vollständige Glaubens- und Wissenschaftsfreiheit ist innerhalb des Reichsgebietes jedem gewährleistet. Danach steht die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften sowie der gemeinsamen Hauskirchen und öffentlichen Religionsübung jedem Einwohner des Reiches zu. — Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.“

Das Zentrum konnte sich, ohne seine Vorlage schwer zu diskreditieren, nicht wohl der Zustimmung zu dieser Fassung enthalten. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Freireligiösen und desentrums wurde sie angenommen.

Ein anderer Paragraph der Vorlage lautet: „Der Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst, welcher der religiösen Überzeugung der Erziehungsberechtigten nicht entspricht, kann ein Kind gegen den ausdrücklichen Willen der Erziehungsberechtigten nicht angehalten werden.“ Auf Antrag der Sozialdemokraten wurden in dieser Bestimmung die Worte „wogegen der religiösen Überzeugung der Erziehungsberechtigten nicht entspricht“, gestrichen. Ein Redner des Zentrums, Abgeordneter Wagemann, gab der Ministerialredaktion, dem Veranlasser eines „religiösen“ Sozialismus, folgende Erklärung: „Ich würde mich nicht gegen einen Religionsunterricht nicht entgegen. Wenn ich das zu glauben, daß diese Erklärung im Geiste wirklicher Toleranz abgegeben ist. Wer, wie der Ministerialismus, konfessionell denken, die Schule unter der Herrschaft der Kirche antreibt, der denkt sich damit grundsätzlich zur Toleranz. Mit Hilfe der staatlichen Gesetzgebung will der Ministerialismus ein Schulwesen schaffen, das weit entfernt vom religiösen Aufbau, vom Glaubens- und Wissenschaftsfreiheit ist. Er fordert Freiheit für sich, um die religiöse Bekehrung der Schüler desto leichter über zu bringen.“

Die zweite Unterbrechung der Reichsfinanzreformbedenken erfolgte durch die Besprechung folgender Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend die Auswirkung russischer Staatsangehöriger:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß der Reichspräsident von Berlin mit Billigung des preussischen Ministers des Innern im Widerspruch mit Artikel 1 des deutsch-russischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 28. Juli 1904 russische Staatsangehörige in Massen des Landes verwehrt? Und was bewacht der Herr Reichskanzler gegen diese ungesetzlichen Maßnahmen?“

Staatssekretär Graf Rosdowski lehnte im Namen des Reichskanzlers die Beantwortung dieser Interpellation ab mit dem Bemerkten, daß für die Ausübung der Fremdenpolizei die einzelstaatliche Gesetzgebung gelte, also die Reichsregierung „nicht kompetent“ sei, in diese Späre einzugreifen. Nachdem wurde die Besprechung der Interpellation mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Freireligiösen und eines Teiles des Zentrums beschloßen. Der Abgeordnete Debel begründete sie in langer Rede unter Mitteilung einer großen Zahl von Fällen nachdrücklich unerhörter Ausweisungen, die die Berliner Polizei vorgenommen hat. Wollig harmlos und politisch unbedenklich und ungefährliche Personen wurden von dieser rigorosen Maßregel betroffen, so eine 75-jährige Dienstmagd, die seit mehr als 20 Jahren bei ihrer Herrschaft das Grabenrot ist. Ferner Arbeiter, Studenten, die sich nichts haben zu schiden können lassen; ja selbst reiche Leute, die lediglich ihrem industriellen oder wissenschaftlichen Berufe oblagen.

Auch von Rednern der Freireligiösen und des Zentrums wurde diese, die Heiligkeit des Gottesdienstes verletzende, dem Willkürrecht widerstehende Ausweisungspraxis scharf getadelt. Nur ein konserverbiter Abgeordneter (v. Döbenburg) und zwei Antiklerikale (Gaitmann und Frolich) fanden der Mut, solche monströse Unrecht unter dem Gesichtspunkt des „Schutzes gegen revolutionäre Umtriebe“ und der „Fremdenfrage“ zu verteidigen.

Schließlich ging der sozialdemokratische Abgeordnete Fre auf die wirtschaftliche Bedeutung der Ausweisungen ein. Er führte gegenüber der vom Abgeordneten v. Döbenburg aufgestellten Behauptung, es sei notwendig, zu verhindern, daß uns barbarische Ausgewanderte, folgendes aus:

„Wie vereinbart sich damit die Politik der christlich-westfälischen Großindustrie? Sie konstatieren, daß die christlich-westfälischen Großindustriellen Hunderte und Tausende der allerschäblichsten Arbeiter zusammenkneipen, lauter blutarme Leute. Sie konstatieren, daß die Genossenschaft sich gerade in den Gebieten ausgebreitet hat, in denen man diese Arbeiter

zusammengepackt hat. Wenn man auf der einen Seite keine Arbeit hineinstecken lassen will, wie kann man dann dulden, daß man bei uns maßlos italienische, flamenische und rumanische Arbeiter heranzieht unter Vorbehaltung falscher Tatsachen, indem man versucht, die durch betrügerische Manipulationen an Lohnbüchern zu machen. Wenn diese Armen nun sehen, daß sie mit Büchern von einer Mark und noch weniger nicht auskommen können, dann schließen sie sich den gewerkschaftlichen Organisationen an. Sobald dies geschieht, treibt die hochwilde Polizei sie rücksichtslos aus. Dabei vergehen sich diese Leute gar nicht gegen ein Arbeitsgesetz, sie tun nur, was ihnen durch Gesetz erlaubt ist. Es werden Leute ausgewiesen, die sich politisch und gewerkschaftlich gar nicht betätigen haben. Wenn man auf der einen Seite durch Zölle und Grenzsperrn die Lebensmittel verteuert, dann sind wir auf der anderen Seite doch gezwungen, durch wirtschaftliche Organisationen die Lage der Arbeiter zu verbessern zu suchen. Nun will man das verhindern, indem man Lohnrücker heranzieht. Wenn es uns gelingt, die Lohnrücker zu überlegen, daß sie auf falschem Wege sind, dann greift wieder der Staat ein. Die Leute werden auf die Straße gesetzt, und wie ich hinzugehen will, an die Stelle der ausgewiesenen österreichischen Arbeiter, woran hoffentlich auch im österreichischen Parlament gesprochen wird, schleppen sie flaviische und italienische Arbeiter. Das nennt man dann nationale Politik, die Politik des Deutschland. Alle Ausländer, die sich hier Gewerkschaften anschließen, werden ausgewiesen, nur die preussischen Polen kann man nicht ausweisen. Diese stellt man deshalb unter ein Ausnahmengesetz.

Von dieser Politik sind bekanntlich auch schon viele ausländische bürgerliche Arbeiter betroffen worden, lediglich deshalb, weil sie sich der gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen hatten. Daß dieses „Ordnungs“-Politik das Ansehen Deutschlands in der Welt nicht heben kann, ist klar. Sie ist, wie der freisinnige Abgeordnete Schrader zurecht sagte, ein Rückfall in die alte Barbarei, eines Kulturreiches wahrlich nicht würdig.

Es bleibt nun abzuwarten, ob dies Urteil, das die große Mehrheit des Reichstages über sie gesprochen hat, Eindruck auf die „maßgebenden“ Stellen machen wird.

Bei der am 4. Mai in Darmstadt vorgenommenen Stichwahl zum Reichstage wurde Landtagsabgeordneter Werthold (SD.) mit 16656 Stimmen gewählt gegen 15921 Stimmen, die auf den Kandidaten Dr. Stein entfielen. Bei der Hauptwahl am 25. April wurden für Werthold 13801, für Dr. Stein 10315 und für Warrer Kroll 5808 Stimmen abgegeben. Die Reichstagswahl in Altensachsen ist auf den 27. Juni anberaumt worden. Freisinn, National-liberale und Zentrum differieren bei der Wahl nicht sehr in ihren Stimmengängen; sie stellen sich auf 7737, 7440 und 6604, denen 10146 sozialdemokratische und daneben noch 14577 christlich-sozialen Stimmen gegenüberstehen. Das Zentrum hat aber offenbar keine Hoffnung, die beiden liberalen Parteien bei der bevorstehenden Wahl zu überholen, denn dessen Kandidat, Regierungsrat Klotz, hat bereits erklärt, das Zentrum werde in der Stichwahl einstimmig für den bürgerlichen Kandidaten eintreten.

Die diesjährige Maifeier ist in allen Ländern imponent verlaufen. Die Berichte aller Arbeitervereine bezeugen, daß die Zahl der Arbeiter, die die Maifeier durch Arbeitsruhe begingen, gegen das vorige Jahr außerordentlich stark gewachsen ist. In den Vormittagsversammlungen und sonstigen Tagesausführungen haben sich diesmal auch die Arbeiter der Eisenindustrie, der Werften und in hervorragendem Maße beteiligt. In mittleren Städten, wo die Teilnehmer an den Demonstrationen sonst nur nach Hunderten zählten, waren es diesmal Tausende. Besonders großartig war die Beteiligung in Hamburg und Berlin. Der Festzug in Hamburg, der trotz aller Gefährdung der Nachtruhe auch in diesem Jahre von der Polizeibehörde genehmigt wurde, war außerordentlich, fast vier Stunden dauerte der Auf- und Vorbeimarsch; an 45000 Teilnehmer wurden im Zuge gezählt, und Bestenfalls, die gleichfalls als Zeichen ihrer Anteilnahme Markierungen angebracht hatten, bildeten Spalten. In Berlin waren alle von den Gewerkschaften veranstalteten Vormittagsversammlungen überfüllt. Daselbst lag sich von den meisten großen und mittleren Städten ab. Daß sich unsere Kollegen, überhaupt die bürgerlichen Arbeiter, nach wie vor hervorragend an der Maifeier beteiligen, braucht kaum besonders erwähnt zu werden. Eine Folge davon ist es wohl auch, daß sich die Ausprägungsbewert der bürgerlichen Unternehmer ganz bedeutend abgeflacht hat. Hier und da betrachtet ein „Arbeitsgeberverband“ ja noch, daß die Arbeiter auch am 2. Mai feiern sollen, aber mit der Durchführung des Beschlusses ist es man so. Bisherigen treiben es vorläufig noch die Herren Metallindustriellen, die in den größten Städten eine gezielte Ausprägung als Strafe für die Arbeiter verhängt haben. Ihnen haben sich die Hamburger Arbeiter, die Werker der Eisen- und Stahlindustrie, die Schlosser aber die Fabrikanten und Hafen- und Schiffbauarbeiter den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, desto eher wird das Proletariat zusammenbrechen.

Hamburg hat einen „Anführer“-Prozess hinter sich, der in indirektem Zusammenhang mit der Märzrevolution am 17. Januar steht. Infolge der Abhängigkeitsverhältnisse der Polizeibehörde wurden u. a. auch einige Straßen von Schulgeleit fast völlig entleert, die man als „Katholiken- und Protestanten-“ bezeichnet. Dort kam es infolge von politischen „Attentaten“ in später Abendstunden zu Krawallen, die sich durch heulende Zumpenproletariat zu nütze machten, um Schaufenster zu demolieren und Läden zu plündern. Die Hauptplünderer und -Diebe hat nun aber die Polizei nicht gefangen, sondern meistens nur solche, die ein hübsches Mitgefallen haben; meistens sogenannte „Halbstarke“, aber auch drei Arbeiter, die einer gewerkschaftlichen Organisation angehörten. Diesen Leuten, zunächst 29 Angeklagten, ist nun der Prozess vor dem Schwurgericht gemacht und die Mehrzahl ist zu harter Strafe verurteilt worden. Auch Haus und 1 Jahr bis zu 3 Jahren, Gefängnis von 2 Wochen bis zu 1 Jahr 6 Monaten wurden über die „Anführer“, „Randfriedensbrecher“ und Plünderer verhängt. Die Sozialdemokratische Partei hat versucht, die Angeklagten der sozialdemokratischen Partei an die Wochenscheide zu hängen, und etwas Neuliches versucht einer der Staatsanwälte in seiner Ein-

Klagerebe: Die Veranlasser der Demonstrationsveranstaltungen und die Veranlasser der Demonstrationen sollten die intellektuellen Urheber des Krawalls und der Plünderungen sein. Der Versuch eines Beweises dafür ist aber völlig mißlungen. Der Verlauf der Demonstrationsveranstaltungen hat selbst nach dem Zeugnis der überwachenden Beamten nicht den geringsten Anlaß, um die späteren, tief bedauerlichen Vorkommnisse mit ihnen in Verbindung zu bringen. Ueberdies ist festgestellt worden, daß von den Angeklagten auch nicht einer an den Veranlassungen teilgenommen hat, ja, daß sie bis auf einen gar keine Ahnung von der Demonstration hatten. Ob sich trotzdem die Geschworenen und die erkennenden Richter bei dem Urteilspruch und der Bemessung der Strafe von politischen Anschauungen und Rücksichten haben leiten lassen, ist natürlich schwer zu erkennen. Der Staatsanwalt forderte ein Urteil, das Furcht und Schrecken verbreite. Das genügt zur Kennzeichnung seiner Anschauungen.

Christliche Arbeiterorganisation und Politik. Im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften wird stärkere Anteilnahme der christlich organisierten Arbeiterschaft an der Politik verlangt, und zwar, wie ausdrücklich betont wird, „angeregt durch den Erfolg der organisierten englischen Arbeiterschaft bei den letzten Parlamentswahlen“. Nicht zu Gunsten einer politischen Partei sollen sich die christlichen Gewerkschaften politisch betätigen, sondern jedes Mitglied solle sich „außerhalb seiner Berufsorganisation in derjenigen Partei betätigen, zu der es sich aus eigener Entschliebung bekennt“. Unbedingt aber müßten die christlichen Arbeiter politisch mehr zur Geltung kommen. Weiter heißt es:

Die selbständig gebildete christliche Arbeiterschaft wird sich auf politischem Gebiete keine dauernde Verbormundung gefallen lassen; sie wird vielmehr auf Mitarbeit und Mitbestimmung in den Parteien hinarbeiten und auch hier Verständnis für die Arbeiterforderungen und gerechte Berücksichtigung derselben fordern. Einestheils ist es ihm beizubringen für die bürgerlichen Parteien, daß sie die christliche Arbeiterschaft so wenig politisch haben zur Geltung kommen lassen. Es genügt nicht mehr, in Versammlungen und auf Kongressen Wünsche zu erheben und Forderungen zu stellen, sondern es müssen Vertreter in den Parlamenten sein, die diese Forderungen auch mit Nachdruck vertreten.

Die Frage, ob eine eigene christliche Arbeiterpartei zu beschließen sei, wird verneint. Diese Partei würde zu klein und infolge dessen einflusslos bleiben. Der andere Weg sei der einzig gangbare: innerhalb der bürgerlichen Parteien sei das politische Arbeitsfeld für die christlichen Arbeiter, dort müßten die parlamentarischen Vertreter der christlichen Gewerkschaften stehen.

Die Veranlassung auf die Wahlerfolge der englischen organisierten Arbeiterschaft steht den „Christen“ schlecht an. Diese Arbeiterschaft ist ohne Hervorhebung „christlicher“ oder sonstiger religiöser Tendenzen, nicht unter dem Banner einer Konfession in den Wahlkampf gezogen, sondern als Klasse, auf dem Boden eines bestimmten Programms, das ihren Klasseninteressen entspricht. Dieser Wahlkampf war Klassenkampf und die späteren Wahlsiege der englischen Arbeiterschaft werden sich immer mehr als Klassenkämpfe charakterisieren.

Ganz anders liegt die Sache hier. Die „christlichen“ Arbeiter sollen politischen Anschluß suchen bei den bürgerlichen Parteien, nicht aber auch bei der sozialdemokratischen Partei. Haben doch gerade gegenüber dieser Partei die christlichen Gewerkschaften oft eine rücksichtslos abweisende Stellung eingenommen. Das Zentralblatt ist nicht im entferntesten geneigt, den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften die Freiheit des Bekenntnisses politischer Parteizugehörigkeit zu gewähren. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß die Ausführenden jenes Organs hauptsächlich den Zweck haben, die Zentrumspartei zu veranlassen, in der politischen Bewertung und Behandlung der katholischen Arbeiterschaft einige Konzessionen zu machen, das heißt gelübte Schlem der absoluten politischen Verbormundung dieser Arbeiterschaft fallen zu lassen. Aber das Zentrum wird sich schon bemühen, die katholische Arbeiterschaft nicht zum selbständigen politischen Denken und Handeln kommen zu lassen. Wollen sich die Arbeiter ernsthaft und ehrlich für die politischen Interessen der Arbeiterklasse betätigen, so gibt es für sie nur einen Weg, und der führt zur Sozialdemokratie!

Streikbrecher in gerichtlicher Beleuchtung. „Erfahrungsgemäß werden bei Lohnkämpfen auch die berechtigten Bestrebungen durch den Zug fremder Arbeitskräfte leicht gefährdet und zum Scheitern gebracht. Wer daher die Verrücktheit der arbeitenden Berufe jeden Standes . . . anstrebt, wird darauf bedacht sein müssen, solchen Zug von dem Gebiete des Lohnkampfes möglichst fernzuhalten und zu verhindern, daß der Bedarf an Arbeitskräften von auswärts gedeckt wird. Deshalb muß der fliegende Verband, der sich die wirtschaftlich bedrängtesten, insbesondere die mehr oder minder arbeitslosen Berufsge nossen, im Ernstfall nicht allzu leicht ins feindliche Lager übergeben und ihre Dienste dem anbieten, der im Lohnkampf den Vereinsmitgliedern als Gegner gegenübersteht. Gerade die wirtschaftlich Schwächsten sind naturgemäß der Verführung besonders ausgelegt, mit einer geringen Verbesserung ihrer Lage sich abfinden zu lassen und nach Erreichung dieses oder eines anderen Vorteils die gemeinsame Sache zu verlassen und das von den übrigen Berufsge nossen und anfänglich auch von ihnen selbst angestrebte Ziel aufzugeben.“

Diese recht zutreffenden Worte gab das sächsische Oberlandesgericht neulich bei der Begründung eines Urteils von sich. Sicher sind sie ein Zeichen, daß sich auch die jüngsten sächsischen Juristen zu einer einsig vernünftigen Würdigung der Verhältnisse der Lohnkämpfe durchdrungen. Es ist nicht mehr viele recht, daß das, was die Weichen des Volkes als moralisch und sittlich ansetzt, auch in der Rechtsprechung seinen Ausdruck findet. Bisher haben wir das in manchem Gerichtsbescheid nicht selten bemerkt. Glücklicherweise kommt nun endlich ein Anschlußpunkt, und sogar

von Sachsen; von dort hätte man ihn zwar zu allererst vermutet. Die Anschauung ist zwar bisher nur in einem Urteil ausgeprochen, was einem ärztlichen Berufsverein gegenüber einem klagenden „Arbeitswilligen“ Recht gab; es wäre aber eine Belebung der Justiz, wollte man behaupten, daß streikenden Arbeiter gegenüber eine andere Praxis eingeschlagen werden würde.

Die Wahlreform in Österreich scheint gefährdet zu sein. Die Reaktionskräfte wählten dort genau so wie bei uns gegen alles, was nach Volksfreiheit aussieht, und sie haben es fertig gebracht, den Ministerpräsidenten Gautschi, eine Stütze der Wahlreform, zu stürzen. Um nun den Volksfeinden ein Paroli zu bieten, hat die Gesamtregierung der österreichischen sozialdemokratischen Partei (wogu auch die Mitglieder der Gewerkschaftskommission und die Vertreter der Industriegruppen gehören) einstimmig beschlossen, im Falle der Gefahr unbedinglich die Vertrauensmänner der politischen und der gewerkschaftlichen Organisationen zu einer Konferenz zusammenzubringen, auf deren Tagesordnung die Anordnung und Durchführung des Massenstreiks zu stehen habe.

Einigungsamt in der Schweiz. Der Stadtrat in Zürich hat beschlossen, ein ständiges städtisches Einigungsamt zu errichten, das bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern als Vermittlungsinstitut und dann als Schiedsgericht zu wirken hat. Wenn auch dem Entschluß des Amtes die Volkspartei fehlt, es also von dem guten Willen der Parteien abhängt, ob sie sich fügen wollen oder nicht, so glaubt man doch, daß der moralische Druck, der durch den Entschluß ausgeübt wird, genügen wird, um die beurteilte Partei zur Unterwerfung zu bringen. Die sechs Mitglieder des Amtes werden vom Stadtrat gewählt und dürfen weder Arbeiter noch Unternehmer sein.

Mauerebewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. * Zug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Mauer:

Schleswig-Holstein: Barmstedt (Sperrn über Rathjens, in Homdingen), Meldorf, Schwartau, Pansdorf, Niendorf a. d. Ostsee, Süderbranz (Streiks), Lütjenburg, Ahrens- bück (Differenzen);

Mecklenburg: Schwerin (Sperrn über Ferd. Stange), Goldberg (Zimmererstreik), Silze (Sperrn über Holldorf), Hagenow, Waren (Streiks), Lage, Ratzeburg, Schönberg (Differenzen);

Pommern: Gollnow (Sperrn über Küster), Jarmen (Sperrn über Brandt und Heide Schmidt), Stralsund (Differenzen), Loitz, Misdroy (Streiks), Cöslin (Sperrn über H. Schüttler), Demmin (Aus- sperrung);

Ost- und Westpreußen: Könitz, Memel, Osterode (Aussperrungen), Marien- werder (Aussperrung in Rehlf. b. M.), Elbing, Goldap, Fr. Stargard (Streiks);

Posen: Schneidemühl, Posen (Aussperrung);

Schlesien: Breslau (Differenzen), Hirschberg-Cunnersdorf (Aus- sperrung), Oppeln (Streik);

Brandenburg: Wittenberge (Aussperrung), Spandau (Sperrn über die Unternehmer Leo und Rokschi), Stras- burg i. d. Uckermark (Sperrn über Döring), Nauen (Bauarbeiterstreik), Fürstenwalde (Zim- mererstreik), Alt-Karbe (Streik steht bevor), Berlin (Zementbranche, Sperrn über O. Stüwe);

Provinz Sachsen: Mühlberg a. E. (Streik), Bitterfeld (Sperrn über E. Wiesner), Amendorf (Streik);

König. Sachsen: Leipzig (Gespart sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteile, Karl Wilhelm Thormaun, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Hallesche Strasse, M. Klenke in Möckern, Hallesche Strasse, R. Hippe in Leipzig-Anger, Weissenburgerstrasse, Bern- hard Schammelt, Eke Bayerische und Harden- bergstrasse, Otto Dietze, Wahren, Hallesche- strasse, Wurzen (Sperrn über Lehmann in Pichau), Hirschberg (Aussperrung), Schandau (Streik), Sebnitz, Nostadt, Stolpen, Pirna (Aus- sperrung), Zwickau, Penig, Elsterberg, Pulsnitz, Grossröhrsdorf (Streiks);

Hannover, Oldenburg und Lippe: Vissehböde (Sperrn über Cohrs und Köster), Osterode a. Harz (Streik), Emden, Hildes- heim (Zimmererstreiks), Nienburg a. d. W., Haste- beck, Hildesheim, Stadtdorndorf (Streiks);

Braunschweig: Wolfenbüttel (Sperrn über Dauer und Müller), Holzminden (Streik), Fallersleben (Sperrn über Gühner);

Thüringen: Erfurt (Sperrn über Wagner und Walther & Gross- mann), Götting (Differenzen), Eisenach (Sperrn über Wagner), Gera (Sperrn über Hirsch), Arnstadt (Sperrn über Faust und Papst), Kahl (Aussperrung), Meuselwitz (Sperrn über K. Müller), Weimar, Schlotheim (Streiks);

Rheinprovinz und Westfalen:

Borghorst b. Münster (Streik), Rheine (Differenzen), Lütgendortmund (Sperrung über die Zechen Germania und Zollern), Ahrtweller-Neuenahr (Streik), Benrath b. Düsseldorf (Sperrung über Jüdick);

Bayern:

Nürnberg (Sperrung über Schaller), Erlangen (Differenzen), Alzenau, Straubing, Hof a. d. S., Würzburg (Streiks);

Hessen:

Flörsheim, Flinthen (Streiks), Hersfeld (Aussperrung);

Baden-Pfalz:

Lambrecht, Hassloch, Schwetzingen, Weinheim, Edingen, Heddeshelm (Streiks), Mundenheim (Sperrung über die Fabrik Giulini), Schifferstadt, Baden-Baden (Streiks), Singen (partieller Streik);

Elsass-Lothringen:

Gebweiler (Streik);

Württemberg:

Nürtingen, Göttingen (Streiks), Gmünd (Gipsstreik);

Fliesenleger:

Rhein-westfälisch. Industriegebiet (Lohnbewegung).

Oesterreich:

Bad Hall, Bodenbach, Pilsen (Streiks), Wien (Aussperrung bevorstehend);

Zug von Verbandskollegen ist nach dem Zweigvereinsgebiet geführt worden. Die Arbeitslosigkeit ist gut. Das Verbandsbureau ist in Ruyrort-Beet, Feldstr. 41.

Warnung vor Streikbrecheragenten.

Mit der Geschäft von Lohnbewegungen, die dieses Frühjahr gebracht hat, sind auch jene Salunken wieder aufgetaucht, die schamlos genug sind, um schändlichen Gewinns willen das ehrliche Gewerbe eines Streikbrecheragenten zu betreiben. Neben jenen erbärmlichen Kreaturen sind aber auch hier und da nicht minder elende und erbärmliche Gesellen aufgetaucht, die zum ehrlichen Gewerbe zu faul oder unfähig sind, nun darauf auszugehen, den im Lohnkampf sich befindenden Kollegen unter allen Umständen Geld zu erpressen, indem sie sich als Streikbrecheragenten ausgeben, die von den Unternehmern beauftragt seien, für die Streikenden Ersatz herbeizuschaffen, hiervon aber Abstand nehmen würden, wenn sie von der Streikleitung eine bestimmte Summe Geld, die meistens nicht klein ist, ausbezahlt bekommen würden. Fällt die Streikleitung hierauf herein, so stellt sich hinterher heraus, daß sie von einem ganz gemeinen Schurken und Schwindler über Ohr gehauen worden ist. Es kann deshalb nicht eindringlich genug vor jenen Gaunern gewarnt werden. Statt der verlangten hohen Geldentwöhnung sollten die Streikleitungen auf alle Fälle die Verhaftung solcher Gauner wegen Erpressung oder Betrugsversuchs veranlassen. Die Polizei ist zur Verhaftung dieser Burschen verpflichtet, da es sich in solchen Fällen um gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen handelt, die nach dem Strafgesetzbuch mit schwerer Freiheitsstrafe bedroht sind. Anlaß zu dieser Warnung gibt uns ein Fall, der sich jüngst in Meuselwitz abgespielt hat. Es wird uns hierzu geschrieben: Am 29. April, Abends gegen 10 Uhr, erstellte mich die Kunde, daß sich ein italienischer Streikbrecheragent am Orte aufhalte, um dem Unternehmer Müller, über dessen Bauten die Sperre verhängt ist, Streikbrecher zuzuführen. Ich nahm mit einigen Kollegen sofort die Jagd auf den Agenten auf. Wir erwischten ihn auch und ersuchten ihn, von seinem Vorhaben Abstand zu nehmen. Als wir ihn einige Zeit bearbeiteten hatten, verschwand er jedoch wieder. Am anderen Morgen nahmen wir die Suche nach dem Agenten wieder auf. Ein Kollege brachte den Agenten, namens Ignaz Tod, zu mir. Und nun verlangte der unersichtliche Mensch eine Abfindungssumme von 80. Er würde dann die Italiener nicht nach Meuselwitz, sondern nach Königsberg schaffen. Nachdem er seine Forderung bekannt gegeben hatte, erklärte ich ihm, daß wir ihm kein Geld geben, sondern seine Verhaftung wegen Erpressung veranlassen würden. Die bei mir in der Wohnung anwesenden Kollegen hielten den Agenten nun so lange fest, bis ein Polizeiwachmeister herbeigeholt war, der seine Verhaftung vornahm. Da eine Erkundigung bei dem Unternehmer Müller ergab, daß dieser keine italienischen Maurer erwartete, so wurde gegen den Schwindler Anzeige wegen Betrugsversuchs erhoben. Gätte es sich um einen wirklichen Streikbrecheragenten gehandelt, oder hätte Müller wirklich Streikbrecher zu erwarten gehabt, so wäre die Verhaftung des Agenten trotzdem gerechtfertigt gewesen, da er offenbar einen Erpressungsversuch unternommen hatte. Ueber den Ausgang dieser Sache werden wir später berichten.

Gau Oden: In M e m e l haben es sich die Unternehmer noch einmal überlegt und die Gesellen nicht ausgesperrt. Da aber die Lohnbewegung vorbereitet war, haben die Kollegen Montag, den 30. April, die Arbeit eingestellt; sie ruht selbst vollständig. Geordert werden 50 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn; bis jetzt wurden 46 $\frac{1}{2}$ für die besseren Gesellen etwa seit fünf bis sechs Jahren gezahlt. Ein Vertrag bestand nicht. Die For-

derung, 5- $\frac{1}{2}$ Lohnerhöhung, scheint den Unternehmern ganz unangeheuerlich zu sein. Hierbei vergessen sie ganz, daß die Lebensbedürfnisse prozentual viel höher gestiegen sind. Da recht viele Arbeiter in M e m e l und in ganz Ostpreußen ist, haben die Kollegen, wenn sie nur zusammenhalten, trotz der Abneigung der Unternehmer, die besten Aussichten.

In E l b i n g haben in der letzten Woche Verhandlungen mit der Innung stattgefunden. Die der Innung fernstehenden Unternehmer haben ziemlich alle bewilligt. Die zehnjährige Arbeitszeit will auch die Innung bewilligen; sie hat auch die sonstigen Forderungen sowie Bezahlung der Ueberstundenarbeit und Landarbeit anerkannt, nur ist über den Lohn noch keine Verhandlung erzielt. Die Gesellen fordern 45 $\frac{1}{2}$, die Meister wollen aber nur 43 $\frac{1}{2}$ zahlen. Voraussichtlich wird der Streik in den nächsten Tagen erlöst werden.

In K o n i g sind in der letzten Woche noch Italiener eingetroffen, so daß jetzt 80 am Orte sind. Die Königer Kollegen haben jetzt alle in der Ungegend Arbeit gefunden; sie werden auch ohne die Königer Unternehmer bestehen. Diese betätigen sich besonders erfolgreich bei den Italienern als Köhler und Diener; einigen soll diese Rolle sehr gut anstehen. Wie lange es ihnen gefallen wird, ist eine zweite Frage. Vielleicht lehnen sie sich bald nach ihren bisherigen Mauern und lernen auch andere Menschen achten.

Zu dem Einzug der Italiener in König wird uns aus Mittweida geschrieben: Am 28. April reiste eine Kolonne italienischer Maurer, circa 25 bis 30 Mann, von Mittweida in Sachsen nach dem Streikort König in Westpreußen, um dort Streikbrecherdienste zu leisten. Trotz aller Warnung, die den Leuten zu Teil wurde, nicht ins Streikgebiet zu fahren, waren diese Gesellen nicht zu bewegen, ihr unüberlegtes Vorhaben abzulegen. Ein Agent, dessen Namen wir leider nicht erfahren konnten, kam am 28. April hier in Mittweida an, machte den Leuten verschiedene Vorlesungen und versprach ihnen 65 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn, freie Fahrt von Mittweida bis König und, wenn die Leute bis zum 1. Oktober dort arbeiten, freie Fahrt bis in die nächste Heimat Italien. Den Leuten wurden hier die Papiere abgenommen, darauf mußten sie sich schriftlich verpflichten, bis zum 1. Oktober 1906 in König zu arbeiten. Wir geben das hiermit den Königer Kollegen bekannt, damit sie wissen, mit was für Elementen sie zu tun haben und vorbestimmten nachgehend die Namen derjenigen, die sie erst kürzlich hier in Mittweida in unseren Bäumen aufnehmen ließen und jetzt Streikbrecherdienste leisten: Philippo De Antoni, Johann Capellari, Joh. Tassotti, Wenzes Glimbitz, Emil Solerit, Dietrich Mario, Refugit Daniel. Diese arbeiten jetzt beim Maurermeister Hermann in König unter dem Kolonnenführer Pietro Marfollis.

In O s t e r o b e, wo die Unternehmer kurzerhand den Vertrag brachen und den Lohn kürzten, ist am Montag, den 30. April, die Arbeit eingestellt worden; die Arbeit ruht nun vollständig. Auch die Mitglieder des „Gesellenausschlusses“, die inzwischen dem Verband beigetreten sind, haben sich dem Streik angeschlossen. Jetzt lernen die Unternehmer vielleicht, daß Treu und Glauben noch nicht bei den Arbeitern abgelaufen sind. Soll aber den Kollegen der Kampf nicht erschwert werden, dann ist es nötig, daß alle Kollegen den Ort meiden.

Die Kollegen in P r. S t a r g a r d sind einmütig zwecks Durchführung ihrer Forderung: 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und zehnjährige Arbeitszeit in den Streik eingetreten. Abgesehen von einigen alten geborenen sämtlichen Kollegen am Orte unserem Verbande an, und in der entscheidenden Versammlung waren von 63 im ganzen Wohngebiet wohnenden Kollegen 59 erschienen. Der Streik wurde einstimmig beschlossen. Sie haben das harte Loch auch lange genug getragen. Trotz der Verweigerung durch die „Stargarder Zeitung“ werden sie, wenn sie weiter zusammenhalten, siegen. Verhandlungen mit den Unternehmern sind angebahnt.

Der Streik in M e w e ist durch Unterhandlungen, die unter dem Vorsteh des Bürgermeisters am 28. April stattfanden, erlöst. Erreicht wurde die Umanhandlung des Tageslohnes in Stundenlohn, der für dieses Jahr 38 $\frac{1}{2}$ und für 1907 40 $\frac{1}{2}$ beträgt. Bisher wurden, auf die Stunde berechnet, durchschnittlich 32 $\frac{1}{2}$ gezahlt. Am Sonnabend ist eine Stunde, an den Vorarbeiten der hohen Festtage zwei Stunden früher Feierabend, ohne Lohnabzug. Bei Ueberlandarbeiten ist wöchentlich ein Hin- und Rückweg als Arbeitszeit mit zu berechnen. Ueberstunden werden mit 10 $\frac{1}{2}$ Aufschlag bezahlt. Bei der Lösung des Arbeitsverhältnisses muß der Lohn gleich ausgegahlt werden. Leider mußte die einstündige Arbeitszeit noch beibehalten werden. Unser „Christlicher“ Sekretär kann sich notieren, daß es hier nichts „Christliches“ zu organisieren gibt. Wir hatten keine Streikbrecher zu verzeichnen.

Die D a n i g e r Kollegen fordern 53 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. In dem vom 2. Mai datierten Antwortschreiben des „Arbeitsgeberverbandes“ erklären sich die Unternehmer bereit, ein Vertragsverhältnis mit uns einzugehen, vorausgesetzt, daß eine Einigung mit allen drei Berufs (Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter) erzielt wird. Die Unternehmer wünschen den Vertrag auf drei Jahre und wollen zahlen: 50 $\frac{1}{2}$ für 1906, 52 $\frac{1}{2}$ für 1907 und 54 $\frac{1}{2}$ für 1908. Die Zimmerer, die 50 $\frac{1}{2}$ gefordert haben, sollen 48, 50 und 52 $\frac{1}{2}$, die Bauarbeiter 33, 35 und 39 $\frac{1}{2}$ für eine- und Kolonnen und 30, 33 und 36 $\frac{1}{2}$ bei anderen Verträgen bekommen. Die Unternehmer werden noch etwas zulegen müssen, wenn es zu einem Vertragsabschluß kommen soll. Sie geben die Bezahlung einer Lohnerhöhung zu, befehlen aber die Notwendigkeit der gelebten Höhe, weil sie meinen, daß die Preise aller Konsumartikel zurückgehen werden. Unserer Ansicht nach wird die Verwertung der Konsumartikel noch eine Steigerung erfahren.

Gau Berlin. In P o s e n sind die Unternehmer in einen schweren Gewissenskonflikt geraten; einmal wollen sie die Forderungen der Bauarbeiterorganisationen nicht bewilligen, andererseits wünschen sie aber auch als gute alte deutsche Patrioten, angesprochen zu werden. Ueber ihr hatfatisches Patriotikum hat dadurch, daß sie mit der polnischen Streikbrecherorganisation einen Vertrag abgeschlossen und die Mitglieder der anderen Organisationen ausgesperrt haben, seinen schwarz-weiß-roten schillernden Glanz verloren. Sind doch unter den Ausgesperrten auch die christlich organisierten und die Kirch- und Dunderchen! Die Unternehmer suchen ihr Gewissen am meisten aber wohl das Gewissen der Bescherten zu beschwichtigen, daß sie erklären, es sei ein wirtschaftlicher, kein politischer Kampf, der in Posen geführt würde. Die „Arbeitsgeber-Zeitung“ ist bekanntlich anderer Meinung; die sieht in jedem Streik einen

politischen Kampf, der das Eingreifen des Staates zu Gunsten der Unternehmer erfordert. Bald so, bald anders, wie es paßt. Höchst ergötzlich ist es, daß die auf dem Schloßbau und dem Gebäude der Anstaltungscommission in Arbeit tretenden Streikbrecher zum Anschlag an die polnische Berufsorganisation aufgefordert werden. Wer dieser Aufforderung nicht nachkommt, wird entlassen. In der Reihen der Schatzmacher fängt es an zu bröckeln, ein Mitglied des Arbeitsgeberverbandes hat bereits den Vertrag unterzeichnet; die Materialsperrung ist ganz wirkungslos. In der vorigen Woche arbeiteten 182 Gesellen und 18 Poliere zu den neuen Bedingungen, während als Arbeitswillige 126 Gesellen und 55 Poliere tätig sind. — Wie noch gemeldet wird, finden am 8. Mai Verhandlungen statt.

In P o r t i d. d. d. beschließen die Kollegen, Forderungen an die Unternehmer zu stellen. Infolge der Aussperrung mußten die Kollegen seit zwei Jahren auf ihre Wesperrpause verzichten, außerdem waren die Arbeitsbedingungen mehrfach verschlechtert worden. Dieses soll nunmehr beseitigt und gleichzeitig ein Stundenlohn von 45 $\frac{1}{2}$ gefordert werden.

Durch den Zimmer- und Bauarbeiterstreik in K ü r s t e n w a l d e sind unsere Kollegen dort in Mitleidenschaft gezogen; die notwendigen Arbeiten werden aber fertig, weil „arbeitswillige“ Bauarbeiter vorhanden sind. Unsere Kollegen glauben nun, daß auch dadurch ihre Position zur Durchführung ihrer Forderung von 65 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und zehnjähriger Arbeitszeit arg verschlechtert würde, und beschließen, falls die Unternehmer nicht auf dem Verhandlungswege Zugeständnisse machen, ebenfalls die Arbeit einzustellen.

In M ü l l e r b e r g a. d. E. zeitigt der Streik recht eigenartige Zustände. Benachteiligt befinden sich dort zehn italienische Streikbrecher. Um diese Leute mit den Bewohnern des Städtchens nicht in Verührung kommen zu lassen, werden die Morgens und Abends per Wagen und in Begleitung des Gendarmen nach der nur 5 Minuten entfernten Arbeitsstätte befördert. Zum Ueberflus wird die ganze Straße des Morgens und Abends je eine Stunde gesperrt. Diese „Vorkehrungsmaßregeln“ laden natürlich Klagen und Schimpfen an, weil sie ähnliche Benachteiligungen nur dem Körsenagen nach bei Kirchenfesten, Karablen usw. kennen. Die vier Gendarmen haben dadurch wieder Arbeit, die Klugertigen fortzuschaffen, Verhaftungen vorzunehmen und Angelegen zu erlassen. Bis jetzt haben 30 Personen Strafbansale erhalten, darunter auch Streikende, die ruhig auf der menschlichen Gasse spazieren gingen. Der die Strafe verhängende Amtsrichter nimmt an, daß sie nur dort Streikposten gestanden hätten, um „Arbeitswillige“ zu belästigen (obwohl niemand zum Belästigen da war), und darin liege grober Unfug zu erblicken. Die Lage des Streiks hat sich nicht geändert.

Die Verhandlung in W i t t e n b e r g e vor dem dortigen Bürgermeister hat kein befriedigendes Resultat gebracht, doch soll in nächster Zeit eine neue Verhandlung stattfinden.

In E i s t e r w e r d a und F i n k e r w a l d e sind den Unternehmern Forderungen ausgestellt worden, ebenfalls in W i t t e n b e r g e. In letzterem Bezirk ist gleichzeitig die Kündigung eingereicht.

In G a s s e n weigern sich die Unternehmer, die im vorigen Jahre ausgehandelte Arbeitszeitverfugung von 10 $\frac{1}{2}$ auf 10 Stunden einzuführen; dadurch wird es jedenfalls zur Arbeitszeitumstellung kommen.

In M i t t e n w a l d e haben die Kollegen mit den Unternehmern einen Vertrag abgeschlossen, wonach sich die Arbeitszeit vom 1. Mai an von 10 auf 9 Stunden verkürzt, der Lohn von 50 $\frac{1}{2}$ auf 60 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erhöht wird. In M i l o t i ist eine Vereinbarung mit den Unternehmern zu stande gekommen; die Lohnerhöhung beträgt 2 $\frac{1}{2}$.

M a i - A u s s p e r r u n g e n sind uns aus B e r l i n, Frankfurt a. d. O., Brandenburg und P e h n i n gemeldet worden; die betroffenen Kollegen haben sich anderweitig Arbeit gesucht.

Gau Magdeburg. Die Kollegen in O s c h e r s l e b e n stehen vor dem Streik. Die Unternehmer haben ihr erstes Zugeständnis zurückgezogen und tatsächlich nur 38 $\frac{1}{2}$ gezahlt, weil die Kollegen darauf bestanden, daß bei Abschluß eines Vertrages auch in zwei Jahren 2 $\frac{1}{2}$ Lohnerhöhung eintreten sollte. Eine am 29. April tagende Versammlung hat vom Streikbeschluss Abstand genommen, um erst nach die weitere Entwicklung der Konjunktur abzuwarten. Sollte die Herren nicht noch in letzter Minute bürniglich werden, wird jedenfalls der Kampf nach Pfingsten unvermeidlich sein.

In S c h ö n e b e d haben die Unternehmer 2 $\frac{1}{2}$ Lohn-erhöhung geboten. Am 2. Mai bezogen die Kollegen mit überzogener Majorität das Angebot als nicht weitgehend genug und beschließen, an der Forderung von 6 $\frac{1}{2}$ Lohn-erhöhung festzuhalten. Der Arbeitgeberverband wurde demgemäß nochmals zu Verhandlungen aufgefordert. Geht der selbe nicht darauf ein, so werden ihm die Kollegen zum Lauge aufpassen.

Der Streik in S t e n d a l ist mit einem annehmbaren Erfolge der Kollegen beendet. Die Forderung betrug für dieses Jahr 43 $\frac{1}{2}$; für das nächste Jahr 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Bewilligt wurden für dieses Jahr 41 $\frac{1}{2}$, für das nächste Jahr 43 $\frac{1}{2}$, insgesamt eine Lohnerhöhung von 5 $\frac{1}{2}$. Bei den Verhandlungen, die sich sehr in die Länge zogen, fiel besonders zu Gunsten der Unternehmer ins Gewicht, daß die Zimmerer zunächst nur 40 $\frac{1}{2}$ gefordert hatten. Nun ist ein gemeinschaftlicher Vertrag abgeschlossen, der für Maurer und Zimmerer die Lohnsätze von 41 $\frac{1}{2}$ bzw. 43 $\frac{1}{2}$, für Bauarbeiter von 33 $\frac{1}{2}$, bzw. 36 $\frac{1}{2}$, für Träger von 38 $\frac{1}{2}$ bzw. 38 $\frac{1}{2}$ vorsieht.

Die Kollegen in S c h a d e n s l e b e n sind nicht der Meinung, daß ihr Streik mit einem mageren Vergleich beendet sei. Es wird von dort geschrieben: „Der Stundenlohn betrug vor dem Streik 30 $\frac{1}{2}$ und liegt nach dreijährigem Streik auf 33 $\frac{1}{2}$, vom 1. Juli d. J. an beträgt er 34 $\frac{1}{2}$ und im nächsten Jahre 35 $\frac{1}{2}$. Im Januar jedes Jahres treten die Kommissionen der Arbeiter und Unternehmer zur Festlegung des Lohnes zusammen. Die Anerkennung der Organisation war für uns die Hauptsache, und diese haben wir vollständig erreicht. Von einem mageren Vergleich kann also bei derartigen Verträgen wohl schwerlich die Rede sein.“

Gau Dresden. In drei großen Sitzungen beschloßen die Oppolner Kollegen, ihre am 1. März an die Unternehmer gerichteten Forderungen (39 1/2 Stundenlohn) durchzuführen. Bis jetzt zahlten die Unternehmer 22 1/2 pro Stunde. Als sich nun die Kollegen organisierten, legten die Unternehmer 2 1/2 gutwillig zu, ohne eine Antwort auf unsere Forderung zu erteilen. Infolgedessen traten die Kollegen von Oppeln und Umgebung am 1. Mai in den Streik ein. Den ersten Tag hatten es einige indifferente Kollegen noch nicht für nötig befunden, die Arbeit niederzulegen, doch gelang es uns, sie den folgenden Tag teilweise zur Arbeitseinstellung zu bewegen. Dadurch wurde die ganze Geistlichkeit in Schreden versetzt. Sofort erschien das folgende Schriftstück:

Auf Eruchen des Vorstandes der Fachabteilung des katholischen Arbeitervereins wiederholen wir die bereits mündlich gegebenen Versicherungen nochmals in schriftlicher, bindender Form:

1. Die bereits von uns im Frühjahr gewährte Lohnerhöhung von 2—3 1/2 pro Stunde verpflichten wir uns, in diesem Jahre nicht zurückzugehen.
2. Wir erklären uns im Gegenteil bereit, in den nächsten Jahren weitere Lohnerhöhungen zu gewähren und zu diesem Zweck
3. eine Kommission von Meistern und Gesellen im Einvernehmen mit der Fachabteilung zu schaffen, durch welche die Arbeitsbedingungen geregelt und Differenzen geschlichtet werden sollen.

Oppeln, den 8. Mai 1906.

Erich Schmidt, H. Kugler, S. Kowohl.

Julius Paul, Joh. Dion. Theodor Ehl.

Erich Koll, Bauhilfsch.

Der Geschäftsführer: Jurd.

Das Originalschriftstück mit den Unterschriften kann bei Herrn Kaplan Dietrich eingesehen werden.

Hierdurch sollen Maurer natürlich von der Geltendmachung ihrer Forderung abgehalten werden. Hoffentlich gelingt es nicht, selbst wenn auch, was zu erwarten ist, die Geistlichkeit nun auch noch mittels Sanktionierung und Bannfluch zu verhindern, die nachherst jammervoll bedrückten Kollegen wieder in das alte Joch zurückzuführen. Nur handhalten, dann müssen die Unternehmer bewilligen.

Gau Oels. Die Aussperrung in Girsberg-Lunersdorf sieht günstig. Von den 197 Aussperrten sind bisher abgereist 72, anderweit untergebracht sind 18, zu den neuen Bedingungen arbeiten 24. Streikbrecher sind bisher 9 zu verzeichnen, außerdem ist die Jagd der Unternehmer auf italienisches Streikbrechertum soweit von Erfolg gewesen, daß sie 8 Exemplare von dieser Sorte gefangen haben. Ob sie lange bleiben, ist eine andere Frage.

Gau Dresden. Der Streik in Schandau dauert fort und ebenso auch die Aussperrung in Mägeln, Pirna, Gottschub, Dürschdors, Stolpen, Neudorf, Sebnitz und Rönitzsch. Es hat den Anschein, als wenn der Pfingsten kein Frieden wäre. Die Dresdener Streikbrecher erhalten 55 1/2 pro Stunde, also 10 bis 15 mehr als die Streikenden und Aussperrten haben wollen. Die Bauherren wollen zum größten Teil selbst die Differenz tragen, wenn nur die Bauten in die Höhe kämen. Die Meister, die erst behaupteten, daß sie zu Grunde gehen müßten, wenn sie bewilligten, zeigen mit ihrer Halsstarrigkeit somit, daß sie unter allen Umständen den Kampf wollten. Nur sie nicht so viel Arbeitswilligkeit aufbringen können, wie sie dachten, nun glauben sie sich etwas zu vergeben, wenn sie bewilligen. Da in einem Bezirk ein Stundenlohn von 30 1/2 und in einem anderen 33 1/2 üblich war und sich nicht eine Lohnerhöhung von mehr als 5 1/2 durchsetzen lassen wird, sehen sich fremde Maurer nicht nach dort. Die Aussperrten in diesen beiden Bezirken sind meistens in andere Arbeit gebracht. Selbst wenn der Streik beendet ist, haben einige Unternehmer damit so gut wie keine Maurer. Der eine Unternehmer will jetzt nach vier Wochen schon 1500 eingebüßt haben; eine schöne Summe in einem ländlichen Bezirk! Dieser wird so leicht nicht wieder aussperrt.

In Pulsnitz und Großdörsdorf beschäftigen unsere Kollegen, die zehnstündige Arbeitszeit mit entsprechender Lohnerhöhung durchzuführen. Die Unternehmer legen, um diesen Plan zu durchkreuzen, schon von Neuja 2 1/2 pro Stunde zu. Jetzt, wo die Zeit am günstigsten war, haben die Kollegen diesen schändlichen Plan der Unternehmer durchkreuzt und haben fast einmütig die Arbeit niedergelegt.

In Neukirch wird es im Laufe der Woche ähnlich so kommen. Unsere Kollegen verlangen nicht 2 1/2. Sie wollen von den Unternehmern nur, daß sie die 2 1/2 Lohnzulage durch Vertrag anerkennen. Dies lehnten die Unternehmer glücklicherweise ab, denn mit der elfstündigen Arbeitszeit kann kein Vertrag gutgehen werden.

Gau Leipzig. Am 25. April tagte in Leipzig eine gut besuchte Maurerverammlung, die sich mit der Antwort der Unternehmer auf die Forderung der Gesellen, zehnstündige Arbeitszeit, 38 1/2 Stundenlohn, befaßte. Am 25. März war die Forderung gestellt und bis zum 20. April Antwort erbeten worden. Die Unternehmer hielten es nicht für nötig, darauf zu antworten. Deshalb wurde am 25. April beschloßen, die Lohnkommission nochmals zu einer mündlichen Vesperrung vorzuladen. Die Unternehmer erklärten sich hierauf zu einer Lohnerhöhung von 2 1/2 bereit; von der Verzögerung der Arbeitszeit und Verhandeln mit dem Verband wollten sie nichts wissen. Mit diesem Resultat hatte sich nun eine weitere Versammlung am 2. Mai zu befassen. Vor der Versammlung hatte es die Lohnkommission nochmals mit einem Vertreter des Gewerkschaftsverbandes versucht, zu unterhandeln. Sie wurden jedoch mit den Worten: „Ich habe keine Zeit! Ich brauche keinen Vermittler für meine Leute“, abgewiesen. Da nun jede weitere Verhandlung aussichtslos war und wir Entgegenkommen genug gezeigt hatten, wurde beschloßen, in den Streik einzutreten. Von 52 abgegebenen Stimmen waren 47 für und 5 gegen den Streik. Somit war der Streik beschloßen.

In Leutzsch haben die Kollegen durch ihr rasches und einmütiges Vorgehen einen schnellen Erfolg erzielt. Bereits im vorigen Jahre hatten die Unternehmer für dies Jahr einen Lohn von 40 1/2 zugesagt. Aber der 1. April kam, und die Unternehmer baden gar nicht daran, ihre Zusage zu halten. Darauf nahm der Zweigverein dazu

Stellung und beschloß, die Kollegen hätten sofort auf allen Bauten den Lohn von 40 1/2 zu verlangen. Nach anfänglichem Sträuben haben sich denn auch alle Unternehmer dazu bereit erklärt; und Streik mußte erst die Arbeit eingestellt werden. Nach drei Stunden war auch er soweit. — Den 1. Mai haben sämtliche Kollegen mit elf Ausnahmen durch Arbeitsruhe gefeiert. Die Unternehmer haben nicht ausgeperrt, und Leutzsch sieht noch wie vorher. Der Unternehmer Busch in Rießen gab die 40 1/2 bisher noch nicht; er kann aber auch nicht weniger zahlen, denn er findet keinen Maurer, der bei ihm arbeitet.

Der Streik in Annaberg geht nunmehr in die dritte Woche, ohne daß bis jetzt eine Änderung eingetreten ist. Von den 179 Maurern, die am Streik beteiligt waren, sind nur noch 43 zu verzeichnen, die anderen sind abgereist und anderweit untergebracht. 58 Maurer arbeiten zu den geforderten Bedingungen. Streikbrecher sind infolge der Polizei 28 zu verzeichnen. Der Unternehmer Reichardt hat sich durch die Agenten Gasselt und Mojers 58 italienische Maurer anwerben lassen, die gleichfalls Streikbrecherdienste leisten. Die hiesige Polizei ist den Unternehmern sehr beschuldig; denn nicht mehr als vier Sendungen sind jetzt nötig, wo sonst nur einer Beschäftigung hat. Die braunen Schöne des Sibers sind dann in den Magazinen der Papierfabrik in Radewitz untergebracht, wo sie schlafen und ihre Maschinen einnehmen. Jedenfalls werden die Unternehmer bald einsehen, welchen Vorteil sie von diesen Elementen haben.

Nach blutiger Dauer hat der Streik in Landsberg bei Halle a. d. S. sein Ende erreicht, nachdem nunmehr auch als letzter der Unternehmer Koch bewilligt hat. Durch das feste Zusammenhalten der Kollegen und mit Hilfe der Organisation war es möglich, die gestellten Forderungen zur Durchfuhr zu bringen. Jedenfalls werden die Unternehmer eingesehen haben, daß es besser gewesen wäre, wenn sie sich mit der Lohnkommission zur Zeit in Verbindung gesetzt und auf friedlichem Wege die schwelende Lohnfrage erledigt hätten.

Gau Nürnberg. In Erlangen haben die Kollegen den Unternehmern eine Lohnforderung zugehen lassen, in der u. a. an Stelle der bisherigen 10stündigen die zehnstündige Arbeitszeit sowie 50 1/2 für Maurer, 55 1/2 für Steinbauer und 60 1/2 für Putzwerker pro Stunde gefordert werden. Eine Antwort haben die Unternehmer zwar noch nicht gegeben, aber den einen „Erfolg“ hatte die Forderung, daß sich die Unternehmer organisiert haben.

In Hof a. d. E. haben die Unternehmer beschloßen, die 10stündige Arbeitszeit gewähren zu wollen, aber an eine Erhöhung des Stundenlohnes sei in diesem Jahre nicht mehr zu denken, weshalb über vier Unternehmer, die die bringenden Arbeiten haben, die Sperre verhängt wurde. Darauf haben die Unternehmer geantwortet, daß, wenn die Sperren nicht aufgehoben werden und die Arbeit zu den alten Bedingungen nicht bis zum 12. Mai wieder aufgenommen wird, vor dem 9. Juni d. J. keiner von den Streikenden resp. Aussperrten wieder eingestellt werden würde. Sollten dann die um die Befreiung ihrer Lebenslage kämpfenden Maurer und Bauhilfsarbeiter noch nicht zu Kreuze kriegen, so sollen sie bis zum 1. Oktober d. J. ausgesperrt bleiben. Die Unternehmer fahren zwar großes Geschäft auf, ob es ihnen aber gelingen wird, ihren Verlust durchzuführen, erscheint mehr als fraglich. Wenn Herr Brechels als Vorsteher der „Arbeitsgerichte“ auch den Mund noch so voll nimmt, er wird sich noch eines Besseren belehren lassen müssen. Wenn diese Jünger in Druck gehen, werden sich wohl alle Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter im Ausland resp. in der Aussperrung befinden.

In Würzburg hatten in der letzten Woche Unterhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, die aber zu keinem Resultat führten. Die Unternehmer wollten sich auf einen Mindestlohn von 6. Einheitslohn nicht einlassen. Die Kollegen haben am 6. Mai beschloßen, in den Streik einzutreten.

Somit haben die Kollegen noch in folgenden Orten Forderungen gestellt:

Die Kollegen in Eschenau fordern an Stelle der bisherigen elfstündigen die zehnstündige Arbeitszeit und 35 1/2 Lohn pro Stunde. Eine Antwort der Unternehmer liegt noch nicht vor.

In Bayreuth fordern die Kollegen gleichfalls an Stelle der zehnstündigen Arbeitszeit eine solche von 9 1/2 Stunden sowie 43 1/2 Lohn.

In Regensburg soll die 9 1/2stündige Arbeitszeit beibehalten dagegen aber ein Lohn von 45 1/2 gewährt werden.

In Rothenburg a. d. Tauber soll die Arbeitszeit an Samstagen um eine halbe Stunde verkürzt und ein Lohn von 35 1/2 gezahlt werden.

Ob es in diesen Orten zum Kampf kommen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht mit Bestimmtheit sagen; wir werden alles aufbieten, um die Angelegenheit auf friedlichem Wege beizulegen. Die Sperre über das Baugeschäft des Herrn Schaller in Nürnberg bleibt weiter bestehen. Sie hatte bereits den Erfolg, daß sich Herr Schaller von seinem Geschäftsteilhaber Bauer getrennt hat.

Gau München. In Straubing stehen die Kollegen seit dem 3. Mai im Streik. So minimal die Forderungen auch sind, so liegen es die Unternehmer doch auf eine „Kraftprobe“ ankommen. Sie wollen den Kampf, sie sollen ihn haben. Unsere hauptsächlichste Forderung ist: 40 1/2 Stundenlohn für Maurer, 55 1/2 für Junggelesen. In der am 27. April stattgefundenen Unterhandlung boten uns die Unternehmer Löbne von 28—30 1/2. Selbstverständlich wurde dieses „Angebot“ zurückgewiesen. Nach langer Unterhandlung wurden 38 1/2 für „gute“, tüchtige Maurer und 33 1/2 für Junggelesen geboten. Bericht über die Unterhandlungen. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich dahin aus, das Angebot entschieden zurückzuweisen. Durch einstimmige Annahme einer Resolution wurde die Vereinsleitung beauftragt, in Verbindung mit dem Gewerkschaften die nötigen Schritte einzuleiten, um die gestellten Forderungen zur Annahme zu bringen. Die Resolution wurde mit einem entsprechenden Vergleichsangebot an die Unternehmer gelangt. In der Antwort darauf wurde der völlige Abbruch der Unterhandlungen angekündigt. Am 2. Mai tagte neuerdings eine vollständig besetzte Versammlung, um zu der Frage Stellung zu nehmen. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich für eine sofortige Arbeitseinstellung aus. Auch der Hinweis des Gewerkschaften,

das man es hier mit einem sehr hartnäckigen Unternehmern zu tun habe, und daß sich die Kollegen auf einen sehr schweren Kampf gefaßt machen müßten, konnte die Versammlung nicht anderen Sinnes machen. In geheimen Abstimmung wurde der Streik gegen wenige Stimmen beschloßen. Die Arbeit niedergelegt haben 180 Mann, als Streikbrecher arbeiten ausschließlich der Poliere 10 Mann. Die Haltung unserer Kollegen ist musterhaft; die Stimmung siegesgewiss. Eine große Anzahl ist bereits abgereist. Die Unternehmer sind sehr im Druck, fünf Unternehmer mit 25 Maurern haben die Forderung bereits bewilligt, und wenn unsere Kollegen auch bei der Forderung bleiben, so muß der Sieg auf unserer Seite sein.

In Rosenheim und Mühldorf reichten die Kollegen einen Rohntarif bei den Unternehmern ein, mit dem Ersuchen, bis zum 8. Mai darauf zu antworten. Die Antwort der Unternehmer in Mühldorf bestand aber darin, daß sie den Maurern einen Meßstab vorlegten, der folgende Bestimmungen enthält: 1. Abmündung findet nicht statt. 2. Jeder Maurer sowie Arbeiter wird bezahlt nach Leistung der Arbeit. 3. Der Tarif wird nicht anerkannt. 4. Im Frühjahr und Herbst kann der Lohn nach Belieben gezahlt werden. 5. Pausen von 8 bis 9 und von 11 bis 12 Uhr. 6. Arbeitszeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends.

Da schon einige Kollegen wegen Verweigerung der Unter schrift entlassen worden sind, so beschloß unser Zweigverein, diese Maßregel mit Sperren zu beantworten.

Gau Stuttgart. Einen schönen Erfolg hat die zum Zweigverein nun gehörende Zählstelle Gunglburg in kurzer Zeit zu verzeichnen. Von den circa 63 in Gunglburg arbeitenden Maurern hatten sich innerhalb 4 Wochen 66 der Organisation angeschlossen, so daß am 18. April schon eine Lohnforderung gestellt werden konnte. Bisher war der Lohn sehr niedrig gewesen; der Durchschnittslohn betrug vor der Bewegung 27 1/2 1/2. Da sich die Unternehmer allen Vorstellungen gegenüber taub stellten, so mußte am 26. April die Arbeit niedergelegt werden. Anfangs glaubten die Unternehmer wohl, daß ihre bis dahin so geüblichen Maurer bald des Streiks müde werden würden; ihre Hoffnung ging aber nicht in Erfüllung. So bequamen sie sich schließlich zu Verhandlungen, wobei dann für die Zeit bis zum 31. Juli ein Lohn von 31 bis 33 1/2, vom 1. August an ein solcher von 33 bis 35 1/2 vereinbart wurde. Der abgeschlossene Vertrag bietet jedoch noch weitere wesentliche Verbesserungen für unsere Kollegen, die in kurzer Zeit einen guten Fortschritt gemacht haben. Hoffentlich sind sie eingedenk, daß sie ihn nur ihrem Zusammenhalten in der Organisation zu danken haben. Auch für die Maurer in Burgau und Jochenhausen nebst Umgebung mag dies ein Fingerzeig sein, wie es gemacht werden muß, wenn es vorwärts gehen soll.

In Stuttgart ist der Streik der Plattenleger mit einem glänzenden Erfolge beendet worden. Vereinbart ist die neunstündige Arbeitszeit und 60 1/2 Stundenlohn, außerdem ein Akkordtarif. Die Arbeit ist am 7. Mai wieder aufgenommen worden.

In Göttingen sind die Verhandlungen dadurch gescheitert, daß sich die Unternehmer nicht bequemen wollten, auf unsere Forderung eines Einheits- resp. Mindestlohnes einzugehen. Aber die Lohnfrage wäre wohl eine Einigung zu erzielen gewesen, die Unternehmer bestanden aber auf der Bedingung, daß der Zusatz von den „durchaus tüchtigen“ Maurern mit in den Vertrag kam. Das war für die Kollegen nicht annehmbar, und so haben sie beschloßen, in den Streik einzutreten.

Auch in Eisenheim steht eine Lohnbewegung bevor. Die Forderungen sind den Meistern am 6. Mai zugegangen. Bis zum 10. Mai sollen sie sich erklären ob sie die nur zu berechtigten Forderungen der Seidenheimer, Maurer erfüllen wollen oder nicht (wie im vorigen Jahr). Arbeit ist hier reichlich vorhanden, es herrscht sogar teilweise Mangel an Arbeitskräften. Wenn die Kollegen zusammenhalten und ihre bestehenden Wünsche mit Nachdruck vertreten, so kann der Erfolg nicht ausbleiben. Gefordert wird ein Stundenlohn von 45 1/2 für Maurer über 19 Jahre, der stöckige Zuschlag für Lieberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, achtstündige Lohnzahlung usw. Es sollte endlich doch der letzte Maurer einsehen, daß nur durch Solidarität, nur durch den Anschlag an den Zentralverband eine Besserung seiner Lage herbeigeführt werden kann. Deshalb auf, Kollegen! Bist Euch nicht einschlüsseln von den Unternehmern, fort, daß alle noch unorganisierten Maurer dem Verbande beigetreten werden, was ja sicher in ihrem eigenen Interesse liegt.

Gau Mannheim. Außer den in Nr. 13 des „Grundstein“ bekannt gegebenen Orten ist die Lohnbewegung noch in folgenden Orten erledigt:

In Lambrecht, Mühlheim, Speyer, Witten, Wernheim, Wülfels, Landau (Zementure und Asphalture), Zwiesbrücken.

In Lambrecht war ein dreitägiger Streik notwendig. Die Maurer reisten bis auf die Kommission ab, dadurch lernten die Unternehmer den Ernst der Situation kennen. Sie waren nun zum schnellen Frieden bereit.

In Mühlheim haben zwar die Unternehmer einen Vertrag mit uns abgeschlossen, doch es scheint ihnen nicht Ernst mit seiner Erfüllung zu sein. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß es noch zum Kampfe kommt.

In Witten erklärten die Unternehmer nach vierzehntägigem Streik, daß sie 40 1/2 Lohn bei zehnstündiger Arbeitszeit zahlen wollten. Dies Angebot nahmen die Maurer an. Besser wäre es allerdings gewesen, die Kollegen hätten den Kampf konsequent durchgeführt.

In Wernheim und Wülfels mußte der Streik ebenfalls erklärt werden. In wenigen Tagen konnte jedoch der Streik erfolgreich beendet werden.

Eine vollständige Niederlage haben die Speyerischen Unternehmer erhalten. Im vorigen Jahre wußten sich die Herren vor Unternehmern nicht zu fassen. Doch der 20wöchige Kampf hat ihren Stolz geknickt. Sie konnten den Frieden kaum erwarten. 1905 lautete die Forderung auf 45 1/2 pro Stunde. Jetzt wurden für 1906 46 1/2, für 1907 48 1/2 und für 1908 60 1/2 tariflich festgelegt. Schwänzenwert ist noch, daß aus der erstlichen Sondervertrag vollständig befreit ist. Der versuchte Arbeiterverrat ist damit schmachvoll mißglückt.

In Hohenheim haben uns die Unternehmer eine Teuerungszulage von 5 pro Stunde bewilligt. Damit haben sie gezeigt, daß sie weiche Nadeln unter ihresgleichen sind.

In Mannheim-Ludwigs-Hafen und in Karlsruhe wurden die Feuerungsanlagen abgelehnt. In Wiesloch wurde nach vierstägigem Streik ein Tarif abgeschlossen.

In Schwelmingen konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Deshalb erfolgte am 1. Mai die Arbeitsniederlegung. Die Kollegen werden bis auf die notwendigen Kosten abreisen.

Auch in Weinheim konnte keine Einigung erzielt werden; den Unternehmern muß deshalb durch Streik gezeigt werden, daß ihre patriarchalischen Ansichten heute nicht mehr am Platze sind. Die Arbeit wurde am 4. Mai niedergelegt. Dabei zeigte sich, daß die Weinheimer Polizei sich als Schutztruppe der Unternehmer fühlte. Bei Charbon waren drei Maurer als Streikbrecher stehen geblieben. Sie wurden nun Abends unter starker Polizeibedeckung zur Bahn gebracht. Es ist selbstverständlich, daß dieser Transport eine Menge Neugierige anlockte. Von der Streikleitung wurde der Herr Kommissar gefragt, ob er auch die Verantwortung für etwaige Ausläufe und Kravalle übernehmen wolle. Das schienen den Herrn etwas zur Bestimmung gebracht zu haben. Die Polizei wurde zurückgezogen.

In Baden-Baden stehen die Kollegen seit dem 30. April im Streik. Jahrelang hat man versucht, die Maurer in der Umgegend von Baden-Baden dem Zentralverband zuzuführen, aber der Erfolg dieser umfassenden Agitationsarbeit blieb immer aus. Daß es jetzt möglich war, in einen Kampf um bessere wirtschaftliche Verhältnisse einzutreten, ist einzig und allein der Wirkung des neuen Politarismus in den Reihen der gesamten Arbeiterchaft zu verdanken. In Baden-Baden sind die Lebensmittel sehr teuer geworden, daß es einem Maurer mit 40 % Stundenlohn vollständig zur Unmöglichkeit geworden ist, mehr als einmal in der Woche ein Stückchen Fleisch zu genießen. Die hiesigen Maurer sind sich klar geworden, daß, wenn sie sich der Organisation nicht anschließen, es auch nicht möglich ist, von ihren Arbeitgebern ein paar Pfennige mehr Stundenlohn zu erhalten. In diesem Frühjahr haben sich die Kollegen mit wenigen Ausnahmen der Organisation angeschlossen, und deshalb wurden, weil auch die Bautätigkeit eine sehr rege war, auch sofort Forderungen eingereicht. Verlangt haben die Maurer 46 % pro Stunde; 43 % boten die Meister. Weil sich die Herren zu Unterhandlungen nicht bequemen konnten, und weil sie ferner die von den Maurern gewählte Lohnkommission nicht anerkennen wollten, hielten die Maurer die Zeit für gekommen, in den Streik einzutreten, um dadurch ihre wohlverdienten Forderungen durchzusetzen. In den Streik eingetreten sind 191 Kollegen, als Streikbrecher sind 22 Mann zu verzeichnen. Von den Streikenden selbst sind bis 6. Mai fünf ungewollt. Bewilligt haben bis 6. Mai zwei Unternehmer. Es werden in diesem Jahre 46 %, im nächsten 48 % gezahlt. Weil wir aus dem Gefühlen schon sehr viel Zug zu verzeichnen hatten, möchten wir an dieser Stelle davor warnen, daß Kollegen nach Baden-Baden kommen. In Pforzheim, Freiburg und Bruch ist Arbeit genügend vorhanden, und es wird dort mehr Lohn bezahlt als in Baden-Baden. Wenn nicht alle Angelegenheiten klären, können wir in der nächsten Nummer berichten, daß mindestens die Hälfte der Unternehmern bewilligt hat; das heißt, wenn die Kollegen Baden-Baden so lange meiden, bis an dieser Stelle berichtet wird, daß der Streik vorbei ist.

In Heidesheim und Edingen wurde die Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer aus den Dörfern scheinen noch zu schlafen; sie wissen anscheinend heute noch nicht, daß die Maurer organisiert sind und durch ihre Einzeltätigkeit eine Macht bilden, die auch auf dem Dorf zu respektieren ist. Durch Edingen werden die Herren wohl klug werden. Die Kollegen sind bis auf je zwei Mann anderweit untergebracht.

Eine große Unkenntnis der Arbeiterbewegung verraten auch die Unternehmer in Gschweiler (Ober-Elsch). Der Verband und die Eingaben wurden vollständig ignoriert. Als die Kollegen persönlich hinstellt, wurde die Arbeit niedergelegt. Da dort viele tüchtige Kollegen in Frage kommen, so wird es auf deren Auswander ankommen.

In Mannheim-Ludwigs-Hafen haben die unserer Verbände angehörenden Zementierer und Altpfaltere Forderungen eingereicht. Die Geschäftsinhaber stellen einen Tarif auf und erklären bei den Unterhandlungen: „Den habt ihr angenommen, etwas anderes gibt es nicht.“ Angeblich hatten sich die Herren bei 1000 Strafe verpflichtet, nichts anderes zu bewilligen. Doch bereits bei den Unterhandlungen ging die Einzeltätigkeit dieser Leute in die Breite. Ein größeres Geschäft (Eisen) schloß einen Tarif mit uns ab, bei den anderen Firmen wurde die Arbeit eingestellt. In den nächsten Tagen schlossen sich die Firmen Mees & Mees, Speer, Georg Krah und Gebr. Krah diesem Tarif an. Dadurch sind die Streikenden bis auf einen kleinen Rest zu neuen Bedingungen in Arbeit. Die übrigen Unternehmer büßten mit der Bewilligung unter diesen Umständen nicht lange auf sich warten lassen.

In Colmar (Elsch) haben die Unternehmer nach Einreichung der Forderungen die Arbeiten künstlich zurückgehalten. Sie zogen dann maßenhaft Italiener heran und erzeugten dadurch eine künstliche Arbeitslosigkeit. Außerdem gingen sie gegen einzelne bewährte Kollegen mit Wahregungen vor und erklärten dann: „Wir wollen den Maurern das Streiken austreiben.“ Das ganze Gebahren lief darauf hinaus, uns zu unregelmäßiger Zeit in den Streik zu treiben. Wir haben den Sachverhalt diesen Gefallen jedoch nicht getan. Die Kollegen wurden zunächst unterstützt. Dann wurde auswärtwärts für die Arbeit gesucht und natürlich auch gefunden. Die Kollegen erklärten sich auch zur Abreise bereit, doch als es an das Abfahren ging, fehlte ein Teil. Es war ihnen also mit dem Kampf gegen das Colmarer Prozedere nicht Ernst. Da jedoch der Verband keine meldende Kuh ist, so wurde die Auszahlung weiterer Unterstützung an diese Kollegen abgelehnt. Disziplin innerhalb der organisierten Arbeiterchaft ist bei dem brutalen Vorgehen der Unternehmer unter allen Umständen nötig; sonst gibt es nur schlimme Niederlagen.

Gau Frankfurt a. M. Der Streik in Alzenau steht gut. Die Bewilligung der Unternehmer, „Arbeitswillige“ herbeizuschaffen, ist bis jetzt fast ohne Erfolg ge-

blieben. Nur die Diebhaber Maurer machen sich hier in derselben Weise bemerkbar, wie sie es in Ganau gemacht haben. Goffentlich wird die Zustellensverhaltung in Dieburg jetzt besser auf dem Reiten sein; denn gerade Verhandlungssachen sind es, die sich hier anfänglich machen wollen. Eine Partie ist gleich wieder abgerufen, aber die Partie Pariching und Genossen will sich nicht zur Abreise bewegen lassen. Die Streikenden sind alle anderwärts in Arbeit getreten. Wie aus Mitteilungen aus Bürgerkreisen hervorgeht, haben die Unternehmer hier ganz respektable Profite herausgeschlagen. So sollen sie für die Gesellen 60 % Stundenlohn in Rechnung gestellt haben, während wir in Wirklichkeit mit 28 bis 32 % abgepeist wurden. Das wird freilich in Zukunft anders werden.

Gau Elber. Der Stand des Streiks im Altrtal (Hrweiler, Neuenahr usw.) ist noch immer unverändert. Seit der letzten Unterhandlung am 20. April, in der Herr Bürgermeister Blume von Hrweiler den Vorsitz führte, wäre es dem Herrn Bürgermeister sehr erwünscht gewesen, zwischen den streikenden Parteien eine Einigung zu erzielen. Das ist aber an dem schöpferischen Widerstand der Unternehmer gescheitert, da diese jede weitere Unterhandlung ablehnten. Seitdem hat der „Arbeitgeber-Verband“ für das Baugewerbe im Altrtal verschiedene Sitzungen abgehalten, aber noch in keiner Weise ist einer der beteiligten Organisationen etwas davon bekannt gegeben worden. Auch nicht dem christlichen Verbands, obgleich die Unternehmer große Hoffnungen darauf gesetzt hatten. Nachdem nun die christliche Gewerkschaft mit und gleichen Schritt hielt, und die von den Unternehmern da hineinbugstierten Kreaturen sahen, daß die Zersplitterung nicht kam, richteten sie an den Vorstand des christlichen Verbandes, dem sie als Vorstandsmitglieder angehörten, ein Schreiben, worin sie mitteilten, wenn sie das gewollt hätten, daß die christliche Gewerkschaft auch um Lohnherhöhung vorstellig geworden wäre, dann wären sie der Gewerkschaft ferngeblieben. Die Unternehmer, die heute über die Unversöhnlichkeit der Arbeiter so toben, lassen jede Woche in den Zeitungen Annoncen los, worin sie Maurer und Handlanger suchen. Für „erfahrene“ Maurer bieten sie 40 % Stundenlohn, für „erfahrene“ Handlanger 30 %. Das sind die Sätze, die die Streikenden fordern, die die Unternehmer aber nur als Höchstlohn gahlen wollten, während es die Gewerkschaften als Mindestlohn forderten. Wir richten an alle Kollegen die dringende Bitte, auf das Angebot des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe im Altrtal nicht einzugehen, sondern uns nach Möglichkeit in der Fernhaltung des Zuganges zu unterziehen. Das ist um so dringender notwendig, damit endlich einmal die traurigen Zustände, die bis jetzt im schönen Altrtal geherrsch haben, gebessert werden. Es finden sich ja immer noch Subjekte, die der Organisation fernstehen und sich nicht scheuen, anderen das Brot aus dem Munde zu nehmen. Es sind dieses aber auch meistens „erfahrene“ Maurer; denn sonst würden sie nicht im Altrtal für 40 % Streikbrecher sein, wo man anderwärts 55 bis 60 % verdienen kann.

Gau Dortmund. In Borgdorf beschäftigte sich eine große öffentliche Volksversammlung mit dem Streik unserer Kollegen. Die Galtbarkeit der Unternehmer wurde scharf verurteilt. Die Arbeitsniederlegung erfolgte noch bei einigen weiteren Firmen. Die Firmen Stamer, Böcker und Bonewald bewilligten am 6. Mai die Forderung der Kollegen.

Gau Braunschweig. Die Maschinenisten des Arbeitgeberverbandes in Wolfenbüttel haben Schiffbruch gelitten. Schon nach einigen Tagen kündigte das größte Baugeschäft am Orte, Brandes u. Comp., den Schiffmachern die Gefolgschaft und bewilligte vollständig die Forderungen der Streikenden: Erhöhung des Stundenlohns von 43 % auf 48 % und die neuneinhalbstündige Arbeitszeit. Da diese Baufirma auch Materialien liefert, so ist auch die Materialpreise des Arbeitgeberverbandes gegenstandslos geworden. Alle in Betracht kommenden Unternehmer, außer Dauer und Müller, haben die Forderungen anerkannt. Ueber die beiden letzteren ist noch die Sperre verhängt. Zugut ist bis auf weiteres noch ferngehalten.

In Helmstedt verhandelte die Baugewerkschaft mit dem Gesellenausschuß über die Forderungen der Kollegen, wonach der Stundenlohn von 37 auf 42 % erhöht werden soll. Die Zustimmung bot 40 % mit der Maßgabe, daß dieser Lohn auf drei Jahre festgelegt werden solle. Hieraus ging jedoch die öffentliche Maurerverammlung, die sich am 29. April damit beschäftigte, nicht ein. Es wurde vielmehr eine Resolution angenommen, in der behauptet wurde, daß die Zustimmung nicht die ganze Forderung bewilligt hat, sondern jetzt abschüssig, diese minimale Lohnherhöhung auf drei Jahre festzulegen. Der Gesellenausschuß wurde nochmals beauftragt, an die Unternehmer heranzutreten, damit sie die ganze Forderung bewilligen. Die Unternehmer ließen sich jedoch auf nichts ein, sondern halten an den gebotenen 40 % fest. Bezüglich der drei Jahre scheinen die Meinungen der Unternehmer auseinander zu gehen. Die am Freitag, den 4. Mai, abgehaltene Maurerverammlung beschloß, den 40 % Stundenlohn mit der Maßgabe anzunehmen, daß er nur bis auf weiteres gelten solle. Nun haben die Unternehmer das Wort. Unsere Kollegen stehen gerüstet da.

Die Zählstelle Hallersleben beschloß am 1. Mai, über das Geschäft Gönner die Sperre zu verhängen, da sich der Unternehmer zu irgend welchen Unterhandlungen mit der Lohnkommission über den eingereichten Lohn nicht herbeilassen, sondern vor wie nach dem Lohn nach Belieben weiterzahlen will. Die Kollegen wollten nur die Anerkennung des Lohns der Zimmerer, den diese mit ihren Unternehmern abgeschlossen haben; nämlich vom April 1906 bis zum 31. März 1907 84 %, vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 86 % pro Stunde. Der Lohn betrug vorher durchschnittlich 81 % pro Stunde. Alle bei Gönner beschäftigten 38 Kollegen legten am 2. Mai einmütig die Arbeit nieder, sieben davon traten gleich anderweitig in Arbeit.

Gau Hamburg. Die Lohnbewegung in Marne ist beendet. Am 29. April fanden Verhandlungen mit den Unternehmern statt. Sie weigerten sich nach wie vor, den geforderten Lohnzuschlag bei Ueberlandarbeit zu bezahlen, erklärten sich aber bereit, pro Stunde 1 % Lohn bei allen Arbeiten mehr zu zahlen, wenn bei Ueberlandarbeit keine Ausnahme gemacht werden sollte. Auf diesen Vorschlag sind unsere Kollegen eingegangen, und so wurde am 30. April die Arbeit wieder aufgenommen. Durch den Streik ist

eine Lohnaufbesserung von 42 % auf 46 % pro Stunde erreicht worden.

Ein neuer Lohn- und Arbeitsvertrag ist in Elmshorn vereinbart. Nach diesem Vertrage steigt der Lohn von 52 % vom 1. Mai d. J. an bis zum 1. Mai 1907 auf 55 % pro Stunde. Vom 1. Mai 1907 bis 1. Mai 1908 beträgt der Stundenlohn 55 %, und vom 1. Mai 1908 an wird ein Stundenlohn von 60 % gezahlt. Weiter ist in dem Tarifvertrage vorgesehen, daß die Arbeitszeit vom 1. Mai d. J. an bis 1. Mai 1908 pro Tag 9 1/2 Stunden beträgt, statt wie bisher 10 Stunden. Vom 1. Mai 1908 an soll dann die neunstündige Arbeitszeit eingeführt werden.

Die Lohnbewegung in Gernsforde ist beendet. Die Maurer- und Zimmerer haben das Angebot der Arbeitgeber angenommen, wonach bis 31. März 1907 pro Stunde 48 % (früher 47 %) Lohn gezahlt wird. Vom 1. April 1907 an wird pro Stunde 50 % Lohn gezahlt. Die Arbeitslosigkeit ist hier sehr schlecht.

In Fienburg waren am 26. April die Bauarbeiter entgegen den Vereinbarungen mit den Maurern und Zimmerern, in den Streik eingetreten. Am 29. April kam es zu Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den beiden Lohnkommissionen der Maurer und der Bauarbeiter. Die Unternehmer erboten sich nun, die neuneinhalbstündige Arbeitszeit schon für das nächste Jahr einzuführen, statt, wie sie bisher geboten hatten, erst für das Jahr 1908. Eine dementsprechende Lohnherhöhung eintreten zu lassen, wurde von den Unternehmern verweigert, vielmehr hielten sie an den gebotenen Löhnen, wonach vom 1. April d. J. an 52 % und für die beiden nächsten Jahre 55 % pro Stunde gezahlt werden sollen — unbedingt fest. Die Bauarbeiter sollen pro Stunde 10 % weniger Lohn erhalten. Nachdem diese schon am 30. April in einer Versammlung der Streikenden dieses Angebot angenommen hatten, wurde am demselben Tage, am Abend, in einer Extra-Mitglieder-versammlung unseres Zweigvereins ebenfalls beschlossen, Lohn- und Arbeitszeit, wie oben angeführt, anzunehmen.

In Süderbrarup steht der Streik für unsere Kollegen günstig. Es ist den Unternehmern trotz kämpfhafter Anstrengung nicht gelungen, Leute nach hier zu bekommen. Nicht ein Streikender ist auf ihr Angebot hineingefallen. Unsere streikenden Kollegen sind alle, ohne Ausnahme, in der Umgegend untergebracht. Die Bautätigkeit ist hier sehr gut, wir können also mit Ruhe abwarten, bis die Herren Unternehmer sich bequemen werden, unsere bewährte Forderung zu bewilligen.

Maurer werden gesucht nach Kiel, Sonderburg, Segeberg, Rendsburg und Wesselburen.

Ausland.

Oesterreich. Die Lohnbewegungen unserer österreichischen Kollegen scheinen auch einen ziemlich großen Umfang anzunehmen. In Dobersachsen (Böhmen) stehen die Maurer im Streik. In Pilsen streiken die Zimmerer, inselgesessen haben die Unternehmer die Maurer ausgepeist.

In Wiener-Neustadt mußten die Kollegen zur Arbeitsniederlegung gezwungen werden, weil die Fabrik Baumeister nicht zur Bewilligung der Forderungen zu bewegen. Ein Meientampf aber steht unserer österreichischen Arbeiterorganisation allem Anscheine nach in Wien bevor. Ihr Organ schreibt dazu:

„Mit der Aussperrung in Wien wird es wirklich ernst. Die Scharfmacher unter den Meistern scheinen schon vor Bedenken zu zittern, ihren Stützplan, der Organisation der Maurer einen vernünftigen Schlag zu versetzen, verwirklicht zu sehen. Es tauchen sogar Gerüchte auf, daß die Meister auch dann auszusperren beabsichtigen, wenn auch die Maurer dazu einen Anlaß nicht geben sollten. So, es wird schon von bestimmten Zeitpunkten gesprochen, wann, auch ohne ersichtlichen Anlaß, mit der Aussperrung begonnen werden soll. Erst ließ es am 7. dann wieder am 14. Mai wollen die Meister mit der Aussperrung losgehen. Seit dem 10. Mai, die Maurer Wiens werden sich auf keinen Fall in das Bockshorn jagen oder zu unüberlebten Streichen verurteilen lassen. Sie werden unbekümmert um alle Gerüchte ihr Ziel verfolgen und alles daransetzen, daselbe zu erreichen.“

Die Altschäfer unter den Wiener Unternehmern haben sich schon einmal den besten Schadel an der festen Solidarität der Wiener Maurer eingekant, sie wollen es noch einmal versuchen. Auch diese blinde Wut wird das Gegenteil von dem bewirken, was sie bewirken soll: statt die Organisation zu sprengen, wird sie nur fester machen. Auch die österreichische Arbeiterorganisation wird im Kampfe groß werden.

Berichtigung.

In der vorigen Nummer sind verschiedene Streikberichte an die unrichtige Stelle gesetzt worden, so ein Bericht aus Berlin, der unter Gau Rassel stand, ein Teil der Berichte aus dem Gau Rassel stand unter Gau Stettin. Die Leser werden diese bewährlichen Berichten schon selber richtiggestellt haben.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Storbegleit darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den bezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 22. April bis 5. Mai für folgende Mitglieder erteilt worden:

Adolf Rediger-Hamburg, Verb.-Nr. 29 898; Ernst Hünze-Freienwalde (Frank), 69 498; Heinrich Woltersdorfer-Hamburg, 168 885; Georg Kreuter-Sonneberg i. Th., 101 232; Fritz Biermann-Lengernhede, 138 643; Wilhelm Behnemann-Berlin, 1336; Julius Berthel-Halle, 33 646; Karl Koch-Weipzig (Frank), 85 086; Jakob Wornholst-Elmsborn, 86 872; Wilhelm Möller-Bremen, 14 719; Alex. Grau-Berlin (Frank), 2401; Hermann Runge-Magdeburg (Frank), 43 185; Karl Schröder-Magdeburg, 42 194; Joh. Pfäfers-Merane (Frank), 86 612; Hermann Zeller-Dresden, 161 718; Fritz Meyer-Dresden, 18 523; Rob. Thunhäbler-

Teilen einverstanden. Die Versammlung soll zugleich der umfangreichen Tätigkeit der Bauarbeiterkommission volle Anerkennung. Die Versammlung beruht aber auch zugleich streng den Bauarbeitern die vollständig in geschäftlicher Weise durch die Organe der ausführenden Baukommission entgegengebrachten Widerstand, wodurch die Wirtschaft um großen Teil für die Sicherheit der Bauarbeiter abgewandt wird. Die Versammlung erachtet die Förderung der Bauarbeiter durch die kommunale Behörde für dringend notwendig. Die hiesige Geschäftsstelle des Bauarbeiterverbandes wird beauftragt, in diesem Sinne bei dem hiesigen Bauamt zu intervenieren.

Wiesbaden. In einer sehr stark besuchten Mitglieder-Versammlung am 26. April im Vereinslokal des Herrn Judissel wurde über die Eingabe an die Unternehmer, an den Sonnabend um 6 Uhr ohne Lohnabzug Feiertag zu machen, Bericht erstattet. Die Versammlung gab die Erklärung ab, unter allen Umständen die neunständige Arbeitszeit an den Sonnabenden durchzusetzen, und beauftragte den Vorstand und die Kommission, in diesem Sinne zu handeln. In einem weiteren Punkt wurde die allgemeine Bauteilnahme der Kollegen. Es wurden gezählt 98 Neubauten und 18 Reparaturarbeiten. Hierbei sind beschäftigt 69 Poliere, 67 Gesellen und 28 Lehrlinge. Von diesen sind organisiert 3 Poliere und 507 Gesellen. Unter den 68 Unorganisierten befinden sich 20 Stalter. Von den 675 Kollegen erhalten 468 einen Stundenlohn von 60 $\mathcal{A}$, drei über 60 und 25 unter 60 $\mathcal{A}$. Bei den übrigen konnte der Lohn nicht festgestellt werden, weil sie zum Teil erst angefangen waren. Der niedrigste Lohn betrug bei zwei Kollegen 40 $\mathcal{A}$. Welchen Einfluss die Organisation bei den einzelnen Unternehmern auf die Löhne hat, zeigt folgendes Bild. Es beschäftigen:

Unternehmer	Gesellen	Davon organisiert	60 $\mathcal{A}$ erhalten
Marchoff	76	45	29
Balkenfort	25	18	8
Marquart	7	4	4
Bühmann	12	9	5
Grauel	6	4	4
Borgard	67	67	65
Brimmann	38	38	35
Karmeyer	29	29	29
Roller	12	12	12
Heine	15	15	15
Bücher	13	13	13
Wolweg	10	10	10

Hieraus ergibt man, wie die Unternehmer den Tarif halten, wenn sie noch unorganisierte Kollegen beschäftigen. Bei den ersten fünf Unternehmern ist die Organisation noch sehr weit zurück und daher wird auch dort ein ganz niedriger Lohn gezahlt. Bei den übrigen Unternehmern dagegen, wo alle Kollegen im Verband sind, wird auch ein einheitlicher Lohn gezahlt. Dies sollte doch jedem Kollegen eine Mahnung sein, sich dem Verband anzuschließen und damit zu wirken, daß auch der letzte indifferente Kollege in unsere Reihen eintritt.

Bruchsal. Freitag, den 27. April, tagte hier eine öffentliche Bau- und Bauhilfsarbeiter-Versammlung, die von circa 340 bis 360 Kollegen besucht war. Referent war Kollege Sauer aus Heidelberg. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Reck den Kasienbericht. Die Einnahmen des Zweigvereins Karlsruhe im ersten Quartal belaufen sich auf M. 4569,60. Die Zweigvereins-Kassafälle hat einen Bestand von M. 2535,68. Die Mitgliederzahl hat sich von 2803 auf 3031 erhöht. Der Kasienbericht wurde ohne Widerspruch gutgeheißen. Zu Punkt 2 führte Kollege Sauer den Nutzen der Organisation treffend vor Augen, den Kollegen aus Herz legend, sich zur Organisation zu halten. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution angenommen, die auch in der am 25. April in Karlsruhe abgehaltenen Generalversammlung angenommen wurde: „Die Generalversammlung der organisierten Maurer macht es den Mitgliedern des Zweigvereins Karlsruhe zur moralischen Pflicht, soweit es ohne Schädigung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse möglich ist, den 1. Mai zu feiern. Ferner spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß die Beteiligung der Maurer und ihrer Familien an der Waisenfürsorge gefördert werden möge.“ Der dritte Punkt wurde nach lebhafter Diskussion durch erledigt, daß den Bauarbeitern vom Zweigvereinsvorstand Sozialkarten ausgestellt werden, die sie an die Kollegen zu verkaufen haben. Jeder Kollege hat monatlich eine Karte von 10 $\mathcal{A}$ zu nehmen. Aus dem Ertrage ist den Delegierten für jede Sitzung eine Entschädigung von 60 $\mathcal{A}$ zu zahlen.

Bruchsal. Die hiesigen Zweigvereine der Maurer und Bauhilfsarbeiter hielten Sonntag, den 28. April, eine außerordentliche gemeinsame Mitglieder-Versammlung ab, die äußerst gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: „Stellungnahme zur Antwort der Unternehmer auf unseren Lohnarif.“ Der Vorsitzende der Maurer verlas zuerst die Antwort, die von den vereinigten drei Unternehmern eingegangen war. Hieraus führte er unter anderem aus, daß die Antwort ein Gehalt auf die gesamte Bauarbeiterkraft Bruchsal sei. Aus der Antwort sei zu ersehen, daß wir es hier in Bruchsal genau mit dem selben hochmöglichen Unternehmern zu tun haben wie in anderen auch. Wir werden uns jedoch von dieser Antwort nicht einschüchtern lassen, sondern den Unternehmern zu geeigneter Zeit zeigen, daß die Maurer und Bauhilfsarbeiter von Bruchsal nicht mehr gewillt sind, sich noch länger mit solchen Lohnanforderungen abzufinden zu lassen. Hieraus ergreift der Stellvertreter des Bauarbeiters der Maurer, Kollege Aug aus München, das Wort. Er führte aus, daß wir auf eine solche Antwort eigentlich nichts anders tun können, als den Anspruch zu proklamieren. Da dieses in der derzeitigen Baukonjunktur nicht gut sei, so müssen wir vorhergehend eine abwartende Stellung einnehmen. Unternehmern können wir ein solches Angebot jedoch nicht; denn das wäre eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung der Lage der hiesigen Bauarbeiter. Mehrere riefen ferner die Mahnung an die Anwesenden, treu zur Organisation zu halten und dafür zu sorgen, daß auch der letzte Mann der Organisation zugeführt wird; denn nur in der Organisation findet der Arbeiter diejenige Hilfe, die er nötig hat, um den Ausbeutungsgegnen der Unternehmern entgegenzutreten. Es wurde beschlossen, daß die politische Organisation sei nicht zu vergessen. Die Arbeiter müssen die Zeitungen lesen, die das Wohl der Arbeiterklasse vertreten, das sei für uns die „Münchener Post“. Der Stellvertreter des

Bauarbeiters der Bauhilfsarbeiter erklärte sich mit den Ausführungen des Kollegen Aug vollkommen einverstanden und meinte weiter, die Forderungen der Bauhilfsarbeiter seien durchaus nicht zu hoch; denn die Bauhilfsarbeiter wollten ja auch genau so viel sein wie die Maurer, und bei den derzeitigen Löhnen und Gehältern sei das Fleisch am Ende des Arbeiters eine Marmelade, ja größtenteils nur mehr dem Namen nach bekannt. Es sprach hierauf noch einige Diskussionsredner, die sich alle im gleichen Sinne äußerten. Folgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen: „Die heutige, gut besuchte Versammlung der Maurer und Bauhilfsarbeiter nimmt Kenntnis von dem Schreiben der Unternehmer, erblickt darin aber einen Lohn auf die gesamten Bauarbeiter Bruchsal. Die Versammlung erklärt, daß die Regelung der Lohnfrage ganz den Zweigvereins- und Bauvorständen überlassen bleibt. Dieselben werden beauftragt, zu geeigneter Zeit die nötigen Maßnahmen zu treffen. Mit einem dreifachen Satz auf die Zentralverbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands schloß die so schön verlaufene Versammlung.“

Heinsburg. Unsere Ortsbewegung fand Montag, den 30. April, ihren Abschluß. Der Lohn betrug bis zum 1. April 1907 52 $\mathcal{A}$, dann bis zum 1. April 1909 55 $\mathcal{A}$ und 94 stündiger Arbeitszeit. Ist unsere Forderung auch nicht ganz erfüllt, so ist doch nicht zu verkennen, daß wir einen Fortschritt erzielt haben, deshalb Kollegen, agitiert allerorts für den Verband und führt überall auf den Bauten des Bauvereinsvereins ein. Alles das wird dazu beitragen, wenn diese drei Jahre verfließen sind, daß wir wiederum einen Schritt vorwärts machen können. Vergelt auch ferner nicht immer mehr Abkommen für unsere Vertretung zu werden und der politischen Organisation neue Kämpfer zuzuführen.

Frankfurt a. M. Eine Mitglieder-Versammlung, die am 7. April in Frankfurt tagte, befaßte sich mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen am Ort. Es wurde festgestellt, daß noch einstündige Arbeitszeit und bis zu 40 $\mathcal{A}$ Stundenlohn existieren. Da man in diesem Frühjahr eine gute Baukonjunktur zu erwarten ist, wurde beschlossen, den Unternehmern einen Arbeitsvertrag zwecks Lohnsteigerung und Kürzung der Arbeitszeit zu unterbreiten. Der Vorstand arbeitete dann einen Arbeitsvertrag mit zehnstündiger Arbeitszeit und 50 $\mathcal{A}$ Stundenlohn aus und stellte ihn den Unternehmern mit einer Einladung zu einem Unterhandlungstermin zu. Bereits am 16. April fand der erste Unterhandlungstermin statt, der aber zu keiner Einigung führte, sondern auf den 19. April vertagt wurde, weil von hier in Betracht kommenden Unternehmern nur einer erschienen war. In der zweiten Unterhandlung hatten sich zwei Unternehmer eingefunden, wovon einer folgenden Vertrag unterzeichnete: zehnstündige Arbeitszeit und 45 $\mathcal{A}$ Stundenlohn, Gesellen unter 19 Jahren erhalten 38 $\mathcal{A}$. Bei Überstunden wird ein Zuschlag von 10 $\mathcal{A}$ bei Nacht- und Sonntagsarbeit wird ein solcher von 20 $\mathcal{A}$ pro Stunde, bei Wasser- und Feuerungsarbeiten wird ein Zuschlag von 30 $\mathcal{A}$ pro Stunde gezahlt. Am 20. April legten uns unsere Kollegen bei einem der drei abwesenden Unternehmern die Arbeit nieder, worauf dieser am 23. April unseren Vertrag unterzeichnete. Im Laufe der darauf folgenden Woche erkannten auch die beiden übrigen Unternehmer den Vertrag an, der am 1. März 1907 abläuft.

Freiburg. Sonntag, den 24. April, sollte in Basel eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung stattfinden, zu der wir bereits am 16. April das Lokal vom dortigen Gastwirt gemietet hatten. Alle Vorbereitungen waren getroffen, um einen glänzenden Besuch der Versammlung herbeizuführen, doch wir hatten uns aber auch ganz gewaltig verrechnet. Denn unser Herr Amtsvorsteher, ein überaus strenger Herr, hat es verstanden, uns die Sache lässlich zu machen, indem er den Gastwirt bewog, an dem betreffenden Sonntag öffentlichen Tanz abzuhalten. Der Gastwirt hatte sich allerdings dabei gar nichts gedacht; er wunderte sich vielmehr, daß der Amtsvorsteher gerade diesmal so sehr unzufrieden war, während er sonst einem Gastwirt außer an den hohen Festtagen zur Abhaltung von öffentlichen Tanzveranstaltungen die Erlaubnis nie erteilt. Aber dieser gestrenge Herr ist dieses Mal auch mit seinen Reminissen verunglückt und hat sich ganz gewaltig hämiert; denn in der Versammlungsbescheinigung steht er mit mir, daß bereits der Gastwirt am 23. d. M. wegen Abhaltung eines öffentlichen Tanzveranstaltungs eingeommen wäre, welches ihm auch erteilt wurde, und die Versammlung zu derselben Zeit nicht stattfinden dürfte. Zu bemerken wäre hierbei noch, daß wir unsere Sachen doch erledigen konnten. Die Kollegen konnten genügend unterrichtet werden. Die Versammlung sollte nämlich stattfinden, daß am anderen Tage von den Kollegen die Kündigung einzureichen sei. Obgleich nun die Versammlung nicht tagen konnte, hätten doch alle hiesigen Kollegen bis Montag Mittag die Kündigung vollzogen, nur zwei Mann hatten sich ausgeschlossen. Daß die Kollegen ohne jegliche Versammlung so energisch vorgehen würden, hatten sich die Meister nicht gedacht. Die Kollegen werden sich aber ebenfalls auch an dem Tage, wo die Kündigungsfrist abläuft, ebenso eilig sein und den Kampf mit den Unternehmern aufnehmen, wenn sie sich nicht vorher zu einer friedlichen Vereinbarung bereit erklären. Aber allem Anschein nach wollen es die Herren wieder auf eine Nachprobe ankommen lassen; denn in der Verhandlung am 28. April machen sie uns keine all zu großen Zugeständnisse. Sie erklären diesbezügliche und behaupten, daß sie schon viel zu weit gegangen wären, wenn sie 2 $\mathcal{A}$ pro Stunde zulegen; die einstündige Arbeitszeit soll selbstverständlich beibehalten werden, ebenso auch die Kündigungsfrist. Die Herren Meister beschließen es ganz gut einzurichten. Denn wenn im Sommer die Bauzeitung ist, so halten sie sehr fest an der Kündigung, so bald aber der erste Meiß im Herbst gefallen ist, dann hört die Kündigung auf, und die Kollegen werden vielfach ohne weiteres entlassen. Unsere Forderung lautet 38 $\mathcal{A}$ Stundenlohn, bisher 36 $\mathcal{A}$, zehnstündige Arbeitszeit, bisher 8 Stunden, und Abschaffung der Kündigung. Da die Bauzeitung in diesem Jahre ganz gut ist, so dürfte wohl der Kampf nicht allzu schwer und nicht von langer Dauer sein.

Salle a. d. E. In einer am 24. April abgehaltenen außerordentlichen Mitglieder-Versammlung meldete sich der Kollege Werner zu Wiederannahme. Nachdem er berichtet hatte, die Satzungen des Verbandes anerkennen und nie mehr Streikbrecherdienste verrichten zu wollen, wurde er wieder aufgenommen. Es kam dann die Abstimmung über die Vertretung. Nach einer langen Diskussion erklärten sich in der Abstimmung 113 Kollegen für und 196 Kollegen gegen die Abstimmung; fünf Stimmen waren ungültig. Minnher berichtete Kollege Dege über den Stand

des Streiks in Kimmendorf. Die Abrechnung vom ersten Quartal ergab für die Hauptkasse eine Einnahme von M. 8277. Die Einnahme für die Kassafälle betrug M. 6640,88, die Ausgabe M. 1898,23, Bestand M. 3843,60. Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Sperre über das Grundstück Waginger noch fortbesteht. Es wird ersucht, den Statuten gegenüber Solidarität zu beweisen. Wer dort in Arbeit tritt, ist als „Arbeitswilliger“ zu betrachten.

Sauerbrunn. Der hiesige Zweigverein hielt am 24. April seine Generalversammlung ab. Dieser die Bedeutung des 1. Mai referierte Genosse Reiner. Hierauf verlas der Kassierer Peter die Quartalsabrechnung. Da der Revisor Schilling bezeugte, daß Martin, Geb und Bücher vorgelegt gewesen und alles in bester Ordnung vorgefunden worden sei, wurde auf dessen Antrag die Decharge erteilt. In „Verschiedenes“ entnahm sich eine längere Debatte über den Antrag Jänemann, das Gehalt des Vorsitzenden dem des Bauvorstehenden gleichzustellen. Der Antrag wurde schließlich mit großer Majorität angenommen. Nach Erledigung verschiedener kleinerer Sachen erfolgte Schluß der Versammlung.

Reichshausen. Am 22. April fand im „Vergleichsmittel“ eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Bauarbeiter-Lohn und dringende Verhältnisse.“ Kollege Schmid-Augsburg als Referent legte seinen Ausführungen die Unfallstatistik von 1899 bis zur letzten Zeit zur grunde und tadelte scharf die Gleichgültigkeit in dieser Sache. Einige Diskussionsredner brachten eine Reihe grober Mißstände aus Tageslicht. Nach einem fertigen Schlusswort des Referenten wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im „Vergleichsmittel“ stattfindende öffentliche Bauarbeiter-Versammlung ist mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden. Sie verpflichtet, mit aller Energie dafür einzusetzen, daß der Bauarbeiter-Lohn in Reichshausen forciert durchgeführt wird und beauftragt die Verwaltung, an den Magistrat das Gehalt zu richten, die Einstellung eines Baukontrollors zu bemerken, der von den Bauarbeitern aus ihren Reihen gewählt werden soll.“

Reichshausen. Am 27. April hielten die Reichshausener eine öffentliche Versammlung ab, um sich mit dem neuen Lohnarif zu beschäftigen. Bezüglich der Meister wurde der Wunsch geäußert, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern. Die Kollegen versprachen, diesen Wunsch zu erfüllen. Darauf entnahm sich eine sehr lebhaft Debatte, weil die Kollegen nur 40 Beitragsmarken à 40 $\mathcal{A}$ kassen, anstatt 45. Saut Beschluß der Reichshausener haben die Kollegen fünf Beitragsmarken mehr zu kassen als die Reiziger Maurer. In der Versammlung am 28. Januar d. J. wurde beschlossen, eine Beitragsmarke von 75 $\mathcal{A}$ zu kassen; ferner wurde beantragt, in der nächsten Versammlung eine Kontrolle der Beitragsbeiträge vorzunehmen.

Wilmshausen. Der hiesige Zweigverein hielt am 29. April seine Generalversammlung für das erste Quartal ab. Den Geschäfts- und Kasienbericht erstattete Kollege Werner. Im Laufe des Quartals wurden 178 Kollegen aufgenommen, übergetreten aus anderen Verbänden sind 16. Beitragsmarken wurden 2011, Arbeitslosensmarken 88 und Soziallosensmarken à 10 $\mathcal{A}$ 2688 verkauft. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von M. 1041,40 und eine Ausgabe von M. 1040,40; Kasienbestand am Ort M. 1. Die Kassafälle hatte eine Einnahme von M. 1434,79 und eine Ausgabe von M. 712,55. Die Mitgliederzahl lag von 885 im letzten Quartal 1905 auf 546 am Schluß des ersten Quartals 1906 und ist heute auf annähernd 600 gestiegen. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. An Stelle des von hier verzogenen Kollegen Wolf wurde der Kollege Christoph Gronert als erster Vorsitzender gewählt. Das vom Zweigvereinsvorstand ausgearbeitete Ortsstatut wurde unverändert angenommen. Die Versammlung war, der Mitgliederzahl entsprechend, schwach besucht. Es ist notwendig, daß die Kollegen den Versammlungen spitzerhin mehr Interesse entgegenbringen.

Potsdam. Saut Versammlungsbeschlüssen finden die Mitglieder-Versammlungen unseres Zweigvereins den jetzt ab regelmäßig am Dienstag nach dem 15. im Monat statt. Die diesmalige Versammlung wurde des Osterfestes wegen aber erst am 24. April abgehalten. Infolge des auf der Tagesordnung stehenden Punktes „Waisenfürsorge“ waren die Mitglieder fast vollständig erschienen. — Nach dem Berichte des Kollegen Reck über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gewerkschaftstages zur Feier des Waisentages folgte eine lange Diskussion, die sich mit den Verhandlungen des Waisentages beschäftigte und die Bedeutung dieses Demonstrationstages besonders aus für die hiesigen Bauarbeiter betonte. Auf Antrag des Kollegen Geb wurde schließlich einstimmig beschlossen, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern. — Eine längere Auseinandersetzung erfolgte hierauf über die ungenügende Beteiligung der Kollegen bei den Verhandlungen verschiedener Mitglieder. Wenn auch die hiesigen Arbeitsverhältnisse mit ihren oft weiten Entfernungen und die dadurch bedingte Arbeitsverhältnisse die Ausübung dieser letzten Pflicht der Lebenden gegen die Toten manchmal erschweren, so sei doch kein genügender Grund für die hier zu Tage tretende Nachlässigkeit. Besonders die diese vom Kollegen Kunow und anderen gerügt und darauf hingewiesen, daß bei der hiesigen großen Mitgliederzahl sich immer die adrechwelt, zur Delegation der 20 Kollegen bestimmt, einfinden müßten. Es ist deshalb wohl zu erwarten, daß dieser kollektiven Pflicht gegen unsere verstorbenen Mitkämpfer in Zukunft besser als bisher nachkommen werden wird. Solidarität nicht bloß den Lebenden, sondern auch den toten Arbeitsgenossen! — Nach Erledigung einiger Wahlen wurde die Vertretung der hiesigen „Grundstein“ beschlossen und beschlossen, sie in der bisherigen Weise weiterzuführen. — Für den seit einem Jahre im Krankenlager liegenden Kollegen Wolf wurden M. 30 bewilligt. Ebenso für die hier neugegründete Arbeiter-Wilhelmschule M. 20. Vom Kollegen Wellin wurde ihre Notwendigkeit und Nützlichkeit für die Arbeiterklasse dargelegt und der Wunsch der Schule namentlich den jüngeren Kollegen empfohlen. — Unter „Verschiedenes“ wurde dann noch der neuesten Vorgänge auf politischem Gebiete gedacht und von den Kollegen Kdo, Werner u. a. auf die letzten ständischen Ereignisse in Dresden hingewiesen, die die organisierte Arbeiterklasse veranlassen mußten, sich immer mehr auch mit den öffentlichen Zuständen unseres Militärs und Klassenkampfes zu beschäftigen und kraftvoll gegen die auch in Preußen-Deutschland immer mehr zu Tage tretenden ruffischen Sozialenmanieren zu protestieren. Dies mußte besonders dadurch geschehen, daß sich die gewerkschaftlich Organisierten auch der

politischen Organisation anschließen. Notwendig ist aber vor allem, endlich überall in unseren Reihen mit dem hiesigen Schachmattorgan, dem be-rühmten „Fortschritt“ in Teilsengblatt, aufzumachen, daß die Arbeiter in ihrem Kampfe vereint und mit Schmutz bedeckt. Ein derartiges Arbeiterfeindliches Blatt gehört absolut nicht in die Arbeiterbewegung. Für uns kommen nur die Parteizeitungen, die „Brandenburger Zeitung“ oder der „Vorwärts“ in Betracht. Denn diese vertreten die Interessen des Proletariats und arbeiten nicht für den kapitalistischen Profit; ihre Ueberschüsse kommen stets der Partei zu gute und damit der modernen Arbeiterbewegung, die sich die Befreiung der Lohnsklaven vom Kapitalismus als Ziel gesetzt hat. — Zum Schluß dieser interessanten und gut verlaufenen Versammlung gab der stellvertretende Vorsitzende, Kollege Grabowitsch, dem allgemeinen Wunsch verdienten Ausdruck, daß dem schwer erkrankten Vorsitzenden, Kollegen Richardt, bald wieder Besserung seines Leidens und volle Gesundheit zu teil werden möge.

Schwandorf. Am 29. April tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung, in der Kollege Gerlach aus Nürnberg über das Thema: „Erhöhung des Lohnes und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ sprach. Der Redner legte den Kollegen dar, wie traurig doch die Lebenshaltung der Maurer in unserer Gegend ist. Der Lohn sei viel zu niedrig, als daß man damit eine Familie recht und schicklich ernähren könne. Was die Kollegen bisher getan hätten, um mehr zu verdienen, die Uebernahme großer Aufträge, sei aber gerade geeignet, das Gegenteil zu bewirken. Dadurch werde der Lohn ganz besonders gedrückt und die Anspannung der Kräfte ungebührlich gesteigert. Das könne aber nur zum Ruin führen; wolle man wirklich Besserung schaffen, so müsse man sich organisieren, um durch Zusammenhalt aller Berufscollegen bessere Löhne zu erreichen. Kollege Gerlach bereitete sich dann noch über die Ausrüstung der Bestimmungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter auf den Bauten. Auch auf diesem Gebiete würde sehr geteilt. Die Kollegen sollten darum kämpfen, daß sie eine starke Organisation bekommen, der letzte Maurer müsse in den Zentralverband der Maurer Deutschlands. Da die Kollegen den Vortrag mit lebhaften Beifallsäußerungen begleiteten, so ist zu hoffen, daß die ausgesprochene Saat auf guten Boden gefallen ist und auch gute Früchte tragen wird. Wenn sich jeder Kollege als Agitator für die Organisation betätigt, kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Tilfit. Am 22. April tagte hier wiederum eine öffentliche Maurerverammlung, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Kollege Kriesel aus Nürnberg referierte über: „Sturm des Kapitals gegen den Zentralverband.“ In einer anderthalbstündigen Rede beleuchtete Kollege Kriesel den Aufmarsch der Unternehmer im Jahre 1908 und ermahnte die Kollegen, nach jeder Richtung hin auf dem Posten zu stehen. In „Verständnis“ wurde der Versammlung geraten, sich soweit wie irgend möglich der Mehrheit anzuschließen. Es wurden auch recht zahlreiche Maimarten verteilt. Ferner wurde bekannt gemacht, daß vom Gewerkschaftsrat eine Mitteilung gedruckt ist. Kollege Kriesel erwähnte die Versammlung, sich recht regen daran zu beteiligen. Weil der Bezug jetzt recht stark ist, wurden die Kollegen ermahnt, eine recht rege Agitation zu betreiben. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

Waldenburg i. Schl. Unsere diesjährige Lohnbewegung ergreift fast abgeschlossen. Haben wir doch mit den größten in Betracht kommenden Firmen, dem Arbeitgeberverbande angehören, einen Vertrag abgeschlossen, der in der Hauptsache schon bekannt ist. Auch die außerhalb des Bundes stehenden Unternehmer haben sich meistens den Abmachungen angeschlossen. Wir können nicht leugnen, daß in wenigen Jahren ein bedeutender Fortschritt erzielt worden ist. Ist doch der Stundenlohn in vier Jahren um 9 $\frac{1}{2}$ erhöht worden; während im Jahre 1903 noch ein Stundenlohn von 30 und 31 $\frac{1}{2}$ gezahlt wurde, im Winter sogar 28 bis 30 $\frac{1}{2}$, so ist für nächstes Jahr ein solcher von 40 $\frac{1}{2}$ vorgesehen. Gewiß ein schöner Fortschritt, wenn man das Alter unserer Organisation betrachtet. Allerdings bestand hier schon ein Fagaberein, der jedoch nur einen kleinen Kreis von Kollegen umfaßte. Nicht viel besser erging es unserer Organisation. Vorimal waren Hoffnungen gegründet worden und zweimal waren sie wieder eingestürzt. Im Jahre 1902 wurde zum dritten Male eine Organisation ins Leben gerufen, die im Jahre 1903 so kräftig zu wachsen begann, daß darob einem Meister angst und bange wurde, so daß er nach Breslau zum Staatsmaurermeister Simon eilte, um sich ein Ratmittel gegen die verurteilte „Landplage“ zu holen. Leider hat ihm der Angestellte nicht nur selbst kein geben können, sondern ihm noch bedeutet, daß eine Organisation für unauflöslich sei, da die hier gezahlten Löhne eines Meisters unwürdig seien. Das Jahr darauf wurden zum ersten Male Forderungen an die Meister gestellt, und zwar 35 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit. Da eine friedliche Vereinbarung nicht erreicht wurde, kam es zum Streik, der jedoch infolge der Jugend der Organisation teilweise verloren ging. Es wurde nur ein Lohn von 33 $\frac{1}{2}$ erreicht. In bezug auf die Arbeitszeit blieb es fast beim Alten. Unsere Organisation ging jedoch neugekräft aus diesem Kampfe hervor und erreichte im vorigen Jahre einen Höchststand von weit über 600 Mitgliedern. Ein kleines Borgebot: entwickelte sich, dieses Jahr in der Spiegelfabrik im hiesigen Meier. Es zeigte sich, daß sich die Zeiten und mit ihnen unsere Kollegen bedeutend geändert haben und daß die Taktik, die vor zwei Jahren eingeschlagen wurde, falsch war. Nun sind wir ja zu einem friedlichen Abschlusse gelangt, was aber vielleicht gar nicht einmal gut ist; denn unsere Kollegen werden zu sehr gewöhnt, alles ohne sonderliche Mühe zu erreichen. Vielleicht bekommen wir doch noch etwas zu tun, denn einzelne Meister scheinen es mit der Einstellung des Tarifs nicht sehr ernst zu nehmen; vor allen Dingen Herr Baummeister Jäger nicht. Man müßte meinen, Herr Jäger als Vorsitzender des Arbeitgeberbundes hätte die Aufgabe, seinen Mitgliedern mit gutem Beispiel voranzugehen; es scheint aber umgekehrt der Fall zu sein. In dem Tarif ist doch die Arbeitszeit auf 60 Stunden pro Woche festgelegt, wir müssen aber konstatieren, daß bei Herrn Jäger noch 66—70 Stunden gearbeitet wird. Man läßt sich wohl das Gute eines Tarifs, den Frieden, gefallen, aber das Unbequeme, daran will man nicht; so haben wir allerdings nicht gewollt. Und sollte es weiter so gemacht werden, so dürfte es fraglich sein, ob der Frieden bis zum 31. März 1908 dauern wird. Auch manche Herrn Postere wollen sich in die Arbeitszeit nicht fügen. Sie meinen, ihr Lohn

sei nicht erhöht worden, und sie könnten bei der kurzen Arbeitszeit mit dem Lohn nicht auskommen. Als wir 42 $\frac{1}{2}$ gefordert hatten, haben einige der Herren gesagt, die Forderung sei unerschäm. Wir meinen aber, wenn ein Arbeiter mit 50 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn und den üblichen Speise- und Nebengeldern nicht auskommen kann, dann sind 42 $\frac{1}{2}$ ohne Nebenverdienst für den Arbeiter noch zu wenig. Auch die Vorliebe mancher Postere für die lange Arbeitszeit finden wir verabschiedet. Wer, die Hände auf dem Rücken, nur zu kommandieren braucht, hält es gewiß länger aus als der, der den ganzen Tag schuften muß. Wenn es den Posteren zu wenig ist, finden sie vielleicht den Weg noch in den Zentralverband. Alles in allem können wir mit der Zahl unserer Mitglieder zufrieden sein, nur sind noch lange nicht alle solche Streiter, wie sie die Arbeiterbewegung braucht. Vielleicht gelingt es uns, mit der Quantität auch die Qualität unserer Mitglieder zu heben. Das erfordert aber die ganze Hingabe jedes einzelnen unserer Kollegen für unsere Sache.

Zwickau. Mittwoch, den 26. April, tagte hier eine von mehr als 800 Personen besuchte Maurerverammlung, die sich hauptsächlich mit der wirtschaftlichen Lage der Maurer beschäftigte. Der Vorsitzende, Herr Jekel, führte aus, daß die Löhne hier in Zwickau sich nicht mehr den jetzigen Verhältnissen anpassen. Redner gibt dann an der Hand einer Statistik eine Uebersicht, wie sich die Löhne vom Jahre 1889 bis jetzt gestaltet. Er weist auch darauf hin, daß der Lohn in einem Zeitraum von einem Jahre nur eine Erhöhung von 1 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ erfahren hat. Im weiteren unterzieht Redner das schroffe Verhalten des Arbeitgeberverbandes, insbesondere das des Unternehmers Keller, einer scharfen Kritik. Bei ihm arbeiten die Kollegen schon längere Zeit am Monatslohn bis 6 Uhr. Witten in der Woche, am Dienstag, liegt es auf einmal: „Gute geht es bis 7 Uhr“. Die Kollegen liegen sich aber eine derartige Handlung nicht gefallen, worauf der Unternehmer 48 Maurer ausperlte. Mit einem Appell, kräftig für neue Mitglieder zu sorgen, schloß Redner seine Ausführungen. Kollege Berger führt an, daß schon oft 88 $\frac{1}{2}$ gezahlt worden sind. Die Meister aber haben es sich erlaubt, den Lohn und die Arbeitszeit zu regeln wie es ihnen beliebt. An der Hand einer Menge schwarzer Listen von den letzten Jahren, die dem Redner zufällig in die Hände gekommen sind, kritisiert er den Terrorismus der Unternehmer. Sämtliche darauf folgenden Redner sind wegen des schroffen Vorgehens der Unternehmer für sofortige Arbeitsniederlegung. Schließlich wurden zwei Anträge eingebracht; der eine lautete dahin, die Arbeit bei dem Unternehmer Keller am nächsten Tage, also am Donnerstag um 6 Uhr ruhen zu lassen; der andere verlangt, auf Freitag eine Versammlung einzuberufen und Beschäftigte zu lassen gegen die anderen Unternehmer. Zu dieser soll der Bauvorsitzende Jakob geladen werden. Es sollen die zehnstündige Arbeitszeit und 45 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn gefordert werden. Die Anträge wurden, nachdem auf das Statut aufmerksam gemacht worden war, einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, den Vertrauensmann sofort aus der Arbeit zu nehmen, um weitere Schritte einzuleiten.

Bauarbeiterverhältnisse in Luxemburg.

Von Luxemburg wird uns geschrieben: In unserem Hochfinsternen Neutralien liegen die Arbeitsverhältnisse noch sehr im argen. Von irgend einer gesellschaftlichen Tätigkeit ist sehr wenig zu verspüren. Wir besitzen zwar eine Bauarbeitergewerkschaft für Luxemburg und Umgebung, aber sie ist noch sehr schwach. Doch wir haben die Hoffnung, daß die Morgenröte der Besserung auch bei den Luxemburger Arbeitern bald aufsteigt. Vor einiger Zeit haben wir eine Statistik über die Arbeits- und Lohnverhältnisse aufgenommen. Sie hat ein sehr trauriges Resultat zu Tage gefördert. Die Arbeitszeit beginnt vom Frühjahr bis zum Herbst Morgens um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr und dauert meistens bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr und auch bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Abends. Auf die Bauten entsenden zwei Stunden, nämlich je eine halbe Stunde auf Frühstück und Wesper und eine Stunde auf die Mittags. Eine zehnstündige Arbeitszeit ist also die Regel. Die Baugewerkschaft ist sehr mangelhaft. Schwegeländer sind an den Baugewerken in letzter Zeit zwar angebracht worden, aber sie sind recht schlecht. Baugewerken sind ebenfalls wenig vorhanden, wo sie vorhanden sind, dürfen sie entweder nicht werden, oder sie sind in einem Zustand, daß sie kaum Baugewerken genannt werden können. Ebenso ist es mit den Arbeitern. Wer ein Bedürfnis hat, geht einfach hinter die Ecke, und von den Meistern ist so, wie bei den Werkzeugen, sie ist einfach miserabel. Alle Maurer und Gießer müssen sich gefallen lassen, mit Wasser angedeutet zu werden. Alle irdischen Tätigkeiten sind selbstverständlich an der Tagesordnung. Was nun die Lohnverhältnisse anbetrifft, so haben die Maurer und Gießer 30 bis 36 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn, in einzelnen Fällen 40 $\frac{1}{2}$. Für Ueberstunden wird selten was bezahlt. Aber desto mehr macht dann die Schnapskassette als Lohn für die gemachten Ueberstunden die Runde. Nun haben wir noch zum Ueberflusse die Hunderte von Italienern, die hier als Lohnbrüder auftreten. Fürwahr, hier gibt es Arbeit genug! Den Einheimischen wie den Italienern müssen wir erst beibringen, worin sie eigentlich ihr Dasein irren. Deshalb rufen wir Euch zu, Ihr unorganisierten Kollegen: Gemein in die Bauarbeitergewerkschaft!

Der Zentralverehr sämtlicher Gewerkschaften befindet sich in der Wirtshausstr. 10. Der Vorsitzende der Bauarbeiterorganisation ist dort jeden Sonntag, Vormittags von 10 Uhr an, zu sprechen.

Centralrankenkaße.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 29. April bis 5. Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der hiesigen Verwaltung in Hamburg 1.750, Rehn 400, Dantz 200, Wölff 160, Viefels 160, Jordan-Paradies 100, Stodelsdorf 100, Hermsdorf 100, Gransee 100, Leipzig-Wölff 100, Dulsburg 80, Segeberg 75. Summa M. 2305.

Zufüsse erhielten: Bunsau M. 200, Dresden-Striesen 160, Groß-Reudorf 120, Bodebusch 100, Wollensbüttel 80, Wehler 60, Strasburg i. Uderm. 60. Summa M. 780.

Altona, den 5. Mai 1908.

Karl Meiß, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschuh, Submmissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt gewordenen Anfälle, mit kurzer Einführung der Begleitumstände und der erteilten Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Eventuell über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Erfolg von Arbeiterschuhbestimmungen und über Submmissionsergebnisse.)

Die Arbeiter verlesend werden, kann man lernen, wenn man die folgenden Zeiten liest. In Dörschleben (Prov. Sachsen) hatten zwei Maurer, die bei dem Unternehmer H. Wolft in Arbeit standen, ein Stück 1 $\frac{1}{2}$ Meile starker Friedhofsmauer von ca. 12 m Länge und 6 Schichten Höhe herzustellen. Die Arbeit dauerte dem Unternehmer zu lange und nun wollte er einmal ein Exempel statuieren und die beiden Maurer als Generalkasseler der Verachtung ihrer Kollegen preisgeben. Damit verband er zugleich die Absicht, die von der Organisation der Maurer eingeleitete Lohnforderung niederzuschlagen. Er ließ sich von den beiden Gefesseln folgenden Verses ausstellen:

„Die beständigen Hieburch dem Maurermeister H. Wolft, daß wir zu einem Teile der jüdischen Friedhofsmauer, von 12,25 m Länge, 0,38 m Stärke und 0,48 m Höhe, am Donnerstag, den 12. d. M., je eine Stunde und am Sonnabend, den 14. d. M., je 2 Stunden gebraucht haben. Ein Arbeiter stand uns während dieser Zeit zur Verfügung und Material war in genügender Menge vorhanden.“ (Unterschriften.)

Dieser Rebers schickte Wolft der Zweigvereinsleitung in Dörschleben zu und fügte, folgendes Begleitfresreiben bei:

Als Gegenstand zu Ihrer sehr geforderten Bohnerschöpfung scheint es gerechtfertigt zu sein, auch einmal die Befähigung zweier organisierter Maurergesellen zu beleuchten mit der Bitte, nachstehendes Resultat in Ihrer nächsten Versammlung zur Kenntnisnahme zu bringen. Wie sie aus beigefügtem Schreiben ergeben, haben die beiden Gefesseln am 12. und 14. d. Mts. die enorme Leistung von zusammen 2,40 cm. Mauerwerk geschafft. Nach der angewendeten Zeit folgte das oben. einschl. Arbeiter M. 4,50. Der ortsbildende Auftragspreis für den Unternehmer beträgt M. 3,25 und schließt seinen Verdienst, Stellung der Gerüste und Geräte, Steuern und Abgaben ein. Nach alle dem richte ich an Sie die Fragen:

1. Wie kann ein Unternehmer dabei existieren?
2. Wie soll ich mich solchen Leuten gegenüber verhalten?
3. Wie nimmt sich der weise Ausdruck Ihres Kollegen Schmidt dazu an, wonach ein jeder ordentlicher Gefesse Abends danach hinsehen muß, seinen Lohn verdient zu haben?
4. Wie müht es an, wenn der eine der beiden Gefesseln vor zu zwei Jahren die hiesigen Unternehmer als Blutsauger hinstellte, die den Arbeitern das Fleisch von den Knochen saugen?
5. Wie wollen sie nach vorstehendem eine weitere Bohnerschöpfung fertigen?

Ich habe Ihnen nun ein Bild von der Tätigkeit und dem Charakter der Maurergesellen von Dörschleben entrollt, und muß leider dabei bemerken, daß derartige Fälle nicht vereinzelt dastehen. Wenn sie nun noch auf eine weitere Bohnerschöpfung rechnen, so wäre es an der Zeit, diese mit ihrer Arbeitsleistung in Einklang zu bringen und hierüber demnach Beweise zu liefern. Vielleicht würden Sie auch ihrem Verbandsvorstand, dem „Grundstein“, von vorstehendem Mitteilung machen, damit die Öffentlichkeit auch mal etwas anderes hört als von der Schinderei der Unternehmer. (Unterschrift) gez. S. Wolft.

Dem Wunsche des Unternehmers, diese Angelegenheit im „Grundstein“ besprochen zu sehen, kommen wir gern entgegen. Es ist freilich eine andere Frage, ob ihm unsere Stellungnahme passen wird. Auch die Verwaltung des Dörschlebener Zweigvereins hat sich mit der Sache beschäftigt und da ist dann folgendes festgestellt worden: Die Mauer des jüdischen Friedhofs grenzt an den neuen Friedhof, der erst zum Teil durch eine Mauer eingefriedet ist. Zwischen diesem eingefriedeten Teil und dem jüdischen Friedhof liegt ein Plan von circa 20 Morgen, der vor der Hand noch als Acker benutzt wird. Auf die Frage des einen Maurers, wie die Mauer werden solle, antwortete der Unternehmer, er solle sie nur machen, wie die neue Friedhofsmauer. Selbstredend mußte er die Strecke Weges gehen und sich die Mauer ansehen, um sich ein Bild davon zu machen. Dann mußte er die Kopsteinorderte der Chaussee auf das Fundament der Mauer übertragen, um die Höhe der Mauer festzustellen, ebenso mußte er die Mauer in Pfeiler und Felder einteilen. Da es Fugenarbeit ist, war er darauf aufmerksam gemacht worden, nur dollantige Steine zur Ansicht zu verwenden. Die Arbeit mußte also erst eingerichtet werden. Da zur Arbeit Staustalk verwendet wurde, der befähigt leicht fest wird wenn er länger steht, und dann jedesmal erst aufgefrieren werden muß, so sagten die beiden Kollegen zum Unternehmer, er möchte noch einige Maurer schicken, worauf ihnen der Unternehmer antwortete, es käme ja gar nicht darauf an, ob die Arbeit in 14 Tagen oder 4 Wochen fertig wäre, so schlimm sei das nicht.

Aus den Aussagen der Kollegen, sowie dem Schreiben des Unternehmers kam die Versammlung zu dem Schluß, daß der Unternehmer, da er gerade den ungünstigsten Tag als Maßstab für die Befähigungsfähigkeit der beiden Maurer herausgegriffen habe, sich nur eine künstliche Handhabe schaffen wolle, um die Lohnforderung als ungerechtfertigt hinzustellen. Unter anderen Verhältnissen konnte es vor, daß ein Maurer bei

gebührender Arbeitszeit 1600 Steine verarbeitet, der Unternehmer habe aber dann noch nie gesagt, es sei zu viel geschafft. Wenn der Unternehmer aber meine, der ordentliche Arbeitspreis sei M. 3,85, so könnte die Versammlung dagegen nur erklären: Die Wertschöpfung ist wohl, allein mir fehlt der Glaube. Der eine der beiden Kollegen sollte vor ca. zwei Jahren die Unternehmer als Aufsteiger hingestellt haben, demgegenüber möchten die sicherer Kollegen darauf hinweisen, daß die ungerichte Auslieferung allerdings seinerzeit heißes Blut gemacht habe.

Wäre der hier vorgetragene Fall nicht in mancher Beziehung typisch für die Praxis unserer Unternehmer, so hätten wir ihm kaum eine größere Aufmerksamkeit gewidmet. Es kommt aber so oft vor, daß ein Unternehmer dann, wenn gerade einmal eine Menge ungünstiger Umstände zusammengewirkt hat, die Arbeit zu verzögern, fast triumphierend darauf hinweist: seht doch bloß mal, was diese faule Gesellschaft leistet, und dabei verlangt sie noch mehr Lohn! Dann folgen die üblichen Serenaden über das bekannte „Zufehen“, die jeder kennt, der schon einmal mit Unternehmern zu tun hatte. Wir hatten solche Manöver für zu bedenklich, als daß sich ein anfänglicher Mann ihrer bedienen sollte. Denn im Grunde genommen, ist es ja eine Unethik, einen Arbeiter bei einer unter dem Durchschnitt bleibenden Leistung darum zu schmähen und zu schelten. Eine scheinbar ungenügende Leistung ist in den allermeisten Fällen darauf zurückzuführen, daß eben Arbeiter verrichtet werden mußten, die zwar zur Fertigstellung des Ganzen nötig waren, die aber beim fertigen Produkt nicht sofort gesehen und geschätzt werden können. Jeder Praktiker weiß das. Wer aber dann, ohne das zu berücksichtigen, die Arbeiter der Faulheit zeugt, handelt entweder recht leichtsinnig und unüberdacht oder direkt unethisch. Für den Arbeiter ist es stets ein schwerer wirtschaftlicher Schaden, der so leicht nicht wieder gut gemacht werden kann, wenn er, noch dazu in so kleinen Orten, als faul beschrien wird. Es ist aber auch ein Angriff auf seine Reputation, der so überall schwer empfunden. Der hier vorliegende Fall erhält ja sein besonderes Relief noch durch den ausdrücklichen Hinweis des p. Wohlt auf die eingereichte Lohnforderung. Dies zeigt aber auch, daß der ehrsame Handwerksmeister geradezu nach einem solchen „Fall“ gesteht und ihn glaubte es ihm geschehen zu haben. Jetzt wird er freilich wünschen: ach hält ich doch lieber geschwiegen.

Berlin. Mittwoch, den 30. April, verunglückte auf dem Bau der Siemens-Schuckertwerke der bei der Gesellschaft für Beton- und Monierbau beschäftigte Hilfsarbeiter Otto Krause dadurch, daß ihm ein eiserner Träger im Gewicht von zehn Zentnern auf den Kopf fiel, so daß er schwer verletzt zusammenbrach. Schuld an dem Unfall ist die Leichtfertigkeit, die man beim Hinaufziehen eines so schweren Eisentrüdes bewies.

W o o u m. Donnerstag, den 28. April, kurz vor Feierabend, stürzte am Bau des Unternehmers Reimann in der Fährdellstraße der Maurer Aug. Buchmann von der dritten Etage herunter und brach das Genick. Der Kollege war sofort tot. In dem Augenblick, wo sich der Unfall ereignete, war außer dem Verunglückten niemand oben. Es konnte somit nicht festgestellt werden, wie sich der Unfall zugefallen hat.

F l e n s b u r g. Mittwoch, den 2. Mai, Morgens 7 Uhr, ereignete sich ein schwerer Unfall am Neubau der Firma Schwarck & Körner am Burgfried, dem bald ein blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen wäre. Der Kollege Heinrich Eggert war in der vierten Etage im Treppenhause damit beschäftigt, die Kellertreue aufzuführen. Mit einem donnerartigen Getöse brach mit einem Male das Gerüst zusammen, den Kollegen Eggert, eine volle halbe Tonne fünf bis sechs Zentner Steine mit sich in die Tiefe reichend. Wohl war jede Etage abgedeckt, jedoch konnten die Gerüste der Last nicht widerstehen. Der Kollege Eggert wurde mit schweren Verletzungen an den Beinen und am Kopfe, sowie mit einem Bruch des linken Unterarmes aus dem Keller herausgetragen; innere Verletzungen scheinen der Verunglückte nicht erlitten zu haben. Ein Bauarbeiter kam mit leichten Wunden davon. Eine Untersuchung ist eingeleitet, um festzustellen, wo hier die Schuld zu suchen ist.

F r e i b u r g. i. E. S. In Birlau verunglückte am 30. April beim Bau einer Scheune der Maurer August Hamann, der auf dem Wege nach dem Krankenhause seinen Verletzungen erlag. Bei Feststellung des Unglücks gab der Besitzer an, sei betrunken gewesen. Es scheint aber, als wenn sich der Besitzer nur von jeder Schuld rein waschen will, denn dieser Unfall ist hier nicht der erste. Hamann verunglückte dadurch, daß eine schlecht gestellte Leiter umfiel.

S t e i n r i c h s w a l d e, Kr. N e d e r m ü n d e. Montag, den 23. April, waren mehrere Arbeiter des Unternehmers Holz von hier beim Abdecken einer dem Ortsvorsteher Gebrüder gehörenden Baustelle beschäftigt. Als sie kaum eine Stunde gearbeitet hatten, fiel plötzlich eine drei Meter hohe Wand um, den beim Schuttaufräumen beschäftigten Sohn des Eigentümers unter sich begrabend. Ein sofort hinzugerufener Arzt ordnete die Überführung des Verunglückten in die Universitätsklinik nach Greifswald an.

Ans-anderen Berufen.

Gewerkschaftliche Fortschritte in Jahre 1905.

Das verfloßene Jahr hat den freien Gewerkschaften einen ganz gewaltigen Gewinn an Mitgliedern gebracht. Nach Berufsgruppen geordnet, ergeben sich folgende Zahlen:

Mitglieder am 31. Dezember

	1904	1905
Baugewerbe	245243	310656
Metallindustrie	229995	297968
Textilindustrie	51288	77808
Ganbels- und Transportgewerbe	68649	79169
Bergarbeiter	80682	105080
Verkehrsindustrie	59657	78868
Holzindustrie	122775	147418
Nahrungsmittelindustrie	60176	71118
Gastwirtschaften	8025	8908
Gärtner	8500	4017
Industrie der Seile und Erden	85419	48588
Papier- und Lederindustrie	85183	40977
Graphische Gewerbe	56965	68190
Politische Berufe	66188	98573

Zusammen... 1118083 1429763
Von den organisierten Arbeitern des Baugewerbes entsallen auf die Zentralverbände

der Hauptstelle	456	617
Bauhäufsbauarbeiter	39027	58225
Dachbeder	3860	5115
Maler	22651	30119
Maurer	130129	158880
Steinleger	6425	7364
Stuckateure	5652	7283
Zimmerer	37043	43253
Summa	245243	310656

In diesen Zahlen nur wenige Worte. Das Jahr 1905 war das Jahr der Ausperrungen, das Jahr der Massenkämpfe, wie sie in solcher Mächt und in solcher Ausdehnung vorher noch nicht dagewesen waren; es war aber zugleich das Jahr, das uns, wie diese Zahlen zeigen, den größten Zuwachs an Mitgliedern brachte, den wir bisher in einem Jahre zu verzeichnen hatten. So wird das Mittel, das uns vernichten sollte, zur Weisheit, das die unorganisierten Massen in die Verbände treibt. Der Arbeiter gehört die Zukunft, darum müssen ihr alle Dinge zum Besten dienen.

* **Etwas vom guten Ton.** Eine mehr als merkwürdige Auffassung vom guten Ton in der Gewerkschaftspressen finden wir in einer Polemik, die der Redakteur der „Gewerkschaft“, Heinrich Bürger, gegen eine Broschüre des Vorstehers des Steinlegerverbandes richtet. In der Broschüre werden die Grenzstreitigkeiten des Verbandes der Gemeindevorstände und Staatsarbeiter mit anderen Gewerkschaften behandelt, besonders die Taktik, Steinleger für die Organisation der Gemeindevorstände zu farnen, scharf gerügt. Diese Angriffe auf ihre Veredlung zu prüfen und eventuell mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen, ist selbstverständlich Pflicht der Organe des Gemeindevorstandsverbandes. Das zu tun, hat Bürger unternommen; er ist dabei aber zum Schluss in einen Ton verfallen, der gar nicht scharf genug gerügt werden kann. Bürger jagt gegen den Vorstehenden des Steinlegerverbandes Knoll:

„Der Gipfel der Ignoranz oder der Niedertracht — die Entscheidung darüber, was von beiden überwiegt, überlasse ich dem Leser — erreicht Knoll, indem er dann endet (eigentlich an seinen eigenen Verbrechen der e n d e t!)“

Wenn es erlaubt ist, wollen wir den Wunsch ausdrücken, diese rief Anrenpelei möge keine weitere Kreise ziehen.

* **Die Lokalfisten oder, wie sie sich jetzt zu nennen beliebt, die „freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“** haben in der Osterwoche trauliche Zwiesprache in Berlin gehalten. Die Zahl ihrer Getreuen ist inzwischen auf 14808 zusammengewachsen. Diese kleine verklärte Welt ist am fröhlichen Baume der deutschen Arbeiterbewegung ist so bedeutungsvoll für die Öffentlichkeit, daß wir darauf verzichten können, weiter auf die Verhandlungen einzugehen. — Der Kassenbestand der der freien Vereinigung angeschlossenen Gewerkschaften belief sich auf M. 216 546,13.

* **Die „Metallarbeiterzeitung“** erschien am 28. April in einer Auflage von mehr als 300 000. Die Mitgliederzahl des Verbandes wird dem nicht viel nachsehen; somit ist der Deutsche Metallarbeiterverband die größte Gewerkschaft der Erde, er ist auch größer als der englische Verband des gleichen Industriezweiges. Das besonders in der Metallindustrie ausperrungswillige Unternehmertum bekommt mit dieser gewaltigen Steigerung der Zahl der organisierten Arbeiter die beste und heilsamste Antwort.

* **Der Metallarbeiterverband** schreibt in der Nr. 18 seines Organs einen Extrabeitrag von 25 % pro Woche für seine männlichen Mitglieder aus. Begründet wird diese Maßregel mit der Absicht der Eisenindustriellen, die gegenwärtigen Lohnbewegungen der Eisenarbeiter durch eine Liefenansperrung niederzuschlagen.

Kongresse und Generalversammlungen.

Der Stuckateurverband hielt seine fünfte Generalversammlung in der Woche nach Ostern in Leipzig ab. Außer den Vertretern des Verbandes und Ausführenden und einigen Gästen als Vertreter anderer Organisationen waren 42 Delegierte anwesend. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgendes: Die Mitgliederzahl ist vom Jahre 1903 von 4121 auf 7283 im Jahre 1905 angewachsen, die Auflage des Fachorgans ist in derselben Zeit von 5800 auf 10 000 gestiegen. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen in der Berichtperiode M. 239 724,80, die Ausgaben M. 157 886. Das Gesamtvermögen betraut sich auf M. 81 838,26. In 57 Fällen mit 6763 Kollegen wurden Lohnbewegungen geführt, dieselben wurden Tarife mit den Unternehmern vereinbart. Die Arbeitszeit im Stuckateurgewerbe schwankt zwischen 8 und 11 Stunden, die Stundenlöhne zwischen 25 und 90 %.

In der Diskussion über den Vorstandsbericht mußte der Vorstand viele Vorwürfe über sich ergehen lassen, besonders, daß er nicht genug zur Bekämpfung der Agitation getan habe. Mithin hat es nicht an dem guten Willen gefehlt, sondern an

den nötigen Kräften. Um diesen Mangel abzuheben, sind nun statt des einen Beamten, der bisher neben der Leitung der Bureauarbeiten und der Redigierung des Fachorgans die Agitation und Lohnbewegung zu leiten hatte, drei Beamte, der erste und der zweite Vorsteher und der Kassierer, angestellt worden. Den Wünschen der rheinisch-westfälischen und der sächsischen Mitglieder nach Umstellung von Agitatoren für die dortigen Bezirke hat die Generalversammlung nicht stattgegeben. Eine scharfe Beurteilung erfuhr der Vorstand wegen seiner Handlungsweise anlässlich einer Differenz mit den Bildhauern in Hannover, die aus der Lohnbewegung resultierte. Auch unser Verbandsvorsteher, Kollege Böhmberg, der als Gast an den Verhandlungen teilnahm, hatte eine Weisung, die als berechtigt von der Generalversammlung anerkannt wurde, gegen den Vorstand des Stuckateurverbandes vorzubringen. Es handelt sich um das Nichtaufhandeln eines Kartellvertrages zwischen dem Maurerverband und dem Stuckateurverband. Die vorhergehende Generalversammlung der Stuckateure hatte nach einem Vortrage Böhmbergs über die Beschuldigung beider Verbände dem Vorstand den Auftrag erteilt, für den Abschluß eines Kartellvertrages mit dem Maurerverband zu wirken. Der Vorstand des Stuckateurverbandes hat aber geradezu den Abschluß eines solchen Kartellvertrages hintertrieben, und zwar — soweit bekannt wurde — aus ganz richtigen Gründen. Auf der Generalversammlung erklärte namentlich der Vorsteher, Genosse Dörsch, bei Ablehnung des Kartellvertrages habe den Vorstand der Stuckateure der Grundlag geleitet, daß er seine Angehörigen bei Maurerkreisen nicht auf die Straße werfen lassen wollte. Das hätte die Stuckateurorganisation zum Weisbluten gebracht. Bei einer Verschmelzung würde zwar nicht der Vorstand der Maurer, wohl aber die Maurer in den einzelnen Bezirken die Stuckateure an die Wand drücken. Wir halten beide Argumentationen für grundfalsch; die Gründe gegen den Kartellvertrag kann sogar jeder Freiberger aufstellen und dann mit einem Schein des Rechts die Organisation überhaupt bekämpfen. Der Zweck des Kartellvertrages ist natürlich der, die Solidarität beider Berufe bei den Kämpfen mit dem Unternehmertum auf eine sichere Grundlage zu stellen. Es sollen Vereinbarungen darüber geschlossen werden, wie sich die Mitglieder des einen Berufes den Mitgliedern des anderen Berufes gegenüber zu verhalten haben im Falle eines Streiks, einer Ausperrung usw. Wenn das der Vorstand des Stuckateurverbandes nicht will, dann stellt er sich und seinen Mitgliedern ein schlechtes Zeugnis aus. Es sieht so aus, als wollten sich die Stuckateure die Kämpfe der Maurer zu Nütze machen, ohne Opfer zu bringen. Wir sagen, es sieht so aus; wir hoffen aber, daß es nicht die Meinung der Stuckateure ist, so handeln zu wollen.

Die beste Lösung der Frage ist natürlich die Verschmelzung beider Organisationen. Böhmberg hat unsere Gedächtnis die Zukunft richtig gesehnet: Für beide Organisationen ist der Zusammenschluß unbedingt notwendig, da die Zahl der Personen, die eine bestimmte Arbeit leisten können, beständig wächst. In den künftigen wirtschaftlichen Kämpfen der Bauarbeiter wird die Situation so sein, daß nur an kleinen Orten gestreift zu werden braucht, um gleich eine große Ausperrung zu haben. Die Entwicklung im Baugewerbe wird auch die Lohnkämpfe in ganzen Bezirken bringen. Am 30. März 1905 läuft der Tarif ab, der für das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet mit 80 000 Bauarbeitern gilt. Dasselbe trifft für den Maingau und für andere große Bezirke im westlichen Deutschland zu. Dann wird es einen Meistkampf auf der ganzen Linie geben. Die Unternehmern werden da vor den Stuckateuren nicht Halt machen. Solchen Situationen ist eine kleine Gewerkschaft nicht gewachsen. Aus diesen Gründen braucht die Arbeiterbewegung den Zusammenschluß.

Diese Ausführungen Böhmbergs haben auf der Generalversammlung großen Anklang gefunden. Es wurde eine Resolution angenommen, die den Vorstand beauftragt, mit der Leitung des Maurerverbandes die Bedingungen festzusetzen, welche zur Verschmelzung der beiden Organisationen führen. Diese Grundbedingungen sollen den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet werden.

Dieser Beschluß geht dem Vorstand des Stuckateurverbandes scheinbar sehr wider den Strich. Er sucht schon jetzt Zweifel zu erregen, daß in der Urabstimmung die Mitglieder die Verschmelzung votieren. — Wir werden ja sehen. Etwas wird geschehen müssen.

Der Verband der Steinarbeiter hielt vom 2. bis 6. April seinen zweiten Verbandstag in Nürnberg ab. Aus dem gedruckt vorliegenden Bericht des Verbandes ergibt sich ein erfreuliches Wachstum. Der Verband seit dem letzten Verbandstage. Die Zahl der Mitglieder stieg von 174 am Jahresanfang 1903 auf 203 in 1904 und auf 276 in 1905 und beträgt gegenwärtig 289. Im selben Zeitraum (bis Jahresanfang 1905) stieg die Mitgliederzahl von 8624 auf 10 024 bezw. 18 869. Unter Eingewandern der Kranken und arbeitslosen Mitglieder, die wegen des Beitragsausfalles in der Abrechnung nicht aufgezählt sind, schätzte der Vorstand die gegenwärtige Mitgliederzahl auf mindestens 15 000.

Die Gesamteinnahmen betrugen 1904: M. 151 904. 1905: M. 198 007, die Gesamtausgaben M. 90 073 bezw. M. 167 041. Die Situation im Mitgliederstande ist sehr groß. In den letzten drei Jahren sind 24 000 Mitglieder neu beigetreten, von denen kaum die Hälfte dauernd im Verbands blieb. Der Kassenbestand der Hauptkasse am Jahresanfang 1905 betrug M. 208 880,50, dazu kommt über M. 90 000 Vermögen in den Bezirken des Verbandes.

Lohnbewegungen haben in den beiden Berichtsjahren insgesamt 60 stattgefunden, wovon 40 einen vollen und 15 teilweisen Erfolg hatten: Die Debatte über den Vorstandsbericht blieb in ruhigen Grenzen. Ein wichtiger Beratungspunkt betraf die Umstellung von besoldeten Gauleitern. Man hatte probehalber einen solchen für Franken angestellt; die Einrichtung hat sich dort bewährt, infolgedessen beschloß der Verbandstag, fünf weitere Gauleiter, und zwar drei für den Süden, einen für den Westen und den Harz und einen für Sachsen, anzustellen. Die Gauleiter sollen an den Verbandstagen mit beratender Stimme teilnehmen. In der Frage der Tarifverträge ward nach einem Referat Staubingers (Redakteur des „Steinarbeiter“) eine Resolution angenommen, die den Abschluß von Verträgen empfiehlt, die aber nicht länger als zwei Jahre Gültigkeit haben sollen, wenn sie nicht für die weitere Zeit eine entsprechende Lohnsteigerung sichern sollen.

Des weiteren empfiehlt die Resolution den Abschluß von Verträgen für möglichst große Wohngebiete. In der Diskussion wurde besonders über das wilde Alfordbäum gellacht. Ferner wurde beschlossen: Mitglieder, die infolge eines Streiks abreisen wollen, wird eine Reiseunterstützung bis zu 6 Genährt. Der Aufbruch zur Reiseunterstützung für Kinder soll einheitlich gehalten werden und wird für jedes Kind, ohne Rücksicht auf die Beitragsklasse, auf 1 pro Woche festgesetzt. Abgelehnt wurde der Antrag, der die Reiseunterstützung in 3. Klasse auf 14, in der 2. Klasse auf 12, in der 1. Klasse auf 10 erhöhen will. Einkünfte beschlossen wurde, daß Warnungen vor Zugang nur mit der Zustimmung des Vorstandes erfolgen dürfen; abgelehnt wurde der Antrag, daß in besonderen Fällen von der Vorfrist, wonach Streiks zwei Monate vorher angemeldet sind, abgegangen werden. Die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt, dagegen die Einführung einer Krankenunterstützung beschlossen. Die Reiseunterstützung wird von täglich 60 auf 75 erhöht. Der Verbandsbeitrag wird in allen Klassen um 5 erhöht. Doch wurde eine Resolution angenommen, die die Haftstellen ersucht, der Einrichtung von Arbeitsnachweisen zuzustimmen, die später eventuell einem bestehenden paritätisch geleiteten Arbeitsnachweis angegeschlossen werden sollen. Zum Schluss wurde die bisherigen Vorstandsbeamten (Vorstand: Starke, Redakteur: Staudinger, Sekretär: Siebold, sämtlich in Leipzig) wiedergewählt.

Die Tagungsleiter tagten vom 14. bis 17. April in Wittenberg. 125 Delegierte, Vertreter des Vorstandes und Ausschusses waren nach dem Bericht des „Correspondenz-Blattes“ auch nicht Vertreter des Fachorgans anwesend. Da die Leiter des Fachorgans wohl schwerlich an der Generalversammlung teilnehmen können, so hat das Organ der Tagungsleiter also einen Repräsentanten Expeditionskreis von mindestens acht Personen. Das hätten wir nicht geglaubt. Der Verband hat sich seit dem letzten Verbandstag mit wechselndem Glück entwickelt. Zur Zeit zählt der Verband etwa 8000 Mitglieder. Der gebrauchte vorliegende Vorstandsbericht bezeichnet als einen der glücklichsten Beschlüsse des vorigen Verbandstages die Anstellung von Gaudelstein. Es sind bis jetzt sieben Gaudelstein angestellt, nur für die Bezirke Brandenburg und Sachsen wurde davon noch abgesehen; indes ist auch hier die Anstellung nur noch eine Frage der Zeit. Aus dem Kassensbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß vom 1. Oktober 1905 bis 31. Dezember 1905 die Gesamteinnahme M. 2179 818,96, die Gesamtausgabe M. 2084 406,76 betrug, und ein Kassenbestand von M. 105 212,97 vorhanden war.

An Streiks und Ausperrungen war der Verband in der zweijährigen Berichtsperiode 1904 und 1905 in 63 Fällen (24 Angriffe und 18 Abwehrkämpfe) sowie 21 Ausperrungen mit 87 766 Beteiligten und 592 888 M. Kosten engagiert. Die Generalversammlung befaßte sich auch mit der Erweiterung der Unterstützungsleistungen und sprach sich durch Annahme einer Resolution für eine Erweiterung der Unterstützung aus, zu der der Verbandsvorstand ein Reglement ausarbeiten und der nächsten Generalversammlung vorlegen soll. Das Verbandsorgan, das bisher in Genuß der Erleichterung der Sitz des Vorstandes in Berlin ist, soll nun vom 1. Januar 1907 an gleichfalls in Berlin erscheinen.

Die Frage der Tarifverträge und Streikstatistik wurde in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt. Die hierbei angenommene Resolution spricht sich für Tarifverträge aus und trifft für ihren Abschluß einige nähere Bestimmungen. Neben einer Verklärung der Arbeitszeit soll hauptsächlich auf Verklärung der Arbeitszeit gesehen werden. Die Beitragsleistung erfolgt eine Abänderung, indem die Beiträge eingeleitet wurden, wobei es jedoch von der freien Entscheidung der Mitglieder abhängt, in welcher Klasse sie zahlen wollen. Die Unterstützungsleistungen wurden in allen Fällen etwas erhöht, neu eingeführt wurde die Sterbeunterstützung.

Die Maschinen und Getriebe tagten zu Ostern in Mannheim. Dem Bericht des Zentralvorstandes ist folgendes zu entnehmen: Am Schluss des Jahres 1904 waren 171 Zahlstellen mit zusammen 8860 Mitgliedern vorhanden, am Schluss des Jahres 1905 198 Zahlstellen und 11 883 Mitglieder. Der Kassenbericht, der sich auf zwei Jahre erstreckt, weist eine Einnahme von M. 208 909,61 auf. Die Gesamtausgabe beträgt M. 161 162,11. Der Verband zahlt Arbeitslosen- und Sterbeunterstützung. Die erste wurde nur in einer Arbeitslosenunterstützung umgewandelt. Von den anderen Beihilfen ist noch hervorzuheben, daß der Beitrag von 25 auf 40 erhöht wurde und daß drei Gaudelstein angestellt werden sollen. Die Bemerkungen, eine Verklärung mit den jüngsten Verbänden der Maschinenhersteller, sind gellacht; mit den Verbänden der Seileute, Eisenbahner, Transporth- und Sackarbeiter wurden Kartellverträge abgeschlossen.

Die Kärntner hielten ihren Verbandstag vom 16. bis 18. April in Weissenfels ab. Der Verband zählte am Jahreschluss 1820 Mitglieder. Nach dem Kassensbericht betrug die Gesamteinnahme des Verbandes innerhalb der Geschäftsperiode 1904/05 M. 57 545,23, die Gesamtausgabe M. 69 635,11, so daß eine Mehrausgabe von M. 11 989,88 entstand. Der Kassenbericht fiel sich auf zwei Jahre erstreckt, weist eine Einnahme von M. 22 632,74 auf, M. 10 642,86. Die Mehrausgabe ist verursacht durch außerordentliche Streikausgaben. Auf dieser Generalversammlung wurde die Unterstützung in Todes- und Krankheitsfällen beschlossen. Der Beitrag wurde für männliche Mitglieder von 20 auf 50, für weibliche von 15 auf 25 erhöht.

Die Glaser hielten vom 14. bis 17. April ihren Verbandstag in Mannheim ab. Die Mitgliederzahl betrug rund 6000 in 84 Zahlstellen. Die Hauptkasse des Verbandes hat in den letzten drei Jahren eine Einnahme von M. 119 921,97, die Ausgabe betrug M. 86 879,88; es war demnach am 1. Januar d. J. noch ein Kassenbestand von M. 33 042,14 vorhanden. Der Verbandstag lehnte den Anschluß an den Holzarbeiterverband sowie die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ab. Dagegen wurde die Erhöhung des Beitrages von 30 auf 45 beschlossen und die Reiseunterstützung dahin abgeändert, daß anstatt Kilometergehalt der Tageslohn gezahlt werden.

Die Vergolder, die in Leipzig tagten, beschlossen den Beitritt in den Holzarbeiterverband.

Die Gattler beschlossen auf ihrem Verbandstag in Dresden die Erhöhung der Beiträge um 5 auf pro Woche;

ferner Erhöhung der Streikunterstützung, Ausweitung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung; dagegen wurde die Ausdehnung der Unterstützungsleistungen auf vollständigen Erwerbslosenunterstützung abgelehnt. Beschlössen wurde ferner die Anstellung des bisherigen Sekretärs zum Verbandsvorsitzenden, sowie die Anstellung eines Hauptkassiers.

Die Wäckerarbeiter beschlossen auf ihrem Verbandstage in Berlin die Festlegung der Beiträge auf 20 und 40, die Anstellung von zwei Kassierern, die Erhöhung der Krankenunterstützung und die Vergrößerung des Fachorgans.

Polizei und Gerichte.

* **Streikführer.** Das Schöffengericht in Hagen i. W. verurteilte am 20. April gegen drei Maurer, die sich in fünf bis sieben Fällen im November 1905 am Gildstraße-Neubau in Hagen des Hausfriedensbruchs, außerdem noch gegen die dort beschäftigten „Arbeitswilligen“ der Körperverletzung, Verhöhnung und Verleumdung schuldig gemacht haben. Von den drei Verurteilten war einer inzwischen gestorben, der zweite bescholten und nur der dritte, den Kollegen Schumacher, hatte man auf die Anklagebank schleppen können. Es befand sich seit sechs Wochen in Düsseldorf in Untersuchungshaft. Als Zeugen waren erschienen der jetzt am Gildstraße-Neubau und jetzt in Düsseldorf beschäftigte Bauarbeiter sowie die Maurer Mühl und Jantowski. Der Kronzeuge Jips, wegen dessen Verurteilung schon fünf Kollegen 1 Jahr resp. 15 Monate Gefängnis erhalten hatten, war nicht erschienen. Der Angeklagte bestritt ganz entschieden, sich irgend eines Vergehens schuldig gemacht zu haben. Da aber der Bauarbeiter und der Streikführer Mühl ganz bestimmte Aussagen machten, so beantragte der Amtsanwalt wegen Verhöhnung und Hausfriedensbruchs zwei Monate Gefängnis. Das Gericht, erkannte nach einer längeren Verlesungsbreda des Rechtsanwalts Schuld auf einen Monat Gefängnis. Die Strafe wird auf die sechsmonatige Untersuchungshaft angerechnet und als verhängt erklärt.

* Der Kollege Heinrich Steen in Juchow war am 2. November d. J. von dem Schöffengericht in Juchow wegen Verleumdung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden. Seine hiergegen eingelegte Berufung kam am 20. März d. J. vor der 2. Strafkammer des Hamburger 1. O. zur Verhandlung. Das Rechtsmittel des Kollegen hatte keinen Erfolg. Die Strafkammer schloß sich dem Urteil der ersten Instanz an, indem sie begründet aufhielt:

Die von dem Angeklagten in dieser Instanz geltend gemachte Tatsache, daß er laut Bescheinigung vom 7. September 1905 am 21. August 1905 seinen Beitritt zu der Hamburger Bau- und Gewerkschaftsgenossenschaft, Sektion III, Kiel, erklärt hat, ist nicht geeignet, das Verurteilungsresultat zu erschüttern, das auf den übereinstimmenden, bedingten Aussagen der hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit zu keinerlei Bedenken Veranlassung gebenden Zeugen Galgen und Schul beruht, von denen der letztere nicht das geringste Interesse an der Sache hat. Denn jene Tatsache ist noch kein Beweis dafür, daß der Angeklagte mit der gedachten Beitragsleistung tatsächlich aus dem Reiben der Arbeitnehmer ausgeschieden und in die der Arbeitgeber eingetretten ist, und läßt durchaus die Möglichkeit offen, daß der Angeklagte den erwähnten Beitritt nur aus parteipolitischen Gründen zum Schein erklärt hat. Für diese Annahme spricht vielmehr, sowohl der vertraute Verkehr des Angeklagten mit dem dem Arbeitnehmer angehörigen Zeugen Algenau, als auch das Verhalten des Angeklagten dem Zeugen Galgen gegenüber, das keinen Zweifel darüber läßt, daß der Angeklagte zur Zeit der Tat nicht nur die Interessen seiner bisherigen Berufsgenossen wahrzunehmen, sondern auch sich selbst noch zu diesen, also zu den Arbeitnehmern, gerechnet hat.

Das Verurteilungsresultat rechtfertigt die Aufrechterhaltung des Vorurteils. Denn daß das Wort „Streikführer“ in Anwendung auf einen Menschen eine beschimpfende Bedeutung hat, ist ebenso zweifellos, wie daß das Wort „Streikführer“ im Kreise der arbeitenden Bevölkerung als Beschimpfung empfunden wird. Beide Worte sind also beleidigend und somit strafbar. Keinerlei Zweifel kann es ferner unterliegen, einmal, daß die weiteren Aussagen des Angeklagten zu dem Zeugen Galgen, er werde noch mit ihm abrechnen, und wenn er — Galgen — sich mit ihm nicht auf guten Fuß stelle, werde er noch viel erleben, nur die Bedeutung haben können, daß mit ihnen dem Galgen bedingt für die Zukunft Unannehmlichkeiten in Aussicht gestellt werden, also als Drohungen aufzufassen sind, und dann, daß es die Absicht des Angeklagten war, mit jenen Verleumdungen und diesen Drohungen auf Galgen in dem Sinne einzuwirken, daß derselbe sich der erwähnten Verabredung der streikenden Maurer, zu denen der Angeklagte entweder noch gehörte oder sich doch rechnen, entschloß und seinerseits die Arbeit einstellte.

* **Das ist der Fluch der bösen Tat.** Unser Kollege Wilh. Wagenbach in Elberfeld erhielt anlässlich des Streiks in Schwelm im vorigen Jahre eine Anklage wegen Mißhandlung des „Arbeitswilligen“ W. Morlock aus Elberfeld; er wurde aber von der Strafkammer zu Elberfeld freigesprochen, worüber wir seinerzeit eingehend berichteten. Dieser Bericht im „Grundstein“ hat es nun angeblich dem „Arbeitswilligen“ Morlock angetan, die Sache nochmals beim Elberfelder Schöffengericht anhängig zu machen, so daß noch mehrere Termine in dieser Sache stattfinden müssen, bis das Gericht endlich zu der Ueberzeugung kam, daß das Verfahren einflusslos und die Kosten der Staatskasse zur Last zu legen seien. Wir erfahren nun, daß Morlock erklärt habe, er würde ja die Sache nicht mehr weiter verfolgt haben, aber durch die Berichte in der „Freien Presse“ und im „Grundstein“ sei er so blamiert worden, daß er überall verachtet und verhöhnt werde. Nicht allein auf die hiesige Gegend erstreckt sich dies, sondern selbst in seiner Heimat Obermörlen sei er durch den „Grundstein“ berüchtigt und verachtet worden. Und nun war der liebe Müß zum Weinwäschung doch für die Raß!

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 89 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Arbeiterbildung. Von Heinrich Schulz. Tarifverträge und der Klassenkampf. Von August Winnig. Ueber Arbeitslose und Dürren. Von Dr. med. Wilhelm Hammer (Berlin). Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise

von M. 3.95 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Problemnummer stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Neue Gesellschaft, Sozialistische Wochenzeitschrift. Dr. Heinrich Braun und Wily Braun, Verlag: Berlin, Wils. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr M. 1.20, Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert. Aus dem Inhalt des Heft 19 des 2. Bandes: Heben wir hervor: Glosse: Die Wahl von Darmstadt. — Der Triumph des Dreiklassenwahlsystems. — Das preussische Schulgesetz. — Meditäre Dänen. — Schicksal. — In der Ura der Ständele. — Kurt Eisner: Preussische Wählerrechtsveränderung. — Karl Leuthner: Der Sturz des österreichischen Reichskanzlers. — Silja Llanuana-Parkinson: Der Kampf für Frauenstimmrecht in Island. — Stefan Grosmann: Die österreichische Wähler. — Dr. M. Wilhelm Meyer: Steine von anderen Himmelskörpern. — Ewald Wille: Christus Traum.

„Führer durch das Unfallversicherungsrecht“. Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin. Es ist nicht jedem Arbeiter möglich, sich die teuren und vielfach schwer verständlichen Texte der Gesetze zugänglich zu machen. Und doch ist es für jeden Arbeiter und für jede Arbeiterin, die dieser Versicherungspflicht unterliegt, notwendig, sich mit dem wesentlichen Inhalt des Gesetzes vertraut zu machen. Da nehme man dann den Führer zur Hand, der in übersichtlicher Weise und leicht verständlicher Form den Inhalt des Gesetzes erläutert. Beigegebene Muster zu Anträgen und Bescheiden erleichtern jedem Versicherten den Verkehr mit den zuständigen Behörden. Der Preis des Buches ist 30 Pf., er wird von jeder Parteibuchhandlung geliefert.

Wilhelm Diebnecht, sein Leben und Wirken. Unter Vermittlung angelegter Briefe und Aufzeichnungen herausgegeben von Kurt Eisner. Die seit längerer Zeit begriffene Arbeit Eisners ist jedoch in zweiter Auflage in der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, erschienen. Alle Parteibuchhandlungen liefern die Broschüre, deren Preis M. 1.50 beträgt. Für Vereine u. kostet eine billige Ausgabe 60 Pf.

In freien Stunden. Von dieser in wöchentlichen Heften im Vorwärtsverlag erscheinenden Romanbibliothek ist jedoch das 19. Heft erschienen. Der Preis pro Heft beträgt 10 Pf., der angefangene Jahrgang kann von Anfang an noch bezogen werden. Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.

Briefkasten.

Wienelwig. Versammlungsanzeige kam zu spät. **Eisner, E. D.** Ihr Bericht ist hier eingetroffen, er wurde sogar aufgenommen werden, wenn Sie nicht wieder beide Seiten des Papiers beschränken hätten.

Reber. Versammlungsanzeige kam zu spät. **Blauen i. V., F. Z.** Statt der langen Ausführungen über letzten Versammlungsbeschluss wäre die Angabe des Tages, an dem die Versammlung stattfand, am Platz gewesen. Da diese Angabe fehlte, war der Bericht unbrauchbar.

Waren, Sch. Der Bericht war durch die Wertverfälschung des Gaudelsteins überflüssig geworden.

W. A. A. Frage 1: Mahlenfabrik von C. Rude in Elsenburg II b. Leipzig oder auch Friedrichstraße, C. m. b. H. in Weiden i. Th. Frage 2 und 3: Raul Kappel, Dresden, Mühlengr. 24. Derlangen. Es erst die Kataloge, die gratis versandt werden.

Frechhan, W. A. Da das Papier auf beiden Seiten beschrieben war, haben wir den Bericht dem Papierkorb übergeben.

München, F. S. Der fragliche Bericht ist hier nicht eingegangen, sonst wäre er schon zum Abdruck gelangt. Arbeitsverträge werden im „Grundstein“ in Zukunft nicht mehr abgedruckt, doch müssen sie stets dem Vorstand in mehreren Exemplaren eingeleitet werden. Für den „Grundstein“ ist uns am besten mit einer summarischen Übersicht über die Errungenschaften in den einzelnen Orten genügt.

Bretz, T. Es wird wohl genügen, wenn Sie den Kollegen die Minge in der Versammlung erteilen. Zur Veröffentlichung scheint uns die Sache nicht wichtig genug.

Streikabrechnungen.

Zweigverein Langenbühlau.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse	M. 1377,50
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	716,83
Aus der Lokalkasse des Zweigvereins und aus sonstigen örtlichen Fonds	962,54
Beiträge der in Arbeit lebenden Mitglieder	8,40
Von Gewerkschaftsarbeitern am Orte	75,-
Auf Listen gesammelt am Orte	142,60
Sonstige Einnahmen	98,76
Summa	M. 15079,02
Ausgabe.	
Für Streikunterstützung	M. 12470,78
besondere Entschädigungen der Streikkommission	820,50
Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter	75,50
Mietunterstützung	575,-
Reiseunterstützung an Streikende	289,20
Verschaffung Zuzug	396,45
Erhaltung des Zuzuges	732,11
Flugblätter und Annoncen	86,04
Büro und Schreibmaterial	36,90
Für die Hauptkasse zurückgesandt	38,54
Für sonstige Ausgaben	58,-
Summa	M. 15079,02

Langenbühlau, den 20. Oktober 1905.
Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:
Für die Revisoren:
Wolfgang Giller, Konrad Johann Wilhelm Rieger.
Für die Streikleitung:
Robert Pieisch, Emil Schumann, Hermann Rube.

Zweigverein Siegnitz.
Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 9250,-
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet ..	184,12
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	451,60
Summa	M. 9885,72

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 9158,41
besondere Entschädigungen der Streikkommission ..	104,80
Reiseunterstützung an Streikende	482,75
Verschaffung Zugerest	53,60
Fernhaltung des Zuges	74,70
Porto und Schreibmaterial	11,46
Summa	M. 9885,72

Siegnitz, den 27. August 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:
Wilhelm Sper. Hermann Herzog. Wilhelm Niebel.Für die Streikleitung:
Rudolf Pöhner. Arthur Gröber. Paul Jäckel.**Zweigverein München (Aussperrung).**
Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 79500,-
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet ..	15861,43
Aus sonstigen örtlichen Fonds	5690,42
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	7791,-
Summa	M. 108842,85

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 92572,18
besondere Entschädigungen der Streikkommission ..	2702,27
Reiseunterstützung an Streikende	5690,42
Verschaffung Zugerest	6151,80
Fernhaltung des Zuges	1012,82
Fugblätter und Annoncen	448,27
Porto und Schreibmaterial	113,20
Summa	M. 108842,85

München, den 26. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:
Andr. Hemm. Stanislaus Schneider. M. Mayer.
Für die Streikleitung:
Franz Fent. Georg Wolf. D. Strobel. Franz Schäfer.**Zweigverein Lippstadt.**
Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 2017,82
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet ..	70,-
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	96,60
Summa	M. 2184,22

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 1440,45
besondere Entschädigungen der Streikkommission ..	249,85
Reiseunterstützung an Streikende	19,-
Verschaffung Zugerest	118,75
Fernhaltung des Zuges	204,05
Fugblätter und Annoncen	38,50
Porto und Schreibmaterial	58,12
sonstige Ausgaben	65,50
Summa	M. 2184,22

Lippstadt, den 10. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:
Heinrich Schönering. Gustav Tinnen.
Für die Streikleitung:
Paul Weber. Joseph Diemar. Wilhelm Dabbert.**Zweigverein Sonneberg i. Th.**
Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 1975,-
Summa	M. 1975,-

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 1805,90
besondere Entschädigungen der Streikkommission ..	110,40
Reiseunterstützung an Streikende	25,40
Verschaffung Zugerest	240,-
Fernhaltung des Zuges	51,70
Fugblätter und Annoncen	5,-
Porto und Schreibmaterial	40,10
An die Hauptkasse zurückgesandt	191,45
Für sonstige Ausgaben	5,05
Summa	M. 1975,-

Sonneberg i. Th., den 15. Dezember 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:
Jacob Hanft. Konrad Stiller. August Walter.
Für die Streikleitung:
Hermann Graf. Gottlieb Heymann. Heinrich Popp.**Zweigverein Lützenau.**
Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 1000,-
Summa	M. 1000,-

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 971,10
Verschaffung Zugerest	1,80
Fernhaltung des Zuges	2,70
Fugblätter und Annoncen	20,-
Porto und Schreibmaterial	9,45
An die Hauptkasse zurückgesandt	14,75
Summa	M. 1000,-

Lützenau, den 25. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:
Wilhelm Schmidt. Gustav Heinrich. Wilhelm Jurek.
Für die Streikleitung:
Hermann Hinz. Ernst Behmann. Paul Brücke.**Zweigverein Lützenau.**
Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 2675,-
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet ..	540,58
Aus der Sozialkasse des Zweigvereins	82,50
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	416,10
Sonstige Einnahmen	142,49
Summa	M. 3856,62

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 2604,99
besondere Entschädigungen der Streikkommission ..	47,50
Reiseunterstützung an Streikende	82,50
Verschaffung Zugerest	541,18
Fernhaltung des Zuges	208,90
Fugblätter und Annoncen	210,88
Porto und Schreibmaterial	46,50
sonstige Ausgaben	27,21
Summa	M. 3856,62

Lützenau, den 13. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:
Hugo Gnan. Heinrich Schäfer.
Für die Streikleitung:
Ferdinand Schmidt. Julius Dienst. Carl Müller.**Eingemitteltgesellschaft Plauen i. Vogtl.**
Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 12750,-
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet ..	1529,01
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	325,70
Vom Gewerkschaftsartikel am Drie	4,32
Summa	M. 14609,08

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 11482,35
besondere Entschädigungen der Streikkommission ..	630,60
Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter ..	541,86
Reiseunterstützung an Streikende	1085,45
Verschaffung Zugerest	141,70
Fernhaltung des Zuges	680,72
Fugblätter und Annoncen	80,35
Porto und Schreibmaterial	16,-
sonstige Ausgaben	16,-
Summa	M. 14609,08

Plauen i. Vogtl., den 4. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Gotthold Fülle.
Für die Streikleitung:
Carl Schnitz. Edwin Schnitz.**Zweigverein Stolp i. P.**
Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 600,-
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	13,45
Summa	M. 613,45

Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 401,65
besondere Entschädigungen der Streikkommission ..	25,40
Reiseunterstützung an Streikende	16,20
Fernhaltung des Zuges	7,50
Fugblätter und Annoncen	5,50
Porto und Schreibmaterial	2,60
An die Hauptkasse zurückgesandt	154,10
Für sonstige Ausgaben	50,-
Summa	M. 613,45

Stolp i. P., den 20. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:
Carl Schwarz, Danzig. Albert Baucke. Hans Gahn.
W. Dufche.
Für die Streikleitung:
Fritz Rasan. Erich Schramm. Carl Scheil.
Max Müller.**Anzeigen.****Weisenau b. Mainz.**

Am 20. Mai 1906 feiert die hiesige Zählstelle ihr
25jähriges Stiftungsfest
 Alle Kollegen von Weisenau und Umgegend sind hierzu
 freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Frankenhausen.

Sonntag, den 20. Mai, Abends 8 Uhr:
*** Stiftungsfest ***
 im „Barbarossagarten“,
 verbunden mit Ball. — Hierzu ladet ergebenst ein
 [M. 3] Das Festkomitee.

Grünberg i. Schl.

Sonntag, den 19. Mai, feiert unser Zweigverein sein
Frühjahrsvergnügen
 im „Luisental“.
 Alle Kollegen von Grünberg und Umgegend werden freundlichst
 eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbands-
 Mitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem
 Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beilei kostet 10 A.)

Berlin. (Sektion der Ruher.) Am 5. Mai starb unser
 Mitglied **Johann Kleintzki** im Alter von
 68 Jahren an Herzschwäche.
Bromberg. Am 3. Mai starb unser Verbandskollege
Ernst Knoll im Alter von 62 Jahren an Leber-
 verhärtung.
Cöpenick. Am 4. Mai starb unser Verbandsmitglied
Max Scheibner im Alter von 21 Jahren durch
 Gefäßleiden.
Dresden. Am 28. April starb der Kollege **Max**
Fitzing in Kripphausen im Alter von 84 Jahren an
 Lungenschwindsucht. — Am 26. April starb unser
 Mitglied, der Kollege **Hermann Müller** infolge
 Unfalls beim Abfahren an Bundesstraßen im Alter
 von 37 Jahren.
Essen. Am 2. Mai starb unser treuer Verbandskollege
Franz Schrader im Alter von 44 Jahren infolge
 einer Nierenerkrankung.
Grauberg. Am 28. April starb unser langjähriges
 Mitglied **Ferd. Werner** im Alter von 48 Jahren
 an der Prostatenkrankheit.
Hattingen. Am 22. April starb unser treuer Verbands-
 kollege **Jul. Gunkel** im Alter von 83 Jahren an
 Lungenerkrankung.
Serne-Neßlinghausen. Im Alter von 85 Jahren
 machte in einem Anfall von Schwermut der Kollege
Johann Instem seinen Leben ein Ende. Er
 war allezeit ein treuer Verbandsmitglied.
Meuselwitz. Am 20. April starb unser Kollege **Otto**
Grimm im Alter von 28 Jahren an der Prostaten-
 krankheit.
Spremberg. Am 2. Mai starb nach kurzem Leiden
 unser Verbandsmitglied **Albert Böttcher** im
 Alter von 27 Jahren an Gehirnleiden.
Tüft. Am 28. April starb unser Mitglied **Gustav**
Westphal im 57. Lebensjahre.
Wusterhausen. Am 29. April starb unser treuer
 Mitglied **Richard Mörbe** im Alter von 26 Jahren
 an Tuberkulose.
 Ihre ihrem Andenken!

Bamberg.

Der Vorsitzende des Zweigvereins, **Hans Lorenz**,
 wohnt Altenburgerstr. 2. [M. 1,20]

Ulm.

Da nun der Vorsitzende des Kassierersposten übernommen
 hat, so sind alle Briefe usw. nur an **Jakob Bantleon**,
 Neu-Ulm, Donaustr. 7, zu adressieren.
 [M. 1,80] Der Zweigvereinsvorstand.

Bernau.

Der Vorsitzende **Emil Hoppe** wohnt Weinbergstr. 75.

Der Kollege **Hermann Kröger** wird gebeten,
 seinen jetzigen Aufenthalt an **Krogler in Rheyt**,
 Rheinfeld, Lützenstraße, Restaurant Lindgens, bekannt
 zu geben. [M. 1,80]

Der Maurer **Simon Wagner** aus Oberhonne wird
 von seinen Eltern erucht, sofort nach Hause zu kommen,
 widrigenfalls er seines Vermögens verlustig geht.
 Der Vorstand des Zweigvereins **Oberhonne b. Eschwege**.
 [M. 1,50] S. A.: Karl Pröger.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle
 Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 12. Mai.
 Elmshorn, Abends 8 Uhr bei G. Meier.
Sonntag, den 13. Mai.
 Dellitzsch, Nachmittags 3 Uhr.
 Grosswig, Nachm. 3 Uhr bei Herrn Kreichmann in Schmiedeberg.
 Nebra, Nachm. 3 Uhr im „Malkeller“.
 Roth a. Saad. Nachm. 10 Uhr im Vereinslokal. Mitgliedsbücher sind
 mitzubringen.
 Schwelm, Nachm. 3 Uhr bei Herrn Oberheit, Kaiser-Friedrichsplatz.
 Uelzen, Nachm. 8 1/2 Uhr Extraversammlung.
 Werder a. d. H. Nachmittags 4 Uhr bei H. Sch.
Dienstag, den 15. Mai.
 Spremberg, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Mitgliedsbücher sind
 mitzubringen.
Donnerstag, den 17. Mai.
 Grünberg b. Schl. Bei Frau Wam.
Sonnabend, den 19. Mai.
 Aken, Abends 8 1/2 Uhr in der Herberge zur Heimat.
 Frankenhausen-Kyffh. Abends 8 Uhr im „Barbarossagarten“.
Sonntag, den 20. Mai.
 Berlin. Gruppe Dementiere. Nachm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel
 Unter 16. Wichtige Tagesordnung.
 Jessen. Nachm. 8 Uhr Versammlung in der Wohnung des Kollegen Witz
 Kitz.
 Werdau. Nachm. präzis 8 1/2 Uhr in der „Heuerkugel“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co
 in Hamburg.